

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 24. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet

Singer die Verhandlungen und teilt mit, daß als Vertreter ausländischer Bruderparteien folgende Genossen erschienen sind: A. Rappaport für die Parti socialiste; Georg Maes für die belgische Arbeiterpartei; Franz Fischer für die Redaktion des „Peuple“; Eduard Anselme für die Redaktion des „Booruit“; Josef Wauters für die belgische Gewerkschaften; Camille Guymans für das Internationale Sozialistische Bureau; Ernst Ödberg für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Schweden; Ignaz Kottler-Warichau, für die polnische sozialistische Partei (P. P. S.); J. W. Astew für die Social-Democratic Federation, England; Adelfeid Popp-Wien für die sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs; Anton Queber-Wien und Anton Schäfer für die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Singer: Die Genossen sind uns herzlich willkommen, wir wissen die Ehre zu schätzen, die Sie uns durch Ihren Besuch erwiesen haben und wir hoffen, daß Sie aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie auch in dieser Woche ihre eigenen Geschäfte erledigt, doch niemals das Gefühl der Solidarität und der Brüderlichkeit gegen die Arbeiterparteien aller Länder vergessen wird. Mit besonderer Genugung haben wir in diesem Jahre den Besuch unserer Brüder vom Auslande zu verzeichnen. Allüberall in der Welt weht die Sturmflagge der revolutionären Bewegung. In Rußland wird die Revolution hoffentlich das Volk aus den Fängen des Zarismus befreien. Wenn wir auf den Kampf in Rußland blicken, wenn wir sehen, wie unsere Brüder in Frankreich sich geeinigt haben zum gemeinsamen Vorgehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie unsere Brüder in Oesterreich im Kampfe stehen und uns dabei klar machen, daß dieser Kampf, der hoffentlich den Arbeitern das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht bringen wird, wesentlich ein Werk unserer Genossen ist, dann dürfen wir mit um so größerer Freude sie unter uns begrüßen. Ebenso erfüllt es uns mit hoher Genugung, daß eine Vertretung der russischen Partei unter uns weist. Alle die Genossen und die Parteien, die mit uns gemeinsam den Kampf um die Befreiung des Proletariats führen. Sie alle begrüße ich, wir drücken Ihnen freudig die Hand und heißen Sie herzlich willkommen. (Lebhafte Beifall.)

Guymans-Brüssel: Werte Genossen! Es war mir eine sehr große Freude, als Mitglied der Kommission des internationalen Bureaus nach Mannheim kommen zu dürfen und Sie zu begrüßen, umso mehr, als ich mit dem Parteivorstand einige provisorische Maßregeln besprechen muß über die Organisation des internationalen Kongresses in Stuttgart. Die Blicke aller angeschlossenen sozialistischen Parteien sind heute auf Mannheim gerichtet, weil die deutsche Partei in der neuen Internationalen eine der Mutterorganisationen bildet. Das Proletariat hat verstanden, daß es eine nationale Politik haben muß, aber auch eine internationale Politik. Darum ist es notwendig, daß mehr und mehr diese internationale Politik des Proletariats an Realität gewinnt. Die Geschichte der internationalen Kongresse kennen Sie ja und wie das internationale Bureau fungiert, wissen Sie auch, und Sie wissen auch, daß es in den letzten Jahren vieles bewirkt hat. Sie wissen, was wir getan haben am 22. Januar. Sie wissen auch, daß eine Resolution angenommen wurde von dem Genossen Bailant, welche Bezug hat auf die Kriegstreiberien der internationalen Bourgeoisie. Genossen! Die sozialistische Lage ist heute gekennzeichnet bei den

verschiedenen angeschlossenen Parteien durch stetige Ausbreitung und auch durch feste Vereintigung. Stetige Ausbreitung wie in Norwegen und bei den letzten Wahlen in Dänemark und hoffentlich auch bei den nächsten Wahlen in Oesterreich. In Frankreich hat das Proletariat die Resolution des Amsterdamer Kongresses verwirklicht, und auf diesem Wege marschieren auch die Genossen aus Ungarn und auch die Genossen aus England, welche diese Woche eine Proposktion zur Einigung an das Sekretariat einbrachten. (Lebhafte Beifall.) Auch in den Vereinigten Staaten wird dies geplant. Und wir hoffen, daß der internationale Kongreß in Stuttgart denselben Einfluß auf diese Partei haben wird, wie der internationale Kongreß in Amsterdam auf die Genossen in Frankreich. Das größte Ereignis in den letzten Monaten ist der langsame aber sichere Zusammenbruch des Zarismus und, wie uns schon Marx sagte, je mehr der Zarismus zurückweicht, desto mehr herrscht in Europa, auch Deutschland inbegriffen, die Freiheit. (Beifall.) Dies danken wir den russischen Genossen, welche gezeigt haben, wie sich theoretische Bildung mit der Aktion vereinigen kann. In diesem Resultat haben auch die deutschen Genossen mitgewirkt durch die reichliche Unterstützung der russischen Revolution. Sie sind so ein Muster gewesen für die ganze Internationale. Auch die belgischen Genossen haben mich erlucht, Ihnen ein Wort über die spezielle Lage ihres Landes zu sagen. Die belgische politische Gruppe, die Gewerkschaften und Genossenschaften bilden nur eine Partei und darum wird über ihr Verhältnis zu einander in unserem Lande nur akademisch gestritten, weil die politische Gruppe sich auf die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation stützt und weil die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer politischen Aktion einsehen und keiner doppelten politischen Organisation benötigen. Man hat gesagt, wir sind stärker als politische Organisation als wie als gewerkschaftliche Organisation. Dies ist Wahrheit. Aber es wird nicht mehr lange dauern: je mehr unsere kapitalistische Organisation entwickelt ist, desto mehr wird sich auch die belgische Gewerkschaft entwickeln und stärken müssen. Im Jahre 1894 haben wir die Bürgerlichen überrumpelt. Aber seitdem haben die Bürgerlichen begriffen, daß sie sich auch organisieren müssen und sperren uns so auf eine Zeitlang den politischen Weg. Aber nun hat die Arbeiterklasse verstanden, daß es auch noch einen anderen Weg gibt, und sie entwickelt sich auf dem gewerkschaftlichen Wege. So haben sich bereits 50 Proz. der belgischen Bergarbeiter organisiert. Von den Metallarbeitern mehr als 14 Proz. Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, und so werden die belgischen Genossen weiter vorwärts schreiten. Das Proletariat Belgiens geht vom politischen zum gewerkschaftlichen Weg über, umgekehrt ist es in England. Wenn auch in den letzten Jahren einige Kleinbürgerliche Elemente aus unserer Organisation ausgetreten sind, so hat sich dieselbe doch wieder durch tüchtige, gefühnungskstreue, proletarische Elemente verläßt. Die Zahl ist dieselbe geblieben, aber die Organisation ist stärker geworden, was das proletarische Klassenbewußtsein angeht. Gestern noch war die französische Nation die älteste und schönste Tochter der römischen Kirche. Nissen wir Dreesbach glauben, so hat die Heimat Luther's diese wenig beneidenswerte Rolle übernommen. Aber hat die römische Kirche ihre älteste Tochter verloren, so hat die rote Internationale ihre älteste und schönste Tochter behalten und das ist und bleibt die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall.)

Queber-Wien: Im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, deren Parteivertretung ich als Gewerkschaftssekretär angehöre, erlaube ich mir, Sie herzlich zu begrüßen. Gestatten Sie, daß ich im Namen der von unserer Parteivertretung hierher delegierten Genossen in wenigen Worten die Empfindung unserer Brüderlichen Solidarität, die uns von jeder Verhulft, zum Ausdruck bringe. Die Oesterreicher haben ein Jahr heißer Kämpfe hinter uns, und nur die Anspannung aller Kräfte des politisch und gewerkschaftlich organisierten

Proletariats, die energische und schlagfertige Ausnützung aller Umstände, vermöchte uns den Erfolg zu bringen, daß unser mehr als zwanzigjähriger Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht heute zwar noch nicht abgeschlossen ist, aber nicht mehr verloren werden kann. In wenigen Wochen, so hoffen wir, wird das alte, kulturwidrige Privilegienparlament Oesterreichs für alle Zeiten beseitigt sein (Bravo!) und wir werden ein Parlament auf demokratischer Grundlage haben, so wie Sie im Deutschen Reiches es schon lange besitzen. Wir wissen, Genossen, daß Sie den Kämpfen des österreichischen Proletariats mit größter Freude folgen, daß Sie den Fortschritt würdigen werden, den die Sozialdemokratie Oesterreichs ausnützen wird, um den proletarischen Klassenkampf auf allen Gebieten der Politik und Gewerkschaft zu führen. Wir unsererseits sind ja gewohnt, an allem teil zu nehmen, was unsere deutsche Bruderpartei, die uns in so vielen Dingen Vorgängerin und Lehrmeisterin war, betreibt und so verfolgen wir mit regstem Interesse die Arbeiten des Parteitagges. Wir wünschen herzlich, daß die Verhandlungen dieses Parteitages dazu führen mögen, die schwierigsten Aufgaben, die bei den glänzenden Fortschritten der deutschen Sozialdemokratie unvermeidlich immer neu erwachsen, zu lösen, zu lösen im Interesse der Sozialdemokratie, im Interesse des organisierten Proletariats aller Länder. Es lebe die deutsche, es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhaftes Bravo!)

Wskew-London überbringt die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der englischen Parteigenossen. (Bravo!)

Rappaport-Paris: Werte Genossen! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der französischen sozialistischen Partei hier auf das wärmste zu begrüßen. Die Einigung der französischen Genossen hat uns bereits schöne Siege gebracht: Während der letzten Monate hat sich die Zahl der Parteimitglieder verdoppelt. Die Einigung hat einen gesunden sozialistischen Boden für die Weiterentwicklung der Partei, für weitere, noch größere Siege geschaffen. Es könnte scheinen — und es ist auch zum großen Teile richtig — als ob die französische Partei unter ungemein günstigeren Verhältnissen kämpft als die sozialistischen Parteien mancher anderen Länder. Steht doch an der Spitze der Regierung ein Minister des Innern, der sich unlängst in einer großen politischen Rede zum sozialistischen Ideal bekannte. Dies Bekenntnis verhinderte freilich nicht, daß der Demokrat Clemenceau gegen streikende Arbeiter Soldaten ausschickte. An der Seite dieses Ministers haben wir einen sehr geschickten ehemaligen Genossen, den Kultusminister Briand. Ich will gegen den ehemaligen Genossen nichts Schlechtes sagen, aber er wird selbst zugeben müssen, daß er als Minister den Generalstreik nur mit bezug auf seine sozialistischen Ueberzeugungen verwirklichen kann. (Weiterleit.) Man darf auch nicht vergessen, daß die Regierung Clemenceaus und Briands dem Genosse Clemenceau in Russland die Millionen bewilligt hat. (Sehr richtig.) Sogar die vorhergehende Regierung hatte ein gleich unverschämtes Litenat auf die französischen Tischen und Ehre aus einfacher Klugheit und nationalem Selbsterhaltungstrieb mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Die französische Partei steht jetzt im offenen Kampfe mit dieser bürgerlichen Scheindemokratie. 13 Jahre nach dem Deutschen Reichstag hat auch die französische Partei eine Zukunftsstaatsdebatte gehabt, und sie ist noch nicht beendet. Ich begrüße Sie nochmals herzlichst. Wenn einmal deutsche Gründlichkeit mit französischer Schlagfertigkeit sich zur rechten Stunde vereinigen werden, dann gibt es in der Welt einen guten Klang. Es lebe die internationale siegreiche Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Söderberg-Stockholm überbringt die Grüße der Sozialdemokratie Schwedens. Ich bin gern nach Mannheim gekommen, denn wir Schweden sehen immer auf die deutsche Partei, um von ihr zu lernen. Auch in Schweden werden die sozialdemokratischen Ideen mehr und mehr von den Arbeitern erfasst. Ich danke Ihnen herzlichst für die Einladung. (Beifall.)

Joseph Kotter-Bratislava: Es ist das erste Mal, daß die polnische sozialistische Partei die Möglichkeit hat, Sie auf einem Parteitage zu begrüßen. Ich fühle die Ehre und Wichtigkeit dieser von mir zu erfüllenden Mission. Ich komme aus einem Lande, in dem die blutrünstigsten Maßregeln der Regierung in scharfster Form zur Anwendung kommen, aber trotzdem ist dort das Proletariat, nicht nur das städtische, sondern auch das ländliche, am meisten revolutioniert worden; die Wogen der Revolution gehen dort am höchsten. Wir hatten am 23. August ein eigenartiges Jubiläum zu begehen. Am 23. August vorigen Jahres wurde über Warschau der Kriegszustand verhängt, um nach kurzer Zeit aufgehoben, aber dann wieder von neuem in noch scharferer Form verhängt zu werden. Die Resultate dieser Maßnahmen sind wunderbar. Unsere Anhängerzahl, die vor Verhängung des Kriegszustandes kaum nach Tausenden zählte, zählt heute nach Millionen. Während wir früher froh waren, daß unser Zentralorgan monatlich einmal erscheinen konnte, gaben wir das Blatt während des Kriegszustandes vier Monate hindurch täglich heraus, und heute erscheint es mindestens dreimal wöchentlich. Ungezählt sind dabei die Kreisorgane und die Broschüren, die täglich von uns herausgegeben werden. Heute sind wir nicht mehr darauf angewiesen, unsere Flugblätter im Auslande drucken zu lassen, heute haben wir eine Spezial-Pressfreiheit: wir drucken was wir wollen und unser Zentralorgan wird überall verkauft. (Bravo!) Ich weiß wohl, daß manche von Ihnen mit unserer Taktik nicht ganz einverstanden sind, aber trotzdem will ich einige Erfolge dieser Taktik aufzählen. Bis zum vorigen Jahre war bei uns eine Waffe eine Seltenheit, heute haben wir eine nach Tausenden zählende bewaffnete Organisation, die die Polizei von ihren schädlichsten Elementen gereinigt, sie aufgelöst und eingeschleiert hat wie nie zuvor. (Beifall.) Wir haben in dem Moskauer Aufstand die Erfahrung gemacht, daß der Parismus nur durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt werden kann. Wir haben die ersten Fundamente zu einer allgemeinen Volksmiliz gelegt und es wird nicht lange dauern, bis alle organisierten Arbeiter Warschaus bewaffnet sein werden. (Beifall.) Das haben wir fertig gebracht, trotz der ungezählten Galgen. Während wir voriges Jahr unter den Soldaten nur vereinzelte Anhänger hatten, haben wir heute mehr Agitatoren unter ihnen, wie früher organisierte Soldaten. (Bravo.) Das Regiment Ostrolenka beweist, welche Fortschritte wir unter den Soldaten gemacht haben. Wir reden uns nicht ein, daß wir jemals die ganze zarische Armee organisieren würden. Nein, immer wird noch ein Teil übrig bleiben, der dem Zaren treu ist, aber der Teil ist so demokratisiert und erschreckt, daß er zu einem revolutionären Kampf unfähig ist. Ich weise ferner darauf hin, daß wir im Frühjahr in Polen 2000 Getreidearbeiterstreiks organisiert und durchgeführt haben, und in diesem Herbst weitere 3000, durch die über 1½ Millionen Rubel Lohnerhöhung erteilt sind. Mit anderen Worten: wir haben das Landvolk, das früher vom Klerikalismus beherrscht und vom Chauvinismus verhästet war, organisiert. Auch die gewerblichen Arbeit haben wir nicht vernachlässigt. Wir haben in Warschau allein 15 gewerkschaftliche Verbände, in Lodz haben wir einen Textilarbeiter-Verband, der nach dreimonatlichem Bestehen bereits 15 000 Mitglieder zählte. (Bravo!) Daß wir gut gearbeitet haben, sehen wir auch an dem Programm des Ministerspräsidenten: Wenn es mit Gewalt nicht möglich sein wird, die Revolution zu erreichen, dann wird man es mit sogenannten liberalen Reformen versuchen müssen, die aber nur wieder von der Revolution ausgeht werden. Im Auslande herrschen irrtümliche Auffassungen über uns. Man wirft uns vor, daß wir eine nationalistische Partei sind. Nein, auch wir treiben Klassenpolitik; unser Programm ist sozialistisch, unsere Taktik eine proletarische. Die russischen Parteien haben den Grund der Lage begriffen und den Grundstein zu einer Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien russisch-polens gelegt. Es ist eine gemeinsame Körperschaft geschaffen worden und in dieser werden gemeinsame

Aktionen beraten und durchgeführt werden. Ueber die, die ein Interesse daran haben, daß das nicht geschieht, wird man zur Tagesordnung übergehen. Auch deutschen Parteigenossen hat die russische Revolution sehr viel zu danken. Darum haben wir uns verpflichtet gefühlt, einen Delegierten hierher zu schicken, um die Gefühle größter Bewunderung auszudrücken. Im Namen des polnischen, jüdischen und deutschen Proletariats Polens begrüße ich Sie und wünsche Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Im Anschluß an diese Ausführungen begrüße ich die Genossin Rosa Luxemburg auf das herzlichste und freue mich, daß es ihr wieder möglich ist, in Deutschland in unseren Reihen tätig zu sein. (Beifall.) Ich spreche ihr den Dank der Partei für ihre tapfere Haltung und für die Energie aus, mit der sie versucht hat, der russischen Bewegung zu Hülfe zu eilen, ich danke ihr für die Opfer, die sie persönlich dabei durch ihre lange Gast gebrauch hat. Ich hoffe, daß ihre Gesundheit es ihr gestattet, in aller Tapferkeit und Treue der deutschen Partei nach wie vor wertvolle Dienste zu leisten. (Lebhafter Beifall.) Genossin Luxemburg hatte den Auftrag, sie hat ihn mir übertragen, mitzuteilen, daß die Parteileitung der Sozialdemokratie Polens und Litauens dem Parteitag herzlichste Grüße sendet. (Bravo!) Was der Vordröner von den Verdiensten seiner Partei anführen konnte, darf die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens mit Recht von sich sagen. Sie steht vom Anfang der Revolution an an der Spitze der Klassenbewußten polnischen Arbeiterchaft, sie hat in der revolutionären Bewegung so tapfer und treu für die Befreiung des Proletariats gekämpft, daß auch ihr, wie allen anderen Genossen, die diesen Kampf geführt haben, unsere Bewunderung und Sympathie zuteil wird. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Balabanoff (mit stürmischem Beifall begrüßt): Sie werden es wohl ohne weiteres verstehen, warum die russische sozialdemokratische Partei das Bedürfnis empfindet, gerade in diesem Jahre Ihnen ein „Glück auf!“ zu ihrer Arbeit zuzurufen und Dank auszusprechen für das, was Sie für die russische Revolution getan haben. Leider ist es den würdigeren Vertretern der russischen Sozialdemokratie nicht gegeben, persönlich hier zu erscheinen, aber Sie werden trotzdem diesen Gruß und diesen Ausdruck des Dankes wohl in Empfang nehmen, um so mehr als er von demjenigen kommt, die sich in diesem Moment in einem so schweren, aber entscheidenden Kampf befinden. Sie werden es verstehen, warum wir das Bedürfnis haben, gerade der deutschen Sozialdemokratie unsere Solidarität zu erklären und unseren Dank auszusprechen. War doch die deutsche Sozialdemokratie von jeher unsere treue Leidens- und Kampfgenossin! Die deutschen Genossen haben schon zu einer Zeit, wo die Existenz des russischen Proletariats als Klasse noch bestritten wurde, den Kampf des russischen Proletariats verstanden, sie haben ihm schon damals diejenige historische Rolle und Mission zugetraut, die es endlich in diesem Moment in so glorreicher Weise erfüllt (Bravo!) Die russische Sozialdemokratie kann Ihre intellektuelle, moralische und finanzielle Hülfe in Anspruch nehmen, weil diese Hülfe nicht als Almosen gedeutet werden kann, sondern weil sie von Gleichberechtigten zu Gleichberechtigten kommt.

Ich brauche hier nicht an die Leiden, die Unterdrückungen und die tiefsten Demütigungen des russischen, jüdischen, polnischen, finnländischen und litauischen Volkes zu erinnern. Sie kennen diese Leiden. Ich brauche auch nicht die einzelnen Phasen unserer Bewegung zu schildern. Sie haben sie verfolgt und stets gewürdigt. Sie wissen, in welcher schwerer Lage sich das russische Proletariat befindet, nicht nur, weil es mit dem bestialischsten System zu tun hat, das es gibt, nicht nur, weil dieses System viel mehr Alliierte hat, als man gewöhnlich denkt, sondern auch, weil das russische Proletariat eine ganz besondere Mission zu erfüllen hat. Es hat noch nie eine Klasse gegeben, die mit solcher Selbstverleugung

und solchem Selbstbewußtsein gekämpft hat. (Lebhafter Beifall.) Das russische Proletariat weiß genau, daß es in diesem Moment noch nicht für das Endziel kämpft, sondern daß es sich niederwerfen lassen muß, um für Rußland überhaupt erst mal eine konstitutionelle Verfassung zu schaffen, damit sich dort die Klassenkämpfe entwickeln können. Aber dessen ungeachtet kämpft das russische Proletariat in vollem Bewußtsein dessen, was es tut. Unsere Genossen kämpfen und sterben in dem Bewußtsein, daß Rußland die konstitutionelle Verfassung braucht, um das sozialdemokratische Endziel anstreben zu können. (Stürmischer Beifall.) Und wenn die russischen Proletarier soviel Widerstandskraft und Stolz besitzen, und wenn sie so kämpfen und so widerstehen und so ringen können, so tun sie es in dem Bewußtsein, daß diese Revolution die Revolution des ganzen Proletariats ist. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Gestern hat Bebel gesagt, Deutschland wäre nicht das, was es ist, wenn es nicht eine mächtige revolutionäre sozialdemokratische Partei besäße. Das wissen wir russischen Revolutionäre am allerbesten; wir haben es in der Vergangenheit gespürt, wir spüren es in der Gegenwart, und wir hoffen es noch viel mehr in der Zukunft zu spüren. In diesen Tagen hat in Mailand eine Versammlung stattgefunden, die vielleicht einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die Ereignisse haben kann. Seit dem Ausbruch der glorreichen Revolution in Rußland haben in Italien zwar Tausende und Tausende von Versammlungen stattgefunden, in denen das italienische Proletariat dem russischen Proletariat seine Solidarität ausgesprochen hat, aber hiervon wurde nicht Notiz genommen, weil es sich um proletarische Meinungsäußerungen handelte. In diesem Falle aber handelte es sich um etwas anderes. Es war eine parlamentarische Versammlung, Vertreter der verschiedensten Fraktionen des italienischen Parlaments haben eine Resolution beschloffen, in der dem Parlament zur Pflicht gemacht wird, einen Druck auf Rußland auszuüben. Die Vertreter der äußersten Linken des italienischen Parlaments haben sich verpflichtet, auch auf die anderen Parteien einzumirken, damit die Öffentlichkeit endlich einmal einschreitet.

Wir Sozialdemokraten wollen uns auch keine Illusionen machen darüber, welche Motive die bürgerlichen Parteien dazu gezwungen haben, endlich gegen die Reaktion Front zu machen. Aber das ist schon ein gutes Symptom für uns. Denn wir wissen, daß das russische Proletariat gezwungen ist, den Kampf so scharf zu führen, daß der Despotismus endlich zeigen mußte, was er eigentlich ist. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn dieser Beschluß der italienischen Fraktion an Sie kommt, daß diesem Beschluß auch bei Ihnen beigepflichtet wird und seine Erfüllung finden wird, soweit es in Ihrer Macht liegt. Wir müssen Ihnen außerdem sagen, daß Ihre Verhandlungen auf diesem Parteitage von Rußland aus mit dem größten Interesse verfolgt werden. Und wenn auch auf dieser Tagesordnung nicht speziell die Behandlung der russischen Revolution steht, so wissen wir doch, daß die Vorgänge in Rußland alle ihre Verhandlungen befehlen und beeinflussen werden; so wissen wir doch, daß auf Ihrem Parteitag die Waffen geschmiedet werden, die uns zum Siege verhelfen werden. Sie streben unserem glorreichen und stolzen Endziel zu. Es gilt, in dem Menschen, und im Proletariat insbesondere, das Bewußtsein der menschlichen Würde und das stolze Massenbewußtsein zu erwecken. Und dieses Bewußtsein ist ein Faktor, der uns alle im Kampf gegen den Despotismus anspornen muß. (Stürmischer Beifall.)

Genossin Wibaut-Holland: Oben erhielt ich die Nachricht aus Holland, daß Genosse Troelstra leider verhindert ist, dem Parteitag beizuwohnen. Unser Parteivorstand bedauert es sehr, auf diesem höchst wichtigen Kongreß nicht repräsentiert zu sein und hat mich beauftragt, die deutschen Genossen und Genossinnen herzlich zu grüßen. Unsere Genossen in Holland werden mit großem Interesse den Diskussionen folgen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die

Beschlüsse, die hier gefaßt werden, nicht nur für das deutsche Proletariat von Gewicht sein werden, sondern für die ganze internationale Bewegung. (Bravo!)

Vorsitzender Singer teilt sodann eine Reihe von Begrüßungsgrammen mit.

Hierauf erhält als Vertreter der organisierten „Jungen Garde“ das Wort Wagner-Mannheim: Parteigenossen! Ich habe Ihnen die Grüße und Glückwünsche unserer jüngsten Organisation, des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands zu übermitteln. Wir alle blicken erwartungsvoll auf den Mannheimer Parteitag, weil er uns die Wege zeigen wird für unsere zukünftige Agitation; weil er uns die Wege zeigen wird für unsere wichtigste Aufgabe, die Erziehung der heranwachsenden Jugend zum Sozialismus. Auch wir müssen den Weg finden, den unsere Gegner schon längst erkannt haben, und den Wert und die Notwendigkeit der Heranbildung der Jugend für die Ideale unserer Partei begreifen. Gerade wir, denen die Zukunft gehört, sind verpflichtet, die Jugend heranzubilden. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß aus den Reihen des heranwachsenden Geschlechts Leute herangebildet werden, die in der Lage sind, die Lücken, die in die Reihen der Genossen gerissen werden, auszufüllen. Und wir hoffen, daß uns die Parteigenossen die Hand dazu bieten werden, und daß auch die Genossinnen uns unterstützen werden in unseren Bestrebungen. Es sind sechs Monate her, seit wir unsere Organisation gegründet haben. Leider ist es uns nicht möglich gewesen, in ganz Deutschland die Agitation zu entfalten, die wir in Süddeutschland entfalten konnten vermöge freierer Vereinsgesetze. Aber ich glaube, die Partei, die schon so viel Hindernisse überwunden hat, wird auch den Weg finden, dieses Hindernis zu überwinden, um auch der norddeutschen Jugend, die nicht das Koalitionsrecht besitzt, die Ideen des modernen Sozialismus beizubringen. Als wir unsere Organisation am 11. Februar 1906 in Karlsruhe gegründet haben, waren es acht Vereine; den Grundstein dazu legte Genosse Dr. Frank, der als erster den Ideen der sozialistischen Jugendziehung praktische Formen gegeben hat, der sich mit größter Begeisterung der heranwachsenden Jugend annahm. In kurzer Zeit sind weitere Gründungen in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches, besonders in Süds- und Mitteldeutschland erfolgt. Am 11. Februar 1906, als wir die Organisation zusammenfaßten, und trotzdem wir nur 600 junge Genossen waren, sagten wir, es muß auch uns gelingen, ein geistiges Bindemittel zu schaffen. Da haben wir die „Junge Garde“ geschaffen. Auch hier war es Dr. Frank, der in dankenswerter Weise die Redaktion übernommen hat. Nun ist es bereits gelungen, unsere Organisation auf 3000 Mitglieder, die Anzahl der Abonnenten der „Garde“ auf 4000 zu bringen. Wenn die Erfolge nicht besser sind, so ist, wie schon gesagt, das reaktionäre Vereinsgesetz in Preußen und verschiedenen anderen Bundesstaaten daran schuld, welches uns verhindert, die Agitation unter der Jugend zu betreiben.

Ich will Sie nicht aufhalten mit den Einzelheiten unseres Verbandes. Bei dem Punkt Volkserziehung wird Gelegenheit gegeben sein, das Nähere über unsere Organisation zu erfahren. Wir alle von der jungen Garde wünschen und hoffen, daß Ihre Verhandlungen von Erfolg begleitet sein mögen, daß Sie aber auch uns den Weg zeigen werden zur Ausbildung der heranwachsenden Jugend, damit wir Schulter an Schulter überall mit der alten Garde kämpfen können und endlich wieder ein Geschlecht erhebt, dessen Jugend von der blühenden und goldenen Zeit singen kann. Heute ist dies noch nicht möglich, weil schon der jüngste Bürger im Dienste des Kapitalismus in der Fabrik frondet. Wir hoffen bestimmt, daß der Sieg des Sozialismus auch die Jugend befreien wird, und in diesem Sinne begrüße ich den

Parteitag und wünsche, daß die Verhandlungen der gesamten Partei aber auch der Jugendorganisation zum Erfolge gereichen mögen. (Beifaller Beifall.) Singer teilt die weiteren Erfolge der elsaß-lothringischen Genossen bei den Bezirkswahlen mit. Es sind zwei weitere Mandate erobert worden und das dritte Mandat ist mit so geringer Stimmenmehrheit von den Gegnern gehalten worden, daß man mit Zuversicht darauf rechnen könne, daß nächstens auch dieser Kreis in den Besitz der Partei kommt. (Bravo!)

Als Gäste sind ferner außer Frau Wihaut (holländische sozialdemokratische Partei), die bereits gesprochen hat, noch erschienen Neucé (Parti-organisation der tschechoslawischen Sozialdemokratie), Meymans (belgische Fraktion) und Bar (Genfer sozialdemokratischen Gewerkschaften).

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein. Zum

Bericht des Vorstandes

liegen die Anträge 6, 7, 8, 9, 11, 12, 19, 20, 21, 24, 131 Abs. 1 und 139 vor, von denen die Anträge 8, 131 Abs. 1 und 139 unterstützt werden.

Das Wort erhält der Berichterstatter

Spannduch: Genosse Hummans hat der deutschen Sozialdemokratie bezüglich ihrer Organisation ein besonderes Lob ausgesprochen. Dies ist um so bemerkenswerter, als er als Sekretär des Internationalen Büreaus die Organisationen aller anderen Länder kennt. Uns wird dieses Lob nicht in den Kopf steigen. Wir sind nicht der Meinung, daß unsere Organisation musterträchtig sei. Gerade der Streit zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Richtung hat seine Grundlage in Mängeln der Organisation. In Jena haben wir der Partei eine festere Organisation gegeben. Dadurch ist es möglich geworden, die Kräfte der Partei mehr und mehr zusammenzufassen und wir können nach der bisherigen halbjährigen Praxis nur sagen, daß wir gute Erfahrungen mit der neuen Organisationsform gemacht haben. Der vermeintliche Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft ist meistens nur ein eingebildeter. Einzelne Meinungen werden mißverstanden und rufen dann noch zugespitztere Auslegungen von der Gegenseite hervor. Ein Beispiel für meine Behauptung. Der Genosse v. Elm wird in der Debatte immer als derjenige aufgeführt, der der Meinung Ausdruck gegeben habe, man brauche nur seitens der Gewerkschaften ernstlich zu wollen und es wäre möglich, die Auffassungen der Gewerkschaften auf die Partei zu übertragen, ja, die Parteileitung selbst nach der Richtung hin zu reformieren. Ich habe das nicht aus seiner Äußerung herauslesen können. Ich bin im Gegenteil der Meinung, Genosse Elm wollte damit nur alle Gewerkschaftsmitglieder ansprechen, auch ihrerseits sich mehr um die Sozialdemokratie, um die politische Organisation zu kümmern; dann würden all die Klagen, welche die Gewerkschaften heute der Partei gegenüber vorbringen, auf ein Mindestmaß reduziert. Genosse Elm nicht mir zu; es freut mich, daß ich ihn richtig verstanden habe. In derselben Debatte, wo Genosse Elm den ihm so viel verdachten Ausdruck gebraucht hat, hat Genosse Silberichmidt dem Genossen Simon von Nürnberg den Vorwurf gemacht, er sei einer derjenigen, die noch die alibäterliche Ansicht vertreten, die Gewerkschaften sollten und müßten nur Sekretenschulen der Sozialdemokratie sein. Ich nehme an, daß der Genosse Silberichmidt dieses „nur“ nicht so kraß gemeint hat, und daß Genosse Simon nur dem Gedanken hat Ausdruck geben wollen, daß die Gewerkschaften neben der Erfüllung ihrer Aufgaben im heutigen wirtschaftlichen Leben auch die andere Aufgabe erfüllen müßten, Kräfte für die Sozialdemokratie zu werden und auszubilden und daß das ein Stück ihrer Aufgabe sei, dem sie sich nicht entziehen sollten und wollten. Ein Streit darüber, ob der Partei oder den Gewerkschaften der Vorrang gebühre, oder ob sie gleichberechtigt seien, sollte unter Parteigenossen eigentlich überhaupt nicht geführt werden. Es ist selbstverständlich, daß jeder Genosse die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und der

politischen Partei will. Wenn aber eines bei der ganzen Diskussion über diese Frage fruchtbringend gewirkt hat, so der Hinweis darauf, daß für die Zusammenfassung beider Bewegungen mehr als bisher zu geschehen hat. Ich kann erklären, daß die Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Parteileitung jede mögliche Förderung jederzeit erfahren wird, erfahren muß und erfahren soll. Speziell hat im Parteivorstand auch nicht einen Augenblick eine Meinungsverschiedenheit darüber bestanden, wie die Form der Organisation der Gewerkschaften beschaffen sein müsse. Ich komme darauf, weil in der letzten Zeit der Kampf zwischen den Gewerkschaften eine Form angenommen hat, die die Partei und die Gewerkschaften in gleicher Weise in Mitleidenenschaft gezogen hat. Aber nicht etwa erst das Eintreten dieser Kampfart hat die Auffassung der Parteileitung beeinflusst, nein, diese Auffassung ist bereits wiederholt auf den verschiedensten Parteitagungen ausgesprochen worden. Es ist betont worden, daß im Parteivorstand nicht ein einziger Genosse sitzt, der nicht ein Anhänger der Organisationsform der Zentralverbände der deutschen Gewerkschaften wäre. Wir beklagen es auf das tiefste, daß Zersplitterungsversuche unternommen sind, unter denen die deutsche Gewerkschaftsbewegung heute noch zu leiden hat. Schon vor zwei Jahren hat sich der Parteivorstand der Aufgabe unterzogen, zu versuchen, eine Einigung zwischen den Zentralverbänden und den sogenannten Lokallisten herbeizuführen. Der Versuch ist damals gescheitert. Eine gleiche Bewegung ist jetzt wieder an den Parteivorstand herangetreten; aber sowohl er wie auch die Gewerkschaftsorgane, mit denen er Rücksprache genommen hat, sind einmütig der Auffassung, daß ein derartiger Versuch heute ein vollkommen verfehltes Unternehmen wäre. Wenn aber etwas dazu beitragen könnte, eine solche Verschmelzung möglichst bald herbeizuführen, ist die Parteileitung bereit, dabei mitzuwirken. Jederzeit hat der Parteivorstand die einmütige Auffassung vertreten, daß eine erfolgreiche Führung der wirtschaftlichen Kämpfe mit der geschlossenen bestehenden Unternehmerklasse nur denkbar ist mit einer geschlossenen starken einheitlichen Gewerkschaftsorganisation (sehr richtig!) und das können, mögen auch über einzelnen Einrichtungen in den Gewerkschaften Meinungsverschiedenheiten bestehen, die innerhalb der Organisation ausgeglichen werden können, das können nur die Zentralverbände sein. (Sehr richtig!)

Was nun die Veröffentlichung eines Teiles des Protokolls der bekannten Gewerkschaftskonferenz durch den Parteivorstand gegen den Willen der Generalkommission anbetrifft, so erkenne ich rückhaltlos an, daß die Generalkommission formell durchaus im Rechte war, dem Wunsche der Parteileitung nicht stattzugeben. Der Parteivorstand hat deshalb auch zum zweiten Male an die Generalkommission das Ersuchen auf Freigabe dieses Teiles des Protokolls gestellt in so dringlicher Weise, daß die Generalkommission sich veranlaßt sah, da sie glaubte aus eigener Machtvollkommenheit nicht handeln zu können, die Vorstände der Zentralverbände zu fragen. Auch hier kam ein ablehnendes Votum zu stande. Der Parteivorstand hat das bedauert. Er ist selbstverständlich nicht in leichtfertiger Weise etwa, wie man das auch hingestellt hat, dazu gekommen, trotz dieses Wortums den betreffenden Teil des Protokolls zu veröffentlichen. Wie lagen denn die Dinge? Ein Teil der Gewerkschaftspresse, geführt durch das leitende Organ der unter dem System der Vertrauensmänner organisierten Gewerkschaften, die „Einigkeit“, hatte die gravierenden Bruchstücke aus diesem Protokoll veröffentlicht. Es lag nichts näher, als daß das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, dazu nicht schweigen konnte. Die Redaktion des „Vorwärts“ trat an den Parteivorstand mit der Frage heran: Was sollen wir tun? Wir können nicht einen Tag mehr länger warten; jeder Tag, den wir schweigen, vermehrt die peinliche Verlegenheit, in der wir uns befinden, und die von den Gegnern in der rücksichtslosesten Weise ausgeschlachtet wird. Ich betone diesen Umstand, um den Vorwurf der Generalkommission zurückzuweisen, daß sie auf

die Mitteilung hin, daß die Zentralverbände der Gewerkschaften unser Verlangen abgelehnt hätten, keine Antwort mehr erhalten habe. Dazu war keine Zeit mehr. Die Redaktion war so in Verlegenheit, daß sie nicht mehr warten konnte. Genosse v. Elm hat selbst neulich in einem ähnlichen Falle erklärt, es gibt Momente, wo man sich entscheiden muß, wo man handeln muß. In dieser Situation befanden wir uns damals, als wir die Einwendungen der Redaktion als berechtigt anerkennen mußten, die sagte: Der Teil muß veröffentlicht werden, um den Gegnern die Angriffswaffen aus der Hand zu schlagen. — Ich will noch weiter betonen, und das wird die Sache in noch milderem Lichte erscheinen lassen und den Parteivorstand völlig entlasten, die Redaktion hätte bei einem ablehnenden Votum des Parteivorstandes die Preßkommission des „Vorwärts“ vollständig auf ihrer Seite gehabt. Ich glaube, ich begehe keine Indiscretion, wenn ich das sage. Der Parteivorstand wäre damit in Gegensatz zu ihr geraten, und das sagten wir uns doch, auf einen Kompetenzkonflikt, der schließlich noch der Kontrollkommission zur Entscheidung zu unterbreiten gewesen wäre, wollten wir es im gegenwärtigen Augenblick nicht ankommen lassen. Dazu drängte die Entscheidung zu sehr. Dazu kam, daß wir die Diskussion über dies Thema in dem Rahmen halten konnten, den wir für den angemessenen erachteten. Die fünf Artikel, die der „Vorwärts“ unter Zustimmung des Parteivorstandes zu der Sache brachte, haben wohl, glaube ich, wegen ihrer Gründlichkeit und Sachlichkeit allgemeine Zustimmung gefunden. Wenn also auch die Generalkommission formell im Rechte war, so hat doch der Parteivorstand unter zwingenden Verhältnissen gehandelt, wie er nicht anders handeln konnte, und ich glaube, daß der Effekt seiner Handlung ein derartiger ist, daß er sich der Zustimmung aller Parteigenossen erfreut und daß Befriedigung innerhalb der Parteitriebe darüber besteht.

Verschiedene Anträge bringen zum Ausdruck, daß der Parteivorstand im letzten Jahre nicht alles getan habe, was im Interesse der Agitation notwendig gewesen wäre. Eine Uebersicht über das Schicksal aller angenommenen und dem Vorstand zur Erwägung überwiesenen Anträge, wie ihn ein Antrag wünscht, ist bereits in diesem Berichte gegeben und wird von jetzt ab eine ständige Rubrik im Vorstandsberichte bilden.

Der uns in Jena erteilte Auftrag, einen erneuten Verständigungsversuch mit den polnischen Genossen zu unternehmen, ist ausgeführt und hat zu einem erfreulichen Resultat geführt. Die Verhandlungen zwischen der P. P. S. und dem Parteivorstand haben sich zuerst ziemlich lange hingezogen. Erst als drei polnische Delegierte auf unsere Einladung nach Berlin kamen, wurde die Verständigung schnell erreicht. Die Grundlage der Einigung finden Sie in dem Vorstandsbericht (Seite 17). Ich erwähne das hier nur, um einem Wunsche der polnischen Genossen nachzukommen, damit auch der Parteitag diesen Abmachungen durch die Dechargerteilung seine Sanktion erteilt. Weiter wünschen die polnischen Genossen denn eine nochmalige Veröffentlichung der Einigungsgrundsätze mit den Unterschriften des deutschen und polnischen Vorstandes. Das wäre zwar überflüssig, aber wir können es ja tun, um zu beweisen, daß wir selbstverständlich alles Vergangene vergessen haben und bereit sind, gemeinsam zu arbeiten.

Der Parteivorstand erhält aus den Kreisen der Genossen recht viele Anregungen, dies und jenes zu tun. Das ist gewiß sehr rühmlich, aber man darf nicht glauben, wenn diesen Anregungen einmal nicht nachgegeben werden kann, daraus das Recht herleiten zu können, nun auf den Parteivorstand loszuschlagen. Das ist kein parteigenössliches Verhalten. Von einer Pfannkucherei des Parteivorstandes, die ihm sogar vorgeworfen wird, ist nicht die Rede. Bei der Ausgabe für Agitation kniderig zu sein, ist nicht Geflogenheit des Parteivorstandes. Es ist das Wort von der Kniderigkeit besonders deswegen geprägt worden, weil die Parteipresse und besonders die Provinzpresse in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht den Aufgaben in dem Maße gewachsen ist, wie es allgemein ge-

wünscht wird. Niemand ist mehr von dieser mißlichen Lage überzeugt, wie der Parteivorstand und aus diesem Grunde, daß bisher nicht die Möglichkeit vorlag, gründliche Abhilfe zu schaffen, ist die Entschliezung des Parteivorstandes hervorgegangen, für die Leute, die Parteipropaganda und Agitation betreiben wollen, sowie für die Redakteure, die wir für unsere Parteipresse heranzubilden wollen, Kurse einzurichten, in denen fähige Parteigenossen herangebildet werden sollen. Wir alle sind der Meinung, daß unsere Provinzpresse einer besseren Ausstattung ihrer Redaktionen notwendig bedürfte. Die Bearbeitung von Gebieten, die bisher brach lagen oder nicht in dem Maße ausgebeutet werden konnten, wie es wünschenswert wäre, ist erst möglich, wenn eben die Kräfte aus dem in Vorbereitung befindlichen Institute hervorgegangen sind. Ich kann dabei nicht unterlassen, den Vorwurf zurückzuweisen, als ob die Partei geistig verarme. Welche Unlunne von geistiger Kraft hat die deutsche Sozialdemokratie hervorgebracht, die sich heute auf den vier großen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung, der Parteipolitik, den Gewerkschaften, den Krankenkassen und den Genossenschaften betätigt. Ich behaupte, keine andere Bewegung, die erst mehr als vier Jahrzehnte existiert, hat dieselbe Summe von Intelligenz hervorgebracht wie die sozialdemokratische. Ich bin der festen Ueberzeugung, die Partei verfügt über einen großen Fond von geistigen Kräften, der in ausgedehnten Gebieten Verwendung findet. Wegen dieser Ausdehnung aber entsteht ein Mangel in der Bearbeitung der immer größer werdenden Aufgaben. Um diesem Bedürfnisse zu genügen, hat sich der Parteivorstand entschlossen, die Kurse einzurichten, in denen in sechsmonatlicher Dauer den Parteigenossen die Grundlagen gegeben werden sollen, die sie dann durch Selbststudium bzw. einen Vorbereitungslehre in großen Partei-Redaktionen erweitern können. Wir hoffen, daß unsere Erwartungen nicht getäuscht werden. Dem Parteivorstand sind bei Gründung des Instituts Vorwürfe gemacht worden, er habe sich in der einen oder anderen Form vergriffen. Das kann möglich sein; aber ein Beweis dafür liegt nicht vor. Alle jene, die alles besser wissen wollen, haben auf die Frage, wie es anders zu machen sei, die Antwort nicht geben können, und so lange diese Antwort nicht gegeben werden kann, sollte man abwarten, was die nächste Zukunft bringt. Durch die Kritik wird höchstens erreicht, daß derartige Einrichtungen schon von vornherein ungünstig beeinflusst werden.

Die Parteileitung hat auch die Parteikorrespondenz errichtet, von der Ihnen bereits neun Blatt vorliegen. Sie ist ein wesentliches Unterstützungsmittel für die Genossen, die agitatorisch tätig sein sollen. Wenn daran Kritik geübt worden ist, so ist dies das gute Recht der Genossen. Auch wir in der Parteileitung sind der Meinung, der Inhalt des Blattes bedarf noch der Ausgestaltung. (Zuruf: Sehr richtig.) Es fällt eben ein Baum nicht auf den ersten Stieb. Verbesserungen werden Schritt für Schritt, so es sich notwendig erweist, vorgenommen werden. Das Blatt soll eine Fundgrube darstellen, aus der die agitatorisch tätigen Genossen das Material schöpfen können, um unseren Gegnern in der öffentlichen Diskussion entgegenzutreten zu können und um selber angreifswert zu werden. Wir hoffen, daß wir das Blatt so gestalten werden, daß es die Hoffnungen und Wünsche der Genossen erfüllt.

Wir haben auch anderweitig zur Förderung der Agitation den Genossen Material an die Hand gegeben, um die Wahlrechtsbewegung zu betreiben, um die März- und Maifeier einheitlich zu gestalten und die entsprechenden Reden halten zu können. Wir haben selbstverständlich dabei uns nicht von denen leiten lassen, die heute noch der Meinung sind, eine derartige Bewegung müsse mit den stärksten Mitteln fortwährend gesteigert werden. Man ist im Irrtum, wenn man der Aufstellung huldigt, es bedürfte nur von der einen oder anderen Richtung der irdigen einer Anregung und der Parteivorstand müsse der Anregung Folge geben. So wurde beispielsweise an uns die Forderung gestellt, wir sollten aus Anlaß

der Nürnberger Vorkommnisse Protestveranstaltungen gegen die Polizeimilizie entrichten. Das ist nicht schwierig; aber es muß doch auch eine ordentliche Unterlage für derartige Dinge vorhanden sein. Um aber nichts zu verkümmern, nahm der Parteivorstand Veranlassung, bei unseren Nürnberger Genossen, die sich ganz ruhig verhielten, indem sie vernunftgemäß mit den Tatsachen rechneten, anzufordern, und wir erhielten die Auskunft, daß unsere Taktik die richtige sei. Andere Genossen waren der Ansicht, man könne den Sterbetag Lassalles zum Anlaß einer erneuten Demonstration zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts machen. Auch dieser Anregung hat der Parteivorstand nicht Folge geleistet, und es hat sich gezeigt, daß er recht hatte. Es wird dem Parteivorstand weiter vorgeworfen, daß er in der Wahlrechtsfrage gebremst hat. Aber man muß doch die realen Faktoren in Rechnung ziehen. Es ist jetzt Gepflogenheit geworden, auf der einen Seite die schärfsten Mittel zu fordern, um zu beweisen, daß die, welche sie früher forderten, unrecht haben, daß sie sie heute nicht mehr fordern. Das ist keine Art und Weise, wie man Parteitagitation betreibt. Man sollte immer die Zukunft im Auge haben und das tun, was möglich ist.

Für die agitatorisch tätigen Genossen hat der Vorstand die Herausgabe eines Leitfadens beschlossen, der alles enthält, was für die Agitation wichtig ist. Der Auftrag ist noch in Arbeit. Genosse David, der damit betraut ist, wird sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise entledigen.

Wir haben noch ein weiteres getan und eine Zusammenstellung aller von der Sozialdemokratie im Reichstage eingebrachten Anträge und die Art, wie dieselben erledigt worden sind, in Auftrag gegeben. Genosse Kaadenstein, der damit betraut ist, wird diese Arbeit zum Heil und Nutzen der Partei ausführen.

Noch einige Worte zu den Anträgen auf Veränderung der Organisation. Es hat mich gefreut, daß die meisten dieser Anträge nicht unterstützt sind. Das beweist, daß die Delegierten nicht deshalb Anträge einbringen, um das Wort zu ihrer Begründung ergreifen zu können, sondern daß sie praktische Arbeit zu leisten gefunden sind. Es ist unnötig, über die Anträge noch etwas zu sagen. Nur einige Worte zu den genügend unterstützten Anträgen auf Vermehrung der Zahl der auf dem Parteibureau tätigen Sekretäre. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission schlagen Ihnen nach gründlicher Erwägung einstimmig vor, den Parteivorstand um einen weiteren Sekretär zu vermehren. Außerdem erbitten wir die Sanktion zur Anstellung von Hilfskräften. Wir wollen vorläufig zwei intelligente Parteigenossen zur Erledigung der mechanischen Arbeiten anstellen, die naturgemäß einen immer größeren Umfang annehmen. Ich glaube, der Parteitag wird dem einmütigen Wunsche des Vorstandes und der Kontrollkommission zustimmen. Dann wird die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Leitung die Organisation haben, die allen Aufgaben gerecht werden kann. Wir dürfen uns nicht dadurch beirren lassen, daß hier und da der Vorwurf erhoben wird, die deutsche Sozialdemokratie sei bedeutungslos. Ein solcher Vorwurf ist Begehrlich, wenn er von außerhalb stehend erhoben wird. Aber es gibt auch Genossen in den eigenen Reihen, die das behaupten. Um so mehr hat es mich gefreut, daß heute morgen die fremdländischen Delegierten einer nach dem anderen das Lob der deutschen Sozialdemokratie aussprachen. Nach meiner Meinung waren das nicht nur Höflichkeitsphrasen; das Lob kam aus dem Herzen, es war der Ausdruck der in den betreffenden Ländern herrschenden Anschauungen. Wenn dem aber so ist, dann können wir auf die Leistungen des verflohenen Jahres mit Stolz blicken. Wir können getroßt in die Zukunft schauen, wir sind stark genug, um unser Ziel mit gewohnter Energie weiter zu verfolgen. Ob, wann und wie wir es erreichen, ist eine andere Frage, die jetzt nicht zur Diskussion steht. Wir sind bis jetzt immer kampfbereit gewesen, wie werden es auch in Zukunft sein. (Lebhafter Beifall.)

Gericht erstattet den

Rassenbericht.

In dem gedruckten Berichte sind die Einnahmen nach Provinzen und Staaten geordnet. Das Gegenstück zu dieser Tabelle, eine Uebersicht über die Zuwendungen, die aus der Zentralkasse in die einzelnen Provinzen und Staaten geflossen sind, konnte nicht mehr aufgenommen werden. Ich teile sie deshalb an dieser Stelle mit. Allerdings schreibe ich voraus, daß sie naturgemäß nicht ganz erschöpfend sein kann. Oft kommt das, was der einen Provinz überwiegen wird, auch einer anderen Provinz zugute. Eine ganz scharfe Trennung ist nicht möglich. Man darf auch nicht vergessen, daß eine solche Tabelle noch kein erschöpfendes Bild gibt. Die Bedürfnisse der einzelnen Landesteile sind in den einzelnen Jahren sehr verschieden. Erst eine auf Grund wiederholter Aufstellungen gewonnene Uebersicht kann zu einem abschließenden Urteil darüber führen, ob die Verwendung der Gelder zweckmäßig und gerecht war. Im einzelnen stellt sich das Verhältnis zwischen den Beitragsleistungen der einzelnen Provinzen und Bundesstaaten an die Zentralkasse und den Zuwendungen aus der letzteren an die Landesteile folgendermaßen:

	Beiträge Mk.	Zuwendungen Mk.
Preußen	652,—	29 700,85
Westpreußen	47,80	2 878,40
Brandenburg (darunter in Form v. Darlehen 10 000,—, Unterstützung Maliausgesperrter 80 000,—) . . .	160 124,24	102 528,80
Pommern	1 182,22	15 814,20
Posen	51,85	2 049,40
Sachsen	4 980,88	23 051,42
Sachsen (darunter in Form eines Darlehens 20 000,—)	8 584,86	24 066,58
Schleswig-Holstein	6 179,96	16 000,—
Hannover (darunter in Form von Darlehen 55 000,—)	2 989,51	58 972,—
Westfalen	3 198,01	41 084,75
Sachsen-Maslow	4 805,84	20 841,40
Rheinprovinz (darunter in Form v. Darlehen 80 000,—)	5 542,68	141 614,06
Königreich Preußen insgesamt (dar. in Form v. Darl. 175 000,—)	192 787,29	480 667,28
Königreich Bayern (dar. in Form v. Darlehen 6000,—)	3 875,41	16 780,—
Königreich Sachsen (dar. in Form von Darlehen 48 000,—)	89 400,—	80 781,60
Königreich Württemberg	1 889,—	100,—
Großh. Baden (dar. in Form von Darlehen 5000,—)	860,47	12 400,—
Großh. Hessen	2 500,—	9 020,90
Großh. Mecklenburg	400,—	4 000,—
Großh. Sachsen-Weimar	849,—	6 171,10
Großh. Oldenburg	1 528,48	1 544,40
Großh. Braunschweig	425,—	482,—
Herzogtum Sachsen-Meiningen . . .	129,86	800,—

	Beiträge Mk.	Zuwendungen Mk.
Herzogtum Sachsen-Altenburg . . .	1 000,—	—
(Zuwendungen für die thüringische Staatsgruppe: Sachsen-Weimar, S.-Meiningen, die beiden Schwarz- burg sowie die beiden Meuß und S.-Altenburg insgesamt)	—	4 116,—
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha (darunter in Form von Darlehen 2000,—, die bereits zurück- gezahlt sind)	558,10	2 791,05
Herzogtum Anhalt (Zuwendung nicht erhalten)	618,42	—
Hertentum Schwarzb. = Rudolstadt . .	188,26	—
Hertentum Meuß i. L.	800,—	—
Freie und Hansestadt Lübeck (Zu- wendung nicht erhalten)	1 400,—	—
Freie und Hansestadt Bremen (Zu- wendung in Form eines Darlehens) . .	2 000,—	12 880,—
Freie und Hansestadt Hamburg (Zuwendung Kai = Ausgesperrte) . . .	95 000,—	6 000,—
Erzbischofthum (darunter in Form eines Darlehens 80 000,—)	103,64	74 278,47

(Lebhaftes Hört! Hört!)

Auch im abgelaufenen Jahre haben sich die Organisationen, die von
leber vorträngen, diesen Ruhm nicht streitig machen lassen. An erster Stelle
stehen die Genossen von Groß-Berlin. Nach dem Statut hätten sie 20 000 Mk.
abzuleisten müssen; abgeliefert haben sie aber ihre gesamten Einnahmen aus
Mitgliederbeiträgen bis zum letzten Pfennig in Höhe von 125 109 Mk. (Leb-
haftes Bravo.) Dann haben sie noch extra 81 420,89 Mk. abgeliefert und außer-
dem 8360,09 Mk., die am Mittwoch, auf Bauten, bei Geburtstagsfesten usw. ge-
sammelt sind. (Hört! Hört!) Ueber solche Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit
braucht man wirklich kein Loblied mehr zu singen. Die Tatsachen sprechen eine
deutliche Sprache. Unsere Hamburger Genossen haben auch weit, weit über ihr
Pflichtteil hinaus gezahlt. Diese leuchtenden Vorbilder haben wir ja allerdings
im Laufe der Jahre außerordentlich oft unzeren übrigen Genossen vorgehalten
und sie ermahnt, ein gleiches zu tun. Genügt hat es nicht viel. Dann sind
wir endlich dazu übergegangen, die Beiträge im Organisationsstatut festzulegen.
An der Schaffung dieses Organisationsstatuts hat sich die ganze Partei beteiligt.
Verschiedene Kommissionen und zwei Parteitage haben sich damit beschäftigt und
endlich ist im vorigen Jahre das Statut mit großer Mehrheit angenommen
worden. Da hatte man wohl erwarten können, daß nunmehr wirklich jede einzelne
Parteiorganisation es sich zur Ehre rechnen würde, dieses selbst beschaffene
Parteigesetz zu beachten und danach zu handeln. (Sehr richtig!) Ich bebaute,
daß ich das Gegenteil konstatieren muß! (Hört! Hört!) Für die Partei ist das
nicht schmeichelhaft. Nur einige Stichproben: Wir haben z. B. in der Provinz
Sachsen drei Agitationskomitees, das eine mit dem Sitz in Halle. Die Hallenser
Genossen haben also den Vorzug, Vorort zu sein. Sie sollen auf die Genossen
in der Provinz belehrend und anfeuernd wirken und darüber wachen, daß die
Parteiorgane beachtet werden; sie sollen aber auch zugleich Vorbild sein und
zu Nachahmung anspornen. Der Wahlkreis Halle ist so gut gestellt, daß er sich
einen Parteisekretär leisten kann. Außerdem gibt dort auch noch ein Vorort

Partei besoldeter Sekretär für den betreffenden Agitationsbezirk. Es ist dort ferner die Redaktion eines ziemlich bedeutenden Parteiblattes vorhanden. — Man sollte doch meinen, daß unter diesen hervorragend tätigen Genossen einige sind, die darauf achten, daß die Parteigelege befolgt werden. Nun schlagen Sie einmal den Bericht nach und suchen Sie unter Provinz Sachsen den vierten Wahlkreis des Regierungsbezirks Merseburg! Selbst mit dem schärfsten Mikroskop werden Sie von diesem Wahlkreis nicht die Spur finden. (Lebhafte Hört! hört!). Der Wahlkreis hat auch nicht einen Pfennig an die Zentralkasse abgeliefert. (Hört! hört!) Allerdings, nachdem die Gallenser gehört haben, daß sie hier als abschreckendes Beispiel genannt werden sollen, ist mir heute morgen durch Eilbrief die Nachricht geworden, daß nunmehr Geld unterwegs sei. (Große Heiterkeit.) Wenn ein Wort so handelt, dürfen wir uns nicht wundern, wenn es anderweitig nicht besser aussieht. Die Provinz Sachsen hätte das Doppelte von dem abliefern müssen, was sie abgeliefert hat, und ich weiß nicht, wie lange das Spiel noch fortgesetzt werden wird. Zum Ansehen der Partei trägt es nicht bei, wenn wir alljährlich solche unerquicklichen Sachen zu erörtern haben. (Sehr wahr.) Die Genossen können sich nicht beklagen, wenn einmal schärfere Seiten aufgezogen werden, wenn die Partei sich dazu entschließt, die Delegierten aus solchen Kreisen, die ihre Pflicht grundsätzlich vernachlässigen, nach Hause zu schicken. Ich bin der Ueberzeugung, die Partei brauchte nur einmal ein solches Exempel zu statuieren, das würde auf alle Zeiten nachwirken. Noch ein weiteres unangenehmes Kapitel! Bayern hat 9975,41 M. abgeliefert; aber allein die Organisationen von München und Nürnberg hätten das Doppelte abliefern müssen von dem, was ganz Bayern abgeliefert hat. (Hört! hört!) Dabei befinden sich außerdem noch eine ganze Anzahl sehr leistungsfähiger Organisationen in Bayern. Es werden nun die Genossen mit großem Pathos erklären, daß sie das Geld, was sie nicht an die Parteikasse abgeliefert haben, auch gut verwendet haben. Das bezweifelt auch niemand. Aber wenn sich niemand an die allgemeine Richtschnur halten will, dann brauchen wir eben keine Organisation und keine Zentralkasse. (Sehr richtig.) Dabei kommen gerade derartige Organisationen, die kein oder wenig Geld an die Zentralkasse abliefern, am ehesten um Unterstützung an die Zentralkasse. Also die Bestimmungen des Organisationsstatuts sind vorhanden und müssen eingehalten werden. Aber neben dieser bedauerlichen Nichtachtung unserer Parteiforderungen geht noch eine Strömung einher, die ich für höchst verderblich halte: ich meine das Bestreben, die Leistungen an die Partei zwar in legalisierter Form, aber in schroffem Gegensatz zu dem Sinn und Geist des Organisationsstatuts und entgegen allen Parteitraditionen auf das äußerste Minimum herabzudrücken. (Sehr richtig.) Bei Beratung unseres Organisationsstatuts haben gerade darüber die längsten Verhandlungen stattgefunden, welchen Anteil wohl die einzelnen Genossenschaften an die Zentralkasse abzuliefern hätten. Ursprünglich wurde ein Drittel vorgeesehen, das aber heftig bekämpft wurde. Als nun ein Viertel festgelegt wurde, wurde ebenfalls noch geschrien, die Last ist zu groß und das Ende der Verhandlungen war, daß ein Fünftel festgesetzt wurde. Nun wird aber dieses Fünftel, das durch die Reichsgesetzgebung festgesetzt ist, auch noch auf dem Wege der Landesgesetzgebung eliminiert. (Zurufe: Bayern!) Unsere bayerischen Parteigenossen haben in ihr Organisationsstatut eine Bestimmung aufgenommen, die im Effekt darauf hinausgeht, daß die leistungsfähigen Organisationen zwar 30 Pf. Beiträge zahlen, daß davon aber 15 Pf. als Lokalzuschlag erklärt wird, während 15 Pf. als wirklicher Parteibeitrag gelten. (Hört! hört!) Dadurch ist erreicht, daß der Beitrag der bayerischen Genossen von 6 auf 3 Pf. pro Monat herabgedrückt worden ist. (Hört! hört!) Wenn wir es bei Beratung unseres neuen Organisationsstatuts auch nur für denkbar gehalten hätten, daß Parteigenossen auf solche Tricks verfallen könnten, dann wäre eine Bestimmung hinein-

genommen, daß Lokalzuschläge erst von einer gewissen Beitragshöhe, etwa 25 Pf. an, erhoben werden könnten. Denn es war doch der Gedanke des Organisationsstatuts, daß die Partei mit regelmäßigen Beiträgen versehen werden sollte. (Sehr richtig!) Die Partei wird es sich überlegen müssen, ob sie nicht noch nachträglich eine solche Bestimmung in das Statut aufnehmen sollte. (Sehr richtig!) Die Anhalter Genossen haben es unter Führung des Genossen Peus noch fester gemacht. Während die bayerischen Genossen pro Mitglied und Monat noch 8 Pf. der Zentralkasse zukommen lassen, erhält die letztere von den Anhalter Genossen nur noch 2 Pf. Und da schlechte Beispiele gute Sitten verderben, ist zu befürchten, daß es noch schlimmer kommt, daß sich Leute finden werden, die noch schlauer sind, die die Bayern überbahren und den Peus noch überpeuen. (Große Heiterkeit.) Das wird das Ende der Entwicklung sein. Nun glaube ich ja, daß sich die Genossen, speziell die bayerischen, wie ich zu Ihrer Ehre annehmen muß, die außerordentlich ernstlichen Folgen gar nicht überlegt haben. In unserem Organisationsstatut ist es mit vollster Ueberlegung vermerkt worden, eine bestimmte Beitragshöhe festzusetzen. Die Parteigenossen der einzelnen Provinzen und Städte sollten sich selbst eintragen, was sie nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse leisten könnten. Deswegen stehen die Parteigenossen in ärmeren Gegenden, die nur 20 Pf. zahlen, also nur 4 Pf. an die Parteikasse abliefern, nicht hinter den Genossen zurück, die 40 Pf. Beitrag zahlen, also 8 Pf. an die Parteikasse abliefern, denn die 4 Pf. haben sich die ärmeren Genossen oft viel schwerer am Munde absparen müssen, als die, welche 8 Pf. zahlen. Trotz tatsächlicher verschiedener Beitragsleistungen ist also doch eine, dem Rechte und der Billigkeit entsprechende Einheitlichkeit vorhanden. Gerade in diesem entscheidendsten Punkte haben die bayerischen Genossen den Grundgedanken unseres Organisationsstatuts durchbrochen. Hier müssen wir den bayerischen Genossen und auch den anderen den Vorwurf machen, daß sie sich in schwerster Weise gegen die Intentionen des Organisationsstatutes vergangen haben. Denn es kommt nach den Bestimmungen im bayerischen Organisationsstatut gar nicht mehr darauf an, was die Parteigenossen tatsächlich leisten. Es kann sich da um eine Organisation handeln, die wirtschaftlich vorzüglich dasteht, und die Gesamtpartei bekommt doch nur 3 Pf. Dadurch ist für die Partei ein geradezu unumgänglicher Zustand geschaffen worden, denn wenn er aufrecht erhalten bliebe, würde die Gleichheit der Pflichten und darum auch die gleiche Berechtigung in der Partei aufgehoben, und es müßte notwendigerweise an Stelle der Gleichberechtigung die Klassifizierung treten. Wenn wir neben Organisationen, die dauernd hohe Beiträge zahlen, auch solche haben, die dauernd niedrige Beiträge leisten, nur weil sie keine höheren zahlen wollen, nicht weil sie nicht können, dann ist es gar nicht anders möglich, als daß auch bei der Geldbewilligung von der Gesamtpartei nach dem Grundsatz verfahren werden muß: „Mit dem Maße, mit dem Ihr meßt, werdet Ihr auch wieder gemessen werden.“ (Sehr richtig!) Die Partei käme in die wenig angenehme Lage, bei jedem Besuch erst nachzuschlagen zu müssen, in welcher Serviceklasse der betreffende Ort rangiert, um danach die Entscheidung zu treffen. Das wäre ein Hohn und Spott auf unsere obersten Grundsätze, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem aber eine große Organisation, wie die bayerische, die über 48 Wahlkreise verfügt, uns in eine so böse Lage gebracht hat, gibt es nur drei Möglichkeiten, um aus ihr herauszukommen. Entweder die unqualifizierbaren Bestimmungen verschwinden wieder aus dem bayerischen Statut, und ebenso aus den anderen Statuten, in die sie in gleicher Weise hineingekommen sind, oder die gesamte Partei akzeptiert einen festen Beitrag von 8 Pf. für den Monat und Mitglied, oder aber die Gesamtpartei läßt es bei dem bisherigen Zustand bewenden, revidiert aber wieder das Statut und stellt gleiches Recht für Deutschland — g l a n z w e i s e — her. (Sehr richtig!)

Wenn wir uns über die Möglichkeit der zweiten Maßregel klar werden wollen, d. h. ob die Einführung eines Einheitszuges von 3 Pf. im Interesse der Partei gelegen ist, müssen wir uns über die finanzielle Wirkung klar werden. Erheben wir einen festen Einheitszug, dann haben wir für die Zentralkasse nach dem bisherigen Stand der Organisation aus den Mitgliederbeiträgen auf einen Zufluß von 188 240 Mk. zu rechnen; aber nur dann, wenn jede Organisation prompt ablieferte, bliebe es bei den bisherigen Maximen, dann könnten wir von Glück sagen, wenn wir 80 000 Mk. aus Parteibeiträgen bekämen. Ob es möglich sein wird, mit einer solchen Summe all den Aufgaben gerecht zu werden, die täglich an unsere Partei herantreten, muß wirklich sehr bezweifelt werden. Es ist kein schöner Zustand, daß die Partei mit ihrem Etat von dem guten Willen einzelner Parteigenossen abhängt. Wenn morgen schon die Berliner Parteigenossen beschließen, wir halten uns an die Norm, alle übrigen Gelder verwenden wir im Interesse unseres speziellen Agitationsgebietes, der Provinz Brandenburg, in der noch außerordentlich viel Parteiarbeit zu leisten ist, können wir gar nichts dagegen machen. Darum können wir auch nur den Pflichten unserer Kalkulation zugrunde legen. Es liegt also nicht die Möglichkeit vor, daß wir für ganz Deutschland mit einem Einheitszug von 3 Pf. auskommen können und es bleibt nur bei der Möglichkeit, die betreffenden Landesorganisationen ändern freiwillig ihre Statuten oder die Gesamtpartei muß die übrigen ändern. Natürlich müssen wir den Landesorganisationen dazu Zeit lassen, aber wenn die Gesamtpartei in die Lage gebracht wird, ihre Statuten zu revidieren, dann fällt die Revision gründlich aus. (Sehr richtig!) Wir sind auch mit unseren Leistungen außerordentlich hinter denen der Gewerkschaften zurückgeblieben; teilweise liegt das in der Natur der Sache, aber doch ist der Abstand nach und nach zu groß geworden. Nach der soeben gemachten Rechnung würde die Partei eine Jahreseinnahme von 188 000 Mk. haben. Zum Vergleich will ich von 84 Gewerkschaften nur eine, und von dieser wieder nur eine Zahlstelle anführen. Diese eine Filiale hat im Monat August dieses Jahres 165 700 Mk. an reinen Mitgliederbeiträgen eingenommen. Wir haben im letzten Jahr laut der vorliegenden Rechnung an Beiträgen der Organisationen, Einzelbeiträgen und freiwilligen Sammlungen eingenommen 297 341 Mk. (Seite 54). Die gleiche Filiale einer Gewerkschaft, die ich zum Vergleiche herangezogen habe, hat im letzten Vierteljahre 886 000 Mk. eingenommen. Nun weiß ich sehr gut, daß ganz andere Motive die Mitglieder an die Gewerkschaft fesseln, daß es stark materielle Interessen sind, ist zweifellos (sehr richtig!), aber trotzdem ist der Kontrast immer noch recht bedenklich. Wir hätten alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß der Grundgedanke, der die Partei besetzte bei der Aufstellung des Organisationsstatuts, nämlich die Schaffung größerer Einnahmen für die Parteikasse, zur Wirklichkeit wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Redner blickt hier seine Rede ab. — Die Weiterberatung wird auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

Vorsitzender Singer teilt noch einige Begrüßungstelegramme mit, ferner einen zu diesem Gegenstande der Tagesordnung eben eingegangenen Antrag von A d e l u n g und Genossen. (Nr. 178.)

Schluß der Sitzung 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Dreesbach, der die Sitzung um 2 Uhr eröffnet.

Seitens des sozialdemokratischen Vereins Ingolstadt, der Genossen des 21. sächsischen Wahlkreises und des sozialdemokratischen Vereins Rothenburg a. d. Tauber sind Glückwunschtelegramme eingegangen.

Gericht'sch setzt seinen am Vormittag abgebrochenen Bericht fort. Seit Jahren wünschen die Parteigenossen einen Ueberblick über die Stärke der Parteiorganisationen. Daher waren sie enttäuscht, als im Bericht erklärt wurde, sie könne erst im Laufe des nächsten Jahres gegeben werden. Inzwischen sind die Hauptresultate doch zusammengestellt worden. Nur einige Vorbemerkungen. Die lose, lockere Form der Organisation, die früher allein bestand, hatte sich so in die Parteikreise eingelebt, daß die große Menge der Parteigenossen sich nur sehr schwer davon trennen konnte. Die Vorstellung, daß diese alte Organisationsform die allein richtige sei, sah so fest, daß es in Berlin z. B. beim Uebergang zu der neuen, straffen Organisation zu den ernstesten Konflikten kam. Noch heute steht Berlin in bezug auf die Organisation durchaus nicht auf der Höhe. Es bleibt mit einem Behnittel unter dem Reichsdurchschnitt zurück. Die Berliner werden ja sonst immer so viel gelobt, daß man auch diesen Tadel ruhig aussprechen kann, sie werden sonst zu übermütig. (Geisterzeit.) Nur mit dem psychologischen Moment der Anhänglichkeit an das Alte, was so lange bestanden hat, ist diese Rückständigkeit der Berliner in bezug auf die Organisation zu erklären. Draußen im Reich kommen ja dazu die Schwierigkeiten politischer Art. Die Vereinslisten kommen leicht in die Hände der Unternehmer. In bestimmten sozialen Stellungen befindliche Parteigenossen können sich überhaupt nicht offen als Mitglieder bekennen usw. Auch die schlechte materielle Lage der Arbeiter, die ihrer Gewerkschaft ohnehin angehören müssen, kommt dazu. Sie hängen vielleicht mit allen Fasern an der Partei, aber die verschiedensten Gründe hindern sie doch, eingeschriebene Mitglieder der Wahlvereine zu werden. Alle diese Umstände müssen wir uns, wenn wir die Ergebnisse dieser ersten Statistik richtig würdigen wollen, stets vor Augen halten. Wir haben zurzeit in Deutschland 93 Wahlkreise, in denen die Organisation noch sozusagen auf dem Nullpunkte steht, aber selbst in diesen Kreisen sind bis auf 3 bereits sozialdemokratische Stimmen abgegeben und zwar im ganzen 16 249 Stimmen. Die Zahl schwankt zwischen 31 und 1953. In 48 Wahlkreisen haben wir noch das Vertrauensmännerstystem. In einem davon sind noch keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben. In den 47 anderen 85 427 Stimmen. Die geringste Zahl betrug 67, die höchste, 13 393, ist in Mecklenburg abgegeben. Sie wissen ja, daß unsere Genossen in Mecklenburg infolge der gesetzlichen Bestimmungen gezwungen sind, das Vertrauensmännerstystem beizubehalten. Dann kommen 88 Wahlkreise, in denen bereits Vereine vorhanden sind, wo aber aus irgend welchen Gründen noch kein Zusammenschluß zu einer Kreisorganisation im Sinne des Statuts stattgefunden hat. Darunter befinden sich zwei schlesische Kreise, von denen der eine 1264, der andere 2200 organisierte Genossen hat. Von zwei Kreisen am Rhein hat der eine 2351, der andere 888 organisierte Genossen. Dieser Kreis ist augenblicklich dabei, die Kreisorganisation einzuführen. Im allgemeinen sind natürlich die Kreise, wo nur Vereinsorganisationen bestehen, schwächer als die mit Kreisorganisationen. Es befindet sich darunter sogar einer, in dem 1903 noch keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben sind, in dem aber gegenwärtig 109 organisierte Genossen sind.

Nach diesen Kreisen kommen diejenigen, welche wirklich zur Kreisorganisation übergegangen sind. Abschließende Zahlen, wieviel das sind, können nicht gegeben werden, weil in Bayern die Umwandlung noch nicht ganz vollzogen ist. Unter der Voraussetzung, daß mindestens 30 von den 48 bayerischen Kreisen die Kreisorganisation durchführen, würden wir im ganzen Deutschen Reich 278 Wahlkreise haben, die die Kreisorganisation durchgeführt haben. Darunter sind allerdings 16, die nur 20—50 Mitglieder haben, 21 haben zwischen 50 und 100 Mitglieder, 24 zwischen 100 und 200, 53 zwischen 200 und 500 und 44 zwischen 500 und 1000. Es zählen also 113 Wahlkreise unter 500 Mitglieder, 157 unter

1000 Mitglieder. In den einzelnen Provinzen ist die Stärke unserer Organisation im Verhältnis zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen folgende: Provinz Ostpreußen 8575 Organisierte, 6,4 Proz. der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen, Provinz Westpreußen 706 Organisierte = 3,5 Proz., Provinz Brandenburg 57 888 Organisierte = 12,5 Proz., Provinz Pommern 5051 Organisierte = 9,0 Proz., Provinz Posen 255 Organisierte = 3,1 Proz., Provinz Schlesien 17 208 Organisierte = 9,8 Proz., Provinz Sachsen 20 576 Organisierte = 10,5 Proz., Provinz Schleswig-Holstein 23 567 Organisierte = 21,4 Proz., Provinz Hannover 20 665 Organisierte = 15,8 Proz., Provinz Westfalen 18 150 Organisierte = 9,4 Proz., Provinz Hessen-Rhainl. 11 060 Organisierte = 13,2 Proz., Rheinprovinz 20 315 Organisierte = 9,9 Proz. Das macht für das ganze (Königreich) Preußen 194 910 Organisierte = 11,2 Proz. Weiter hat Königreich Bayern 35 000 Organisierte = 16,4 Proz., Königreich Sachsen 58 905 = 13,1 Proz., Königreich Württemberg 13 400 = 13,4 Proz., Großherzogtum Baden 10 608 Organisierte = 14,6 Proz., Großherzogtum Hessen 14 404 Organisierte = 20,9 Proz., Großh. Sachsen-Weimar 3736 Organisierte = 10,5 Proz., Großh. Oldenburg 3594 Organisierte = 7,8 Proz., Herzogtum Braunschweig 2079 Organisierte = 7,8 Proz., Herzogtum Sachsen-Meiningen 1822 Organisierte = 10,9 Proz., Herzogtum Sachsen-Altenburg 3500 Organisierte = 18,7 Proz., Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha 2097 Organisierte = 10,8 Proz., Herzogtum Anhalt 3420 Organisierte = 12,8 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 668 Organisierte = 12,7 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt 800 Organisierte = 10,0 Proz., Fürstentum Waldeck 60 Organisierte = 8,6 Proz., Fürstentum Reuß ä. L. 832 Organisierte = 12,1 Proz., Fürstentum Reuß j. L. 2732 Organisierte = 20,6 Proz., Fürstentum Lippe 385 Organisierte = 10,3 Proz., Hansestadt Lübeck 2064 Organisierte = 18,5 Proz., Hansestadt Bremen 5420 Organisierte = 21,6 Proz., Hansestadt Hamburg 21 902 Organisierte = 21,8 Proz., Elsass-Lothringen 1963 Organisierte = 2,9 Proz.

Für ganz Deutschland macht das 384 327 Organisierte = 12,76 Proz. Bei einigen süddeutschen Staaten habe ich freilich die Vermutung, daß sie eine ganze Anzahl Rekruten mitgeschleppt haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Ich habe ja diesen Widerspruch erwartet, und da ich keine Beweise hatte, habe ich mich wohlweislich gehütet, an den Zahlen etwas zu ändern. Zum Beispiel stände Hessen dann allerdings mit 20 Proz. außerordentlich hoch da. (Zuruf bei den Hessen: Wir haben ja auch die höchsten Beiträge!) Für Schwarzburg-Rudolstadt lagen keine Angaben vor. Ich habe aber wahrscheinlich die geschätzte Zahl von 800 Organisierten nicht zu hoch gegriffen, da bei den letzten Reichstagswahlen dort über 8000 Stimmen abgegeben worden sind. Nun ist keine Frage, daß, wenn alle die Parteigenossen, die jetzt durch die Landesgesetzgebung, wie z. B. in Mecklenburg und Schaumburg-Lippe verhindert sind, die Kreisorganisation durchzuführen, sich organisieren könnten, wie sie wollten, wir ziemlich an 400 000 organisierte Parteigenossen herankommen würden. Die Reihenfolge der Einzelstaaten nach der Stärke der Organisation im Verhältnis zur abgegebenen Stimmenzahl ist folgende: Obenan steht Hamburg mit 21,8 Proz. (Es ist kein Zufall, daß überall dort, wo kein Zwang zur politischen Anmeldung vorhanden ist, die höchste Zahl der Organisierten vorhanden ist). Es folgen Bremen mit 21,6 Proz., Hessen mit 20,1 Proz., Reuß mit 20,6 Proz., Oldenburg mit 20,0 Proz., Sachsen-Altenburg mit 18,7 Proz., Lübeck mit 18,5 Proz., Württemberg mit 13,4 Proz., Sachsen mit 13,1 Proz., Schwarzburg-Sondershausen mit 12,7 Proz., Anhalt mit 12,8 Proz., Reuß mit 12,1 Proz., Preußen mit 11,2 Proz., Sachsen-Meiningen mit 10,9 Proz., Coburg-Gotha mit 10,8 Proz., Sachsen-Weimar mit 10,5 Proz., Lippe-Deilmold mit 10,3 Proz., Schwarzburg-Rudolstadt mit 10,0 Proz., Braunschweig mit 7,8 Proz., Waldeck mit 8,6 Proz., Elsass-Lothringen mit 2,9 Proz. Für Deutschland ins-

gesamt ist die Zahl also 12,76 Proz. Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß diese Zahlen Sie nicht voll befriedigen; sie sind auch nicht befriedigend. Um so erfreulicher ist der Stand unserer Parteipresse. Im letzten Jahre hat kein Parteiblatt Verluste an Abonnenten erlitten; alle haben zugenommen. (Bravo!) Vor zwei Jahren betrug die Zunahme im ganzen 47 380, vor einem Jahre 58 870, im abgelaufenen Jahre 158 698. (Bravo!) Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 100 000. Hieran hat allerdings auch die unermüdliche fleißige Agitation unserer sozialistischen Frauen einen großen Anteil, denn dadurch ist die Auflage der „Gleichheit“ gewaltig gestiegen. Die „Neue Zeit“ und einzelne kleine Wochenblätter, die der Agitation dienen, fehlen in diesen Zahlen. Der jetzige Abonnentenstand unserer Parteipresse beträgt insgesamt 837 790. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 4 151 000 Mk. im Vorjahre auf 4 833 460 Mk. im abgelaufenen Jahre gestiegen, also eine Zunahme von 682 460 Mk. Die Einnahmen aus Inseraten sind gestiegen von 2 537 000 auf 2 871 076, das heißt um 334 076 Mk. Insgesamt hatte unsere Parteipresse eine Mehreinnahme aus Abonnements und Inseraten von 1 016 536,98 Mk. (Bravo!) Dieser Erfolg zeigt, was durch rastlose Arbeit geleistet werden kann. Diese Zahlen zeigen uns aber auch, welche Arbeit noch zu leisten ist. Was uns bei der Presse gelungen ist, muß uns auch bei der Parteiorganisation gelingen. (Sehr richtig!) Bedenken wir immer, Parteigenossen, wir haben nur noch ein Jahr der Ruhe, dann wird die Partei wieder im Feuer erzögert und einen schweren Wahlkampf ausfechten müssen. Wir kennen jetzt den schwachen Punkt in unserer Gefechtsstellung: die Organisation. Da kann es für uns nur eine Parole geben: Bis zum nächsten Jahre müssen wir eine Million Abonnenten und eine halbe Million organisierter Kämpfer haben. Setzt in dem Arbeitsjahre, das wir noch vor uns haben, die Partei ihre ganze Kraft an diese Aufgabe, dann erreicht sie das gesteckte Ziel und dann können wir wohlgerüstet und wohlgenut in das Kampfsjahr eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erstattet Baden-Dresden den

Bericht der Kontrollkommission

und führt aus: Der Bericht der Kontrollkommission fällt diesmal etwas größer aus als früher, wenn er auch nicht so groß werden wird wie der des Genossen Gerisch. Das liegt zum Teil an der Organisation und teils daran, daß durch vermehrte Ausschüsse mehr Rekrute an die Kontrollkommission eingelassen sind. Zunächst haben wir die Berufung des Vorstandes des Lübecker sozialdemokratischen Vereins gegen das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Januar 1906, weil das Schiedsgericht den Ausschluß der Genossen Kieber und Detlow aus der Partei wegen Streikbruchs abgelehnt hat. Beide führten während eines Streiks den Umbau eines Ladens aus. Als Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hätten sie, weil sie nicht in den Streik eingetreten sind, die bei Streiks erhöhten Beiträge zu zahlen gehabt, was für Lübeck pro Tag 60 Pf. betragen hätte. Nun erklärten jene, daß sie den erhöhten Beitrag nicht zahlen könnten, weil sie unter der Materialsperrung litten. Sie würden denselben aber gerne bezahlen, wenn ihnen die Streikleistung das Material liefere. Weil nun jene den Beitrag nicht zahlten, wurden sie aus dem Verband ausgeschlossen. Zum Streikbruch wegen Umbau des Ladens erklärten sie, sie seien vom Inhaber dieses Ladens aufgefordert worden, einen Anschlag einzureichen, worin sie 400 Mk. gefordert hätten. Daraufhin hätten sie die Arbeit erhalten, aber nach dem Zuschlag sei ihnen vom Bauherrn mitgeteilt worden, da er sie wenig kenne und er deshalb nicht wisse, ob sie die Arbeit richtig ausführen, so wäre er gezwungen, ihre Arbeit überwachen zu lassen und diese Überwachung werde durch den Bauunternehmer Corda in Lübeck ausgeübt. Ihrem Einwand dagegen, daß dies nicht

Tadel aus. Der Wahlkreis legte Berufung ein. Die Kontrollkommission wies die Berufung zurück, da kein neues Material vorlag, der Sperrbruch lange zurück lag und der Metallarbeiterverband sich bereit erklärt hatte, Löteberg aufzunehmen wenn er sich melden sollte. Außerdem hatte Löteberg ein volles Jahr gearbeitet, bis man gegen ihn vorging. Der Metallarbeiterverband sieht die Sache als verjährt an, da konnte auch die Kontrollkommission nicht zu einer schärferen Maßnahme greifen.

Eine andere Beschwerde ist die des ehemaligen Mitgliedes Siebel in Dortmund. Er ist vor Jahren aus dem Dortmunder Verein ausgeschlossen worden, wurde dann wieder aufgenommen, brachte aber bei Gelegenheit eines Vortrages die alten Streitigkeiten wieder zur Sprache, worauf er aufs neue ausgeschlossen wurde. Es wurde ihm auch vorgehalten, daß er wiederholt die gegnerische Presse zu Angriffen auf die Partei benutzt habe. Die Kontrollkommission, die sich schon vorigesmal mit Siebel beschäftigt hatte, legte ihm anheim, seine Wiederaufnahme bei dem Parteitag zu beantragen. Auch die alte Angelegenheit Mühlhausen im Elsaß beschäftigte wiederum die Kontrollkommission. Da die Mühlhäuser Parteiorganisation dieselbe als noch nicht erledigt betrachtete, kam es in einer Sitzung, an der Kontrollkommission, Parteivorstand und Vorstand der Mühlhäuser Parteiorganisation sich beteiligten, zu folgender Erklärung:

Die Mühlhäuser Parteigenossen ernennt an, daß Handlungen, die der Genosse Emmel gegen den ausdrücklichen Beschluß der Parteileitung unternommen hat, den Tadel rechtfertigen, den die Kontrollkommission auf Parteitagen gegen Genossen Emmel ausgesprochen hat.

Die Kontrollkommission ihrerseits erklärt, daß bei der einwandfreien Tätigkeit, die Genosse Emmel gegenwärtig im Interesse der Partei entfaltet, diese Vorgänge als erledigt zu betrachten sind und für die Partei keinen Grund mehr abgeben können, dem Genossen Emmel die Vertrauenswürdigkeit abzuspreden.

Dieser Beschluß ist im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Die Angelegenheit ist damit erledigt. Als achter Beschwerdeführer erscheint der Genosse Druckereibesitzer Günther in Braunschweig. Er hat es den Genossen verüßelt, daß sie seine Druckerei nicht übernommen, sondern eine eigene gegründet haben. Er verlangte 21 000 Mk. für seine Druckerei, die Genossen wollten nur 15 000 Mk. zahlen. Jetzt verlangt er 6000 Mk. als Ersatz für einen früher von ihm selbst übernommenen Fehlbetrag bei dem „Braunschweiger Volksfreund“. Der Vorstand hat das abgelehnt, und auch die Kontrollkommission hat die Ablehnung ausgesprochen, weil Günther vor zehn Jahren selbst auf die 6000 M. verzichtet hatte, um den Druckauftrag für den „Volksfreund“ noch zehn Jahre zu behalten. — In Heßberg sind zwei Genossen Brecht und Spinger ausgeschlossen worden, weil sie an das dortige Zentrumsblatt Artikel gesandt hatten, die interne Parteizustände geißelten. Der Genosse Brecht gibt zu, das getan zu haben, behauptet aber, das sei geschehen, um die verrotteten Parteizustände in Heßberg zu beseitigen. Genosse Spinger hat dies Vorgehen ausdrücklich gebilligt. Die Kontrollkommission ist dem Beschluß auf Ausschluß beigetreten. Die letzte Beschwerde, welche uns beschäftigt, ging aus von den Genossen Wiesenthal und Cordts in Berlin. Sie richtete sich gegen den Parteivorstand und die Berliner Preßkommission wegen Verweigerung der Aufnahme von Sperr- und Streikannoncen im „Vorwärts“. Es wurde behauptet, daß der „Vorwärts“ z. B. dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Maschinenbauer seine Spalten geöffnet habe und es wurde eine solche Annonce vorgelegt. Es wurde festgestellt, daß diese Annonce nur aus Versehen in dem „Vorwärts“ aufgenommen worden ist, ebenso wie auch eine Annonce betr. den „Allgemeinen Metallarbeiterverband“. Der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ ist bekanntlich eine Abspaltung des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“. Um eine genauere Kenntnis von dieser Angelegenheit zu erhalten und weil Wiesenthal und Cordts nach

Mannheim gekommen waren, um hier ihre Sache zu vertreten, zog die Kontrollkommission zu der Besprechung mit ihnen auch ein Mitglied des Parteivorstandes sowie die Genossen Wels und Grauer von der Berliner Preßkommission hinzu. Die Kontrollkommission hat schließlich die Beschwerde des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, Sitz Berlin, zurückgewiesen, und zwar mit folgender Motivierung: „Die Partei kann sich in gewerkschaftliche Streitfälle nicht einmischen, solange nicht allgemeine Parteiinteressen dabei berührt werden. Sie kann daher auch ein Urteil über den Streit des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes resp. des Genossen Wiesenthal mit dem Deutschen Metallarbeiterverband (Sitz Stuttgart) nicht abgeben, umsoweniger, als die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihr Beschwerderecht nicht ausgenutzt haben. Die Partei muß aber jeden Abspaltungsversuch in der modernen Arbeiterorganisation, als welchen sich die Gründung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes darstellt, entschieden zurückweisen. In dem angenommenen Antrag 102 des Parteitages zu Lübeck ist die Stellung der Partei auch klar und unabweisend mit dem Ausdruck gekommen. Die Kontrollkommission ist in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Preßkommission der Meinung, daß dem Abspaltungsversuche Vorstoß geleistet würde, wenn der „Vorwärts“ für Publikationen des neu gegründeten Verbandes geöffnet ist. Die Spruchspraxis des Parteivorstandes und der Preßkommission, den „Vorwärts“ nur den Organisationen zur Verfügung zu stellen, welche bei der Berliner Gewerkschaftskommission oder dem Kartell angeschlossen sind, hat sich als praktisch und zutreffend bewährt und kann sich die Kontrollkommission dem nur anschließen. Die (verheerliche) Aufnahme eines Interats des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter kann diese unsere Auffassung nicht beeinträchtigen.“

Unberührt bleibt durch diesen Urteilspruch die persönliche Auffassung der einzelnen Genossen über den Streitfall selbst, wie er sich zwischen dem Allgemeinen und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgespielt hat.“

Wir haben die uns überwiesenen Resolutionen eingehend vorgenommen: ich kann erklären, daß wir nicht das geringste auszuweisen haben.

Auch im Geschäft in Stuttgart haben wir alles in bester Ordnung befunden, und daher beantrage ich im Namen der Kontrollkommission, dem gesamten Vorstand für seine Tätigkeit nach allen Richtungen hin Dankgabe zu erteilen. Ehe ich schließe, kann ich nicht unterlassen, auch hier auf dem Parteitag auszusprechen, daß wir in der Kontrollkommission in diesem Jahre wiederum einen schwereren Verlust zu beklagen haben: Heinrich Meißter ist uns durch den Tod entzogen worden. (Die Anwesenden erheben sich von den Sigen.) Wir verlieren in Meißter einen unserer besten und tätigsten Genossen. Heinrich Meißter war einer von der alten Garde. Seit mehr denn vierzig Jahren hat er unter der Fahne des Proletariats politisch und gewerkschaftlich in den ersten Reihen gekämpft. Seit dem Berliner Parteitag war er Vorsitzender der Kontrollkommission. Wir können am besten ermessen, was wir an Heinrich Meißter verloren haben. Sein Name hatte einen guten Klang in der Partei wie auch in der Gewerkschaft. Denn wo der Kampf am stärksten tobte, da fanden wir seit Jahrzehnten unseren Heinrich Meißter mit an der Spitze, wo er mit frohem Kampfesmut, verbunden mit einem freundschaftlichen und kameradschaftlichen Wesen, sich die Herzen und die Freundschaft aller erwarb, die mit ihm zusammenkamen. Er war der Kämpfer und Proletarier im besten Sinne. Als Proletarier geboren ist er auch als Proletarier gestorben. Sein Leben war ein Leben des Kampfes und der Arbeit. Nichts hatte er errungen, was ihm in seinen alten Tagen ein sorgenfreies Leben gestattet hätte. Aber was er errungen, das ist die Liebe des Proletariats und das war das Höchste und Schönste für ihn. In Hannover zeigte es Partei und Gewerkschafter an seinem Begräbnis-

tage, was Ihnen Heinrich Meißner war, und so hoffe auch ich, daß die Gesamtpartei das Andenken unsres Meißner stets in Ehren halten wird, denn er war einer unserer Besten. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Singer: Der soeben eingelaufene Antrag 139, der zu dem Bericht des Vorstandes gehört, berührt eine Materie, die bereits in Anträgen behandelt ist. Ich glaube deshalb annehmen zu dürfen, daß er genügend unterstützt ist.

Zur Diskussion werden gestellt die Anträge 8, 131, Absatz 1, 139 und 178. **Runge-Vochum** (zur Begründung der Anträge 8, 131 und 139): Ich glaube mir eine längere Begründung der Anträge ersparen zu können und bin der Ueberzeugung, daß aus den Ausführungen des Vorstandes hervorgeht, daß eine Ueberlastung des Vorstandes vorhanden ist. Wenn Genosse Pfannschäfer heute morgen sagte, der Vorstand habe nicht überall seine Pflicht erfüllt, so ist das zum Teil zutreffend. Aber man kann nicht ein hüstwilliges Verschulden annehmen. Wir sind eben der Meinung, daß innerhalb des Parteivorstandes zu wenig Personen vorhanden sind. Sie können die durch die festere Organisation vermehrte Arbeit nicht bewältigen. Wir halten es für notwendig, daß die Mitglieder des Parteivorstandes des öfteren hinausgehen und gewisse Situationsreife vornehmen (Zuruf: Revisionstreifen), um draußen in der Provinz manche Änderungen zu treffen. Ich bin überzeugt, die bitteren Klagen des Genossen Gerisch, daß in puncto Finanzen nicht alles in Ordnung ist, könnten durch öftere Fühlungnahme aus der Welt geschafft werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß in dieser Beziehung die Vorstände der Gewerkschaften manches erlebigen, was uns hier Anlaß zur Kritik gibt. Was die Zahl von zwei Personen anlangt, so haben wir keineswegs die Absicht, daran festzuhalten. Das mag dem Parteitag überlassen sein und es mag vielleicht auch die Anregung des Vorstandes angenommen werden. Uns geht es lediglich darum, daß der Parteivorstand vermehrt wird, damit es einmal möglich ist, bessere Fühlung mit den Genossen zu nehmen. Es wird vielleicht auch der Wunsch des Parteitages sein, mehr Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen (Zuruf: Geschickt ja schon!) und daß deshalb die Sekretäre aus den Reihen der aktiven Gewerkschafter genommen werden.

Uebung-Mainz (zur Begründung des Antrages 178): Wir wissen, wie schwer es den kleinen Parteiblättern gemacht wird, drei Wochen lang in ständiger Reihenfolge die Berichte des Parteivorstandes abzudrucken, und wir wissen, daß im Augenblick, wo die Berichte erscheinen, die bürgerlichen Blätter bereits in die Polemik eingetreten sind, so daß es den Lesern unserer Provinzpresse schwer wird, die Sache zu beurteilen, weil sie die Berichte noch nicht gelesen haben. Es könnten diese Berichte mit geringen Kosten den kleinen Blättern als Beilage zur Verfügung gestellt werden. Die größeren Parteiblätter sind in der Lage, dieses aus eigenen Mitteln schon jetzt zu tun und tun es auch. Warum sollen die Leser der kleineren Blätter denn auch hierin benachteiligt sein?

Hierauf wird in die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung und die oben genannten Anträge eingetreten.

Sonrath-Nachen (Stadt): Im äußersten Westen haben wir selten einen Bericht des Parteivorstandes mit einer solchen Genugtuung begrüßt wie den diesjährigen, und zwar deswegen, weil er die wichtigen Fragen der Mednerhschule, der Parteikorrespondenz und der Sammlung der von der Fraktion im Laufe der Jahrzehnte gestellten Anträge enthält. Ich bin der Meinung, daß mit diesen Arbeiten namentlich uns in den westlichen Bezirken, wo wir in der Hauptsache noch einen sehr erbitterten Kampf gegen unsere eigenen Klassengenossen, die in völliger Verleumdung ihrer Interessen noch in den Reihen des Zentrums stehen, zu führen haben, sehr wesentliche Dienste geleistet werden. Ich bin ja freilich mit der Absicht hierher gegangen, ganz energisch den Parteitag zu bitten, für uns im äußersten Westen noch ein Uebriges zu tun. Ich bin der Meinung, daß

die Endschlacht zwischen Kapitalismus und Arbeitern in den westlichen Industriegebieten geschlagen werden wird, darum müssen wir uns darauf verlegen, besonders kräftig dort einzugreifen, um eben diese Bewegung möglichst zu beschleunigen. Nachdem aber Genosse Gerisch in seinem Berichte die Rheinproving als das teuerste Land hingestellt hat, müssen wir unsere Anforderungen etwas tiefer herabsenken. (Auf: Sehr richtig!) Aber die Tatsachen an sich reden eine so deutliche Sprache, daß man auch dann noch nicht unverschämter wäre, wenn wir auf der Forderung bestünden und sagten, man möge den westlichen Provinzen noch mehr unter die Arme greifen. (Heiterkeit.) Zu bezug auf die Parteikorrespondenz hätte ich den Wunsch, daß diese namentlich auch den in der gewerkschaftlichen Organisation tätigen Genossen zugänglich gemacht wird (Zuruf: Geschickt ja!), es wird mitunter lebhaft beklagt, daß untere gewerkschaftlich tätige Leute mit der Zeit die richtige Fühlung mit der Partei verlieren. Namentlich die in den Ortsgruppen angestellten Beamten sind derartig mit Arbeit überlastet, daß es ihnen an der notwendigen Zeit fehlt für ihre weitere geistige Ausbildung. Wenn man diesen durch die Zustellung der Korrespondenz unter die Arme greifen würde, würden die Referate und das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften viel besser werden, weil diesen Beamten dann leichter Agitationsmaterial zur Verfügung steht. Wenn wir dies tun, würde manche Versammlung ein anderes Gesicht bekommen, wie es heute der Fall ist. Ferner sollte die Sammlung der Anträge eine Statistik darüber enthalten, welche Parteien regelmäßig die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage zu Fall bringen, und zwar hätten wir deshalb diesen Wunsch, weil wir es vornehmlich mit der Zentrumspartei zu tun haben, die es mitunter so schlau versteht, Anträge zu stellen, weil sie weiß, die Anträge werden nicht Gesetz werden. Bei anderen Gelegenheiten wiederum, wo es ihr möglich wäre, solche Anträge zu stellen, tut sie es nicht, um so zu verhindern, daß der Arbeiterschnur weiter ausgedehnt wird. Wenn wir also in einem Quellenwerke eine solche Zusammenstellung hätten, dann könnte man diese sehr gut in der Agitation gegen die Zentrumspartei verwenden. Genosse Gerisch ist der Meinung, daß es nicht angängig erscheine, einen einheitlichen Parteibeitrag festzulegen, wir sind aber zu einer anderen Ueberzeugung gekommen. Wir haben bei uns sicherlich nicht goldene Gefilde für die Arbeiter, aber seitdem wir im oberrheinischen Organisationsbezirk beschlossen haben, 10 Pf. Parteibeitrag zu zahlen, hat sich unsere Organisation in Stadt und Land um das Dreifache gehoben. Ich meine, wenn die Gewerkschafter so hohe Beiträge bezahlen, können auch wir dazu kommen, 10 Pfennig als Beitrag festzusetzen. Es muß schließlich den Organisationen am Ort überlassen bleiben, ob sie noch höhere Beiträge nehmen wollen. An der Höhe der Beiträge scheitert die Organisation nicht. Dafür haben wir den lebendigsten Wetts in der Gewerkschaftsorganisation. Durch höhere Beiträge wird die Organisation leistungsfähiger werden. Ferner bin ich der Meinung, daß der Anregung etwas mehr Nachdruck gegeben wird, daß die einzelnen Parteiorde auch dem nachkommen, was der Parteitag beschließt, denn sonst können wir uns die Kosten für den Parteitag sparen. Wofür fassen wir denn die Beschlüsse, wenn sie nicht ausgeführt werden? (Sehr richtig! Beifall.)

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag **Scheide-Dortmund** eingelaufen, wonach neben der Resolution des Jenaer Parteitages auch die des Kölner Gewerkschaftskongresses über den Massenstreik den Delegierten vorgelegt wird.

Scheide-Dortmund: Eine nähere Begründung des Antrages könnte ich mir ersparen. (Sehr richtig!) Ich halte es für selbstverständlich, daß die Kölner Resolution gleichzeitig mit der Jenaer vorgelegt wird. Gerade im Punkte des Massenstreiks wird sie eine gewichtige Rolle in der Debatte spielen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen und in der Diskussion fortgeführt.

Heus-Anhalt: Genosse Gerisch hat uns Anhalter Genossen als recht große Sünder hingestellt. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Sehr unrichtig, wie ich Ihnen nachweisen werde. Wir haben uns nur erlaubt, das gesetzliche Minimum an den Parteivorstand zu zahlen. (Zuruf: Sehr nobel!) Es heißt im Parteistatut: Die Festlegung der Beiträge ist den Bezirksorganisationen überlassen. Wenn Sie dies nicht gewollt hätten, dann hätten Sie diesen Satz überhaupt nicht beschließen dürfen. (Sehr richtig!) Wir stehen also durchaus auf dem Boden des Parteistatuts. (Zuruf: Das hat niemand bestritten.) Dann weiß ich nicht, warum wir überhaupt getadelt werden. Durch die Gründung eines Wahlkreisvereins wurden wir vor die Frage gestellt, welche Beiträge der Wahlkreisverein erhält, wenn die Lokalbeiträge beibehalten werden. Wir haben nun für den Wahlkreis 10 Pfennig erhoben und den Ortsvereinen überlassen, die örtlichen Beiträge zu erheben. Dabei haben wir gar nicht die Absicht gehabt, bei dem Minimum zu bleiben. Wenn im ganzen Reich so viel bezahlt würde, als wir in Anhalt zahlen, so würde man nicht 130 000 M. für die Zentralkasse einnehmen, sondern 200 000 M. Ich bedauere aber bei der Gelegenheit besonders, daß das, was Genosse Gerisch uns vorgetragen hat, nicht schon vorher gedruckt mitgeteilt worden ist, wir hätten dann besser Kritik üben können. (Sehr richtig! Widerspruch.) Wir hätten ebenfalls das Bedürfnis nach Zuschüssen von der Zentralkasse gehabt, aber wir haben die 60 000 M., die wir für unsere Druckerlei benötigten, aus eigenen Mitteln aufgebracht, und darauf sind wir stolz. Wir behalten das Geld für uns und liefern nur das Minimum ab, weil wir es für die nächste Reichstagswahl notwendig brauchen, so daß wir dann auch nicht um einen Parteizuschuß einzukommen brauchen. Heute haben wir in Dessau 4500 M., bis zur Wahl hoffen wir 8000 M. zu haben. So sammeln wir für unsere eigenen Zwecke. Ich meine, das ist doch vernünftig. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Auf diese Weise wird der Parteivorstand schließlich auch mehr Geld erhalten als er sonst bekommen würde. Wir haben auch einen Sekretär für unseren Wahlkreis anzustellen beschlossen. Wir sind der Meinung, daß es viel zweckmäßiger ist, wenn in einem Wahlkreis ein Sekretär eine intensive Agitation besorgt, als wenn ein Duzend Wahlkreise durch einen Parteisekretär versorgt werden. Hätten wir das Geld über das gestattete Minimum hinaus nach Berlin geschickt, müßten wir's für den Parteisekretär zurück erbitten. Was hätte das für einen Zweck? Darum sehe ich nicht ein, warum die Anhaltiner, die doch ihre Pflicht getan haben, hier lächerlich gemacht werden. Ich protestiere entschieden dagegen. Bedauert habe ich, daß Genosse Gerisch in gewissem Maße der Angst vieler Genossen, sich politisch zu organisieren, das Wort geredet hat. Wir müssen die ganz überflüssige Angst und Sorge der Genossen bekämpfen. Es können sehr viel mehr Genossen, die sich abhängig fühlen, für die Organisation gewonnen werden. Je stärker die Organisationen sind, desto geringer wird die Angst vor Maßregelungen sein. (Sehr wahr!) Stellen Sie möglichst viele Parteisekretäre an, die eigens nur dazu da sind, um für die Entwicklung der Parteioorganisationen tätig zu sein, dann werden wir tüchtig vorwärts kommen.

Gröth-Stettin: Ich begrüße mit Freuden den Antrag S. Es ist nötig, mehr Sekretäre für das Parteibureau anzustellen. Die Korrespondenz war in der letzten Zeit etwas saumfelig. Unserer Ansicht nach sind die Sekretäre mit Arbeiten überlastet. Man dürste deshalb den anzustellenden Sekretären keine Reichstagskandidaturen übertragen. Zu unserem Provinzialparteitage hatte der Parteivorstand einen Vertreter zugesagt, aber nachher hat er geschwiegen, daß niemand abkommen kann. Wir bebauern das, denn der Parteivorstand hätte sich auf diese Weise leicht informieren können. Unser Wunsch geht dahin, daß der Parteivorstand auf den Provinzialparteitagen vertreten ist. Den Wünschen des Korrespondenten über die Parteikorrespondenz kann ich mich nur anschließen. Den Leitern der Gewerkschaften sollte die Korrespondenz ebenfalls zugestellt werden. Die

Verichterstattung der Landessekretäre müßte im Bericht des Parteivorstandes mehr zur Geltung kommen, so daß man sich im Geschäftsbericht der Parteileitung über die Tätigkeit der Parteisekretäre mehr informieren kann. Die Masse der Parteigenossen müsse informiert werden, wie die von der Gesamtheit bezahlten Sekretäre arbeiten.

Scheibe-Dortmund: Ich möchte die Kontrollkommission dringend ersuchen, dem früheren Genossen Siebel aus Dortmund überhaupt nicht mehr zu antworten. Er hat mit Hilfe Sittgenaus uns vor der letzten Wahl zu schädigen versucht. Solchen Leuten gebührt überhaupt keine Antwort mehr. (Sehr richtig!) Es ist wahr, daß wir zu den Leuten gehören, die wenig an die Zentrale abliefern, aber viel erhalten. Das meiste Geld haben wir für das Ruhrbecken gebraucht. Die Agitation ist da sehr teuer. Die Situation ist groß. Um diese Kreise zu erhalten, bedarf es großer Arbeit. Wir haben infolge der Zentralorganisation und der Anstellung von Sekretären bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Wir sind im letzten Jahre von etwas über 1500 Mitglieder auf über 4000 Mitglieder gestiegen, allein in den letzten zwei Monaten hatten wir über 500 neue Aufnahmen. (Sehr wahr!) Sie dürfen auch nicht vergessen, daß wir in Hagen und Herlohn Nachwahlen hatten, die viel Geld kosteten. Dazu kommt, daß infolge des Vorrückungslüdes die Reichstagsreden von Hue und Sachse gedruckt verbreitet wurden. Das kostete 12 000 M. Zu bebauern ist die schwache Besetzung der Fraktion bei der Besprechung der Interpellation. Das erregte Unwillen im Ruhrrevier und da mußte der Parteivorstand ein Pfästerchen von 12 000 M. auf die Wunde legen. (Heiterkeit.) Sie können sicher sein, daß das Geld wieder einfließt. Das Ruhrbecken wird schließlich ebenso rot werden, wie das Königreich Sachsen. (Bravo!) Einige Worte über die Veröffentlichung des Protokolls der Zentralvorstände. Wir haben uns in unseren Kreisen formell mit der Generalkommission einverstanden erklärt, aber materiell dem Parteivorstand recht gegeben. Die Veröffentlichung war notwendig. Ich erinnere nur daran, daß vor Veröffentlichung der Maurer Beßl aus Berlin in öffentlichen Versammlungen unseres Kreises behauptete, Wömelburg habe die Demonstration vom 21. Januar als Protestrummel bezeichnet, über den er gelacht habe. Wir waren baff darüber, daß unser Abgeordneter so etwas sagen konnte; wir haben ihn sofort zur Rechenschaft gezogen und da hat er bewiesen, was wir heute alle wissen, daß er damit die Protestbewegung im Anschluß an den Kölner Gewerkschaftskongreß gemeint habe. In dieser Weise einzelne Genossen, die im Vordergrund stehen, angreifen, das heißt, die Partei auf das infamste schädigen. (Sehr richtig!) Als wir das zurückwiesen, da erklärte das Organ der Anarcho-Sozialisten, Ihr könnt ja wegen ehrlöser Handlungsweise einen Ausschlußantrag stellen. (Lachen.) Auf diese Weise ist gearbeitet worden vor der Veröffentlichung des Protokolls. Wir können dem Parteivorstand nur dankbar sein, daß er durch die Veröffentlichung Klarheit geschaffen hat. (Beifall.)

Ghrhart-Ludwigshafen: Ich liebe es sonst nicht, die kostbare Zeit des Parteitags in Anspruch zu nehmen, aber Genosse Gerisch hat heute morgen Angriffe auf Bayern gemacht, die ich zurückweisen muß. Ich weiß nicht, was unserm Finanzminister in die Krone gefahren ist, daß er hier eine solche Sprache führt. (Heiterkeit.) Er hat ganz unverantwortliche Angriffe gegen die Bayern gerichtet. Er sagte, Bayern hätte durch die Art, wie es das deutsche Gesetz in seinen Landesgesetzen ausgelegt habe, einen Treubruch begangen. In Jena aber hat Genosse Gerisch den Bayern selbst gesagt: „Seid ruhig, seid ruhig; es geht ja doch seinen Gang. Es wird nicht so gehandhabt werden.“ (Zuruf.) Hast Du es nicht gesagt? Du kamst es nicht bestreiten. (Große Heiterkeit.) Daraufhin haben wir klein beigegeben und haben gesagt: „Wir machen keine Opposition.“ Es wird auch Wasser in den Wein gegossen. (Webel: Aufschwaffen! Große Heiterkeit.) Gerisch

hat auf die versumpften Bayern hingewiesen. Er hätte vielmehr Ursache gehabt, in Preußen an verschiedenen Orten und Statten seine Stimme recht kräftig zu erheben. Er verweist auf Berlin, Schmeißel und lobt unsere Berliner (Mit Recht!). Ich kann mir ja denken, welche Absicht er dabei hat. (Große Heiterkeit.) Ich will bemerken: wir alle in Süddeutschland sind einer Stimme des Lobes über die Berliner mit ihrer musterghiltigen Opferwilligkeit. Darin sind wir ganz einig, aber die Berliner Genossen haben für ihren Opfermut auch große Vorteile. Zunächst hat das Rentamt bei ihnen seinen Sitz. Alle Parteianstalten kommen nach Berlin. Alle unsere Kräfte, die sich in der Provinz entwickelt haben, streben nach Berlin; alle Agitatoren sucht man möglichst nach Berlin zu ziehen. (Webel: Ich bewahre!) Du sagst: „Ich bewahre!“ Du bist ja selbst nach Berlin gegangen. (Stürmische Heiterkeit.) Für ihre Opferwilligkeit erhalten die Berliner also auch Gegenleistungen. Es darf Mafseles oder sonst etwas sein, bei ihrer Jagungs-fähigkeit können die Berliner viel zuversichtlicher mit ihren Forderungen an das Rentamt treten, als wir arme Leute in der Provinz. Das dürft Ihr nicht vergessen. Man hat gesagt, wir Bayern seien der Weis-Schule gefolgt. Ich muß wiederholen, was wir bereits in Jena ausgesprochen haben, daß wir die neue Organisation unserer Verhältnissen anpassen müssen. Was für Berlin, für Weipzig, für Hamburg und andere große Städte praktisch ist, ist noch lange nicht auf alle Bezirke im Deutschen Reich anwendbar. Mit der Uniformierung richtet man nur Schaden an. Ich halte das Zentralfieren für ein Unglück und bekämpfe es auf das allerentschiedenste, jedenfalls werden Sie auch auf dem Wege, wie Gerlach hier aufgetreten ist, Ihre Absicht nicht erreichen. Wir haben die Gesetze nicht umgangen; wir sind nicht der Schule von Weis gefolgt, obwohl ich zugeben muß, daß Weis zeitweilig auch ganz gute Gedanken hat, welche von anderen zu befolgen sind. (Heiterkeit.) Wir verlangen, daß unser Parteivorstand kein Rentamt sei, sondern ein Parteivorstand mit Initiative, der das innere Leben der Partei beeinflusst; aber mit dem System, das Ihr verlangt, stempelt Ihr den Parteivorstand zum Rentamt. Ich bedauere, daß Webel sich so wenig um die Organisation kümmert, oder wenigstens von seinem Einfluß so wenig Gebrauch macht. (Hört hört!) Würde er das tun, so würde er im Vorstand längst dafür gesorgt haben, daß man nicht so einseitig vorgeht und daß man nicht mit dem Geldsack droht, wie das Gerlach getan hat. Wir dürfen auch keinen Funken von Kapitalismus in unserem inneren Parteiwesen dulden. (Widerspruch.) Unterbrecht mich doch nicht immer, denn währenddessen gehen meine zehn Minuten dahin. (Heiterkeit.) Bayern ist durchaus nicht versumpft. Denken Sie daran, welche Schwierigkeiten und Kosten wir bei den Landtagswahlen haben. Ich weise auch auf die letzte Reichstagsnachwahl hin, wo wir ungemein hohe Ausgaben hatten. Wir haben sie selbst gedeckt. Wir stehen auf dem Standpunkte: wenn die Partei Geld braucht, dann soll und kann sie es holen. Sie wissen, ich bin seit vielen Jahren hatten wir kolossale Ausgaben für unsere Parteipresse. Ich bin dafür, daß der Lehnte für die gesamte Presse eingeführt wird. Die rentablen Unternehmern sollten einen Teil ihrer Erträgnisse an die Gesamtpartei leisten, das würde sie nicht schädigen. Wenn wir in der Provinz unsere Agitationskosten durch die von Berlin geleisteten Zuschüsse bestreiten wollen, dann wird die Agitation sehr teuer werden. Gerlach ist auch Moral, indem er auf die Bayern lospaukt. Er weiß ganz gut, daß das sogenannte Reichsgesetz für Bayern erst mit dem 1. Juli in Kraft getreten ist, es konnte deshalb auch noch keine Wirkung haben. (Sehr richtig!) Die meisten werden glauben, was aus Bayern kommt, ist ein Werk des Genossen Vollmar. Nein, ich kann Ihnen mitteilen, allerdings sehr vertraulich will ich das sagen (Große Heiterkeit), daß gerade Vollmar und am allerentschiedensten bekämpft. Die eigentlichen Urheber der Satzungen sind die Pfälzer. Du kennst sie doch, mein lieber Gerlach. (Heiterkeit.) Bei uns besteht keine Antipathie gegen den Parteivorstand. Wir haben, um das Rentamt an unserer Presse zu übernehmen

zu lassen, einen vom Rentamt als Teilhaber mit einbezogen. Seht, Ihr habt keinen Pfennig geopfert und seid zu einem Fünftel sogar Teilhaber. (Große Heiterkeit.) Wie kann man da von Versumpfung reden und davon, daß wir unsere Pflicht nicht erfüllen. Für die Verweigerung von Gerlach habe ich nur eine einzige Erklärung, er weiß, der Parteivorstand hat seine Pflicht und Schuldigkeit nicht in dem Maße getan, wie er es hätte tun sollen; er erwartet große Vorteile und als geschickter Taktiker denkt er: Du drehst den Spieß um, nimmst einen Sündenbock und leitest die ganze Diskussion auf den ab. Wen soll er nehmen als die guten bescheidenen Bayern. (Große Heiterkeit.) Sie haben ja bereits gesehen, alles wirkt sich darauf und darüber werden die anderen Dinge vergessen, aber zehn Minuten habe ich ja nur; somit werde ich gleich den Anfang machen und dort hineinbohren, wo hineingebohrt werden muß.

Singer: Ich habe mit Rücksicht auf die Unterbrechungen drei Minuten zugegeben (Heiterkeit), bitte aber nun zum Schluß zu kommen.

Chrsart (fortfahrend): Sie sehen also, wie unglücklich ich bin. (Große Heiterkeit.) Da unten rufen Sie mir „Auspausen!“ zu, und da oben ruft man, ich soll ruhig sein. (Heiterkeit.) Nur das eine noch: Gerlach schmeißel den preußischen Genossen. Er hat vielleicht Ursache, das zu tun; aber er soll es nicht tun auf Kosten der Bayern. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Gewehr-Eberfeld: Nach der Carlstadt unseres Pfalzgrafen muß ich das trockenere Gebiet wieder besäen. Den Vorwurf der Pfennigsucherei dem Vorstand gegenüber halte ich für nicht berechtigt. Wenn der Vorstand nicht alles bewilligt, was die Wahlkreise fordern, ist das ein Schmelz für die einzelnen Orte, selbst mehr zu tun. Die Statistik, die uns Genosse Gerlach über die Stärke der Organisationen brachte, ist sehr zu begrüßen, aber nur der Anfang der notwendigen umfangreichen Parteistatistik. Damit wir diese bekommen, ist es notwendig, daß der Parteivorstand verstärkt wird. In Bezug auf die weitere Entwicklung der Organisation hat sich leider der Parteivorstand zu sehr schieben lassen. Ich halte die Anstellung von zwei neuen Sekretären für durchaus geboten. Arbeit ist in Masse vorhanden. Was die Vormüße Chrsarts gegen Gerlach anbelangt, so mag Gerlach in der Form etwas zu kraß gewesen sein. Das macht sein Amt als Kassierer; aber in der Sache ist wohl die Mehrheit des Parteitages auf Seiten von Gerlach. (Sehr richtig!) Ich weiß, wie die Süddeutschen sich gegen das Wichtigste in dem neuen Organisationsstatut gewandt haben, offenbar aus Besorgnis, abhängig von Berlin zu werden. Eine Abänderung beziehungsweise Weiterbildung des Organisationsstatuts wird sich sicher bald notwendig machen. Die Einführung eines einheitlichen Beitrages halte ich durchaus für durchführbar. Die Parteikorrespondenz sollte uns vor allem auch wichtiges Material aus den Reichstagskommissionen, auch der früheren, übermitteln. (Sehr richtig.)

Thiele-Halle: Daß Gerlach im heiligen Kassiererzorn und sündige Hallenfer mit der Posaune etwas kräftig angeblasen hat, müssen wir und gefallen lassen. Daß er uns aber auch die Posaune wiederholt gründlich an den Kopf geschlagen hat, dazu lag kein Grund vor. Auch andere Großstädte haben nichts abgelleiert. Lieber Erzengel Gabriel-Gerlach, was Halle recht ist, ist Karlsruhe billig. Wir haben stets unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllt, haben jedes Jahr, als ein Zwang noch nicht bestand, reichlich Geld abgeführt und auch dieses Jahr große Mittel für Nachbarparteien aufgewendet, die wir der Hauptkasse hätten in Rechnung stellen können. Wir haben noch niemals Mittel der Allgemeinheit gebraucht und werden sie auch in Zukunft nicht brauchen. — Der Aufschwung unserer Presse ist erfreulich, aber leider verfügen die Parteiblätter der Provinz über einen zu kleinen Etat. Unsere Redakteure müssen weit mehr arbeiten, als die an bürgerlichen Blättern, aber leider stehen ihnen nicht die genügenden Mittel zur Verfügung. So erfreulich die Entwicklung der Partei-

preffe ist, so gibt es doch viel unangenehme und höchst verwerfliche Vorkommnisse. Ich will nicht auf alles eingehen, sondern nur hinweisen auf die Art wie der „Vorwärts“ noch in voriger Woche einen unserer Kollegen behandelt hat. Ich meine den Artikel gegen *Stampfer*, „Eine läppische Vöberei“. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Dazu lag kein sachlicher Grund vor. (Zuruf: Manu?) Der „Vorwärts“ brauchte sich nur der verschiedenen Parteitagbeschlüsse zu erinnern, daß in Polemiken zwischen Parteigenossen ein anständiger Ton herrschen soll. Was würde der „Vorwärts“ sagen, wenn die Provinzpresse, die er in diesem Falle nur ganz geringen Teile auf seiner Seite hat, ihm die Ueberschrift als „Journalistische Flegerei“ heimgezählt hätte? Mit Recht würde er sich darüber beschweren. Aber dann hat er vor allen Dingen als Zentralorgan die Pflicht, Preppolemiken nicht in der Art zu führen, die jedem Parteigeistigen Sohn spricht. Ich mag nicht, daß die Redaktion geschulmeisterlich wird, aber hier wäre es Aufgabe des Parteivorstandes gewesen, zu erklären, daß er sich nicht identifizieren mag mit diesen Ausschreitungen des „Vorwärts“, die nicht bloß in diesem einen Falle vorgekommen sind. Wie sind andere Genossen im Laufe des Jahres behandelt worden! Das gehört jetzt geradezu zum Wesen des „Vorwärts“. Das muß anders werden. Das sind wir unserer Partei, das sind wir uns selbst schuldig. — Den Vorschlag des Parteivorstandes, nur einen neuen Sekretär und im übrigen Hilfskräfte anzustellen, halte ich für richtig. Mit einer Vermehrung der Zahl der Sekretäre wird nichts erreicht, so lange wir nicht ein Verbindungsglied zwischen Parteivorstand und der großen Masse der Parteigenossen haben. Lehnen Sie deshalb die Anträge auf Anstellung weiterer Sekretäre ab und nehmen sie den Antrag 98 an! (Singer macht darauf aufmerksam, daß dieser Antrag nicht zur Debatte steht.) Der dort vorgeschlagene Weg, die Einführung eines Parteiaususses, führt eher zum Ziel als der Vorschlag auf Vermehrung der Zahl der Sekretäre.

Simon-Münchberg: Ehrhart hat die Angriffe von Gerisch bezüglich der Beitragsleistung einzelner Bezirke, darunter auch bayerische, zurückgewiesen. Ich kann seine Gründe nicht voll anerkennen. Ich stehe auf dem Standpunkt, und mit mir ein sehr großer Teil der Bayern — wie der Parteitag bewiesen hat, die Hälfte der bayerischen Genossen —, daß wir nicht auf solche Art und Weise, wie es in Dessau und wie es auch in Bayern geschehen ist, handeln sollen. (Sehr richtig!) Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die kräftigen Kreise die schwächeren zu unterstützen haben, daß aber ein Sammelpunkt da sein muß, wohin die Gelder der stärkeren Kreise fließen und von wo aus sie an die ärmeren verteilt werden. (Sehr richtig!) Ehrhart sprach davon, daß Wasser in den Wein gegossen würde, das sind wir von den Pfälzern ja gewöhnt. (Seiterkeit.) Auf dem bayerischen Parteitag haben Sie uns etwas viel Wasser in den Wein gegossen. Die Hälfte der Delegierten war dafür, daß der Grundbeitrag unter allen Umständen 20 Pf. betragen muß und daß davon ein entsprechender Prozentsatz nach Berlin abzuführen ist, die andere Hälfte stand auf dem gegenteiligen Standpunkt. Wir mußten versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Wir haben uns gefügt, aber die Erklärung abgegeben, daß wir alles daransetzen werden, um auf dem nächsten bayerischen Parteitag eine Aenderung dieses Zustandes herbeizuführen. (Weisfall.) Wir hatten in der letzten Zeit sehr große Ausgaben. Nun sagen wir uns aber, weil wir infolge des Beschlusses des bayerischen Parteitages nicht den Prozentsatz abführen können, den wir für richtig halten, wollen wir auch nicht ohne zwingende Notwendigkeit mit Forderungen an die Parteikasse herantreten. Ein erheblicher Teil der bayerischen Genossen gibt Gerisch sachlich recht. Wir hoffen, daß es gelingen wird, eine Aenderung in Bayern herbeizuführen. (Weisfall.)

Däumig-Galle: Gerisch hat den Kreis Halle als abschredendes Beispiel von Pflichtvergessenheit hingestellt. Gewiß, Halle hat keine Beiträge abgeliefert,

aber die Ursachen sind auf verschiedene Vorgänge zurückzuführen, die sich in Halle abgepielt haben. Wir sind im Begriff, einen Saal zu $\frac{1}{2}$ Million zu bauen, ohne daß wir dazu Mittel der Allgemeinheit verwenden wollen. Es kommt hinzu, daß infolge eines Personalwechsels das Geld erst heute abgefannt ist. Wir sind nicht so pflichtvergessen, wie es scheinen könnte. Halle arbeitet für die zurückgebliebenen Kreise des Regierungsbezirks Merseburg. Wir tragen die Kosten für den Bezirkssekretär, ohne ihn in Anspruch zu nehmen. Das „Volkshlatt“ wird zum größten Teil von Genossen aus Halle unterhalten. Die anderen Kreise arbeiten mit Unterbilanz, die wir Hallenser decken. Unser „Volkshlatt“ hat noch nie Zuschüsse aus den Parteikassen gebraucht. Der Kreis Halle wird niemals wieder zu so scharfen Vorwürfen Anlaß geben, daß wir werden wir sorgen.

Schmitt-München: Wenn Gerisch sich darauf beschränkt hätte, seiner Unzufriedenheit über die Bayern formell Ausdruck zu geben, so hätte er vielleicht bei manchem Bayern Widerhall gefunden. So aber ist es leider notwendig, daß wir mit allem Nachdruck gegen die Absichten protestieren, die Gerisch und unterschoben hat. Gerade Gerisch hat in Jena die Genossen zu beschwichtigen gesucht, indem er sagte, es komme nicht auf die Höhe des Beitrages an, sondern darauf, daß überhaupt etwas abgeliefert wird. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Neuorganisation in Bayern erst in diesem Sommer in Kraft treten konnte. Die Beiträge, die im Bericht angegeben sind, stammen noch von der alten Organisation. In Zukunft wird es besser werden. Es hat sich gezeigt, daß die Beschuldigungen derjenigen richtig waren, die es als falsch bezeichneten, daß man auf der einen Seite etwas gibt und auf der anderen Seite es wieder nimmt. Wir haben in München unsere Pflicht erfüllt; wir sind auch in der Provinz ununterbrochen tätig gewesen. Auch die Gemeindeväher im vergangenem Jahre in München hat Tausende verschlungen und die Landtagswahlen des nächsten Frühjahrs stellen wieder große Anforderungen an uns. Es lag also kein Grund vor, so über die Bayern zu reden. Ich glaube, Gerisch ist nur die Zunge durchgegangen.

Reinert-Hannover: Genosse Gerisch hat darauf hingewiesen, daß die Kosten für die Nachwahlen nur in 5 Kreisen gering waren, während für 12 Kreise außerordentliche Aufwendungen, im Durchschnitt 8000 M. erforderlich waren. Ich finde es nicht gerecht, daß Gerisch dabei nicht erwähnt hat, daß dem Parteivorstande die Nachwahl in Hannover keinen Pfennig gekostet hat. (Bravo!) (Wannloch; Ich beständige das, lieber Genosse Reinert.) Reinert fortfahrend: Auch mit der Statistik, die Gerisch über Parteibeiträge und Aufwendungen der Zentralkasse vorgetragen hat, bin ich, soweit dabei Hannover in Frage kommt, nicht einverstanden. Hannover figuriert darin mit einer Leistung von 2900 M. und mit einer Zuwendung von 58 972 M. Aber diese 2900 M. beziehen sich nur auf ein halbes Jahr und verschiedene Beiträge sind auch nach dem 31. Juli, wo die Hauptkasse abschließt, eingegangen. Die Zahlen, die Gerisch vorgetragen, könnten in Hannover irrthümliche Ansichten über unser Wachstum erwecken. Unsere Mitgliederzahl steht wesentlich über dem Durchschnitt des Reiches und Preußens. Wir haben ein außerordentliches Wachstum zu verzeichnen. Zu Anfang der Neuorganisation am 1. Januar d. J. hatten wir 3600 Mitglieder, jetzt haben wir 10 000 (lebhaftes Bravo!) und es sind zahlende Mitglieder (erneutes Bravo!), die nicht nur auf dem Papiere stehen. Auch gegen die Aeußerungen des Genossen Gerisch muß ich mich wenden, daß die Wahlkreise, die keine Beiträge zahlen, das Recht der Delegation zu den Parteitagen verlieren. (Widerspruch von Gerisch.) Das wäre ja die Einführung des Massenwahlrechts nach dem Gelblad, nach preussischem Muster. Wenn davon gesprochen wird, daß wir Hannoveraner 58 972 M. von der Zentralkasse entliehen hätten, so darf dabei nicht übersehen werden, daß 55 000 M. davon Darlehen waren. Diese Dar-

lehen mußten ganz aus den Leistungen der Zentralkasse für die Wahlkreise ausscheiden, weil der Vorstand sein Geld ja zu einem hohen Zinssatze verliehen hat. (Heiterkeit.) Das ist keine besondere Leistung, die uns als Unterstützung in Anrechnung gebracht werden darf. Wir hätten das Geld auch wo anders her besorgen können (Heiterkeit), daß wir es vom Parteivorstande nahmen, ist ein besonderes Entgegenkommen von unserer Seite. (Große Heiterkeit.) Wir haben in Hannover ein Geschäft errichtet, das 250 000 Mk. gekostet hat. Der wesentlichste Teil der Summe ist von Hannover allein aufgebracht, der Rest ist entliehen worden. Nicht einverstanden bin ich mit der Ausführung, die der Parteivorstand dem Bremer Beschluß über das Gehalt der Landessekretäre gegeben hat. In Bremen wurde das Anfangsgehalt auf 2000 Mk. festgesetzt, aber Genosse Hoffmann sagte unter allgemeiner Zustimmung: wenn die Genossen aus einer anderen Stellung kommen, wo sie mehr Gehalt bezogen haben, sollen sie natürlich dieses Gehalt weiter beziehen. Der Parteivorstand sagt nun, das soll auch geschehen. Ich zahle 2000 Mk. und was in der anderen Stellung darüber hinaus gezahlt worden ist, das muß aus der Provinz, aus der der Landessekretär stammt, gedeckt werden. Es ist aber doch höchst unangenehm, daß man sich mit den Forderungen auf Erhöhung des Gehalts gemäß der Besolung in der alten Stellung wieder an eine andere Stelle wenden muß, als an den Parteivorstand. Redner hebt zum Schluß den außerordentlichen Nutzen, den die Landessekretäre gebracht haben, hervor, im Gegensatz zu Peus, der da gemeint hat, daß ein Parteisekretär, der ein Duzend Wahlkreise besorgt, völlig zwecklos ist. Das sage Genosse Peus jedenfalls nur, weil Anhalt nicht ein Duzend Wahlkreise habe. (Heiterkeit.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 8 $\frac{1}{2}$ Uhr vertagt.

Singer: Ich habe Ihnen noch folgende Mitteilung zu machen. Der Parteivorstand und das Lokalkomitee sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die räumlichen Verhältnisse dieses Lokals die weitere Abhaltung des Parteitages wenn nicht zur Unmöglichkeit machen, so doch so erschweren, daß die Verhandlungen außerordentlich beeinträchtigt werden. Ich bemerke, daß diese Auffassung nicht etwa entstanden ist aus irgend einer Unzufriedenheit mit den Leistungen der Inhaber dieses Lokals, sondern einfach die tatsächlichen Verhältnisse haben uns zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß die Größe der Säle überschätzt worden ist. Daher sind Verhandlungen eingeleitet worden, die zu dem Resultat geführt haben, daß dem Parteitag von morgen ab der Rabelungensaal, in dem wir neulich tagten, zur Verfügung steht. (Lebhafte Bravo!) Ich entnehme aus ihren Weisfalsäußerungen, daß wir die Empfindungen des Parteitages richtig tagiert haben. Ich spreche den Herren, die bisher den Parteitag behauptet haben, den Dank des Parteitages aus. Wir bedauern, daß es uns nicht möglich ist, diese Räume weiter zu benutzen. Also morgen im Rosengarten! (Bravo!) Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 25. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Zunächst erstattet die

Mandatsprüfungskommission

Ihren Bericht.

Berichterstatter Sinnermann-Dresden: Es sind im ganzen 813 Delegierte mit 895 Mandaten anwesend, außerdem 52 Vertreter der Partei im Reichstag, 20 Parteifunktionäre und 19 Gäste, die ebenfalls mit Mandaten versehen sind das macht zusammen 404 Teilnehmer des Parteitages.

Die Kommission hatte über drei eingelaufene Proteste zu befinden. Der erste Protest richtete sich gegen das Mandat des Genossen Krohn in Konstanz. Es wurde betont, daß die Bezirkskonferenz, die sich mit dieser Wahl beschäftigt hätte, nicht auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommen wäre, weil das Statut des Wahlkreises nicht in Uebereinstimmung stünde mit dem allgemeinen Parteiorganisationsstatut. Wir konnten uns durch Austunftskerteilung der Leitung der badischen Landesorganisation davon überzeugen, daß das Statut des ersten badischen Reichstagswahlkreises sich in voller Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Organisationsstatut befindet. Die anderen Protestpunkte waren mehr persönlicher Natur und konnten gar nicht berücksichtigt werden, weil auch ein Schiedsgericht in dieser Angelegenheit eingesetzt wird. Daher ging die Kommission über diese Punkte zur Tagesordnung über und beschloß die Gültigkeitserklärung der Wahl.

In dem zweiten Protest gegen die Wahl des Genossen Hamn-Saarbrücken wurde behauptet, daß an der Kreis-Konferenz, die von drei Wahlkreisen besucht war, auch Vertreter von anderen Wahlkreisen teilgenommen haben. Es wurde festgestellt, daß diese anderen Vertreter aus dem Elsenburger Wahlkreise ein Recht zur Teilnahme an dieser Konferenz hatten. Die Kommission beantragt also, auch diese Wahl für gültig zu erklären.

Der 3. Protest richtete sich gegen die Wahl der Genossin Niendorf in Kiel. Eine Frauenversammlung in Gaarden bei Kiel hatte beschlossen, daß der Parteitag der Genossin das Mandat aberkennen solle, zunächst, weil die Bezirkskonferenz der Frauen im 7. Schleswig-Holsteiner Reichstagswahlkreis nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Das Gegenteil wurde festgestellt. Weiter war behauptet worden, daß die Delegiertenkonferenz nicht öffentlich bekannt gemacht worden wäre, und daß der Punkt: „Delegiertenwahl“ nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte. Festgestellt wurde, daß die Konferenz bereits drei Wochen vor ihrem Stattfinden durch Inserat in der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ angekündigt war, und der zweite Einwand wurde deswegen für unbeachtlich erklärt, weil als fünfter und sechster Punkt die Frauenkonferenz in Maunheim und der deutsche Parteitag auf der Tagesordnung gestanden hatten. Außerdem haben wir in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Organisationsstatut festzustellen, daß die Beschlüsse einer Kreis-Konferenz über die Beschlüsse einer einzelnen Gruppen-Versammlung zu stellen sind, weil auf solchen Kreis-Konferenzen der Wille aller Organisierten im Kreise zum Ausdruck gebracht wird. Die Kommission kam um so mehr zur Ablehnung auch dieses Protestes, weil dieselben Frauen, die den Protest erhoben haben, auch mit Vorschlägen an die betreffende Frauenkonferenz gekommen, aber mit ihren Vorschlägen nicht durchgedrungen waren.

Die Mandatsprüfungskommission empfiehlt Ihnen daher, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Grüing-Kiel bittet das Mandat der Genossin Niendorf für ungültig zu erklären. Die Konferenz, in der sie gewählt sei, könne nicht als eine Versammlung angesehen werden, wie sie das Organisationsstatut vorschreibt. Er sei von den Frauen in Gaarden bei Kiel beauftragt, gegen das Mandat Protest zu erheben. Dieselben haben in den letzten Jahren eine so rege Agitation zugunsten der Parteipresse, namentlich der Gleichheit, betrieben, daß wir alle Ursache hätten, zufrieden zu sein. Ich bitte Sie, Parteigenossen, diese organisierte Frauen nicht mißlos zu machen und das zu Unrecht ausgestellte Mandat für ungültig zu erklären.

Hindfleisch-Kiel: Ich ersuche, das Mandat für gültig zu erklären. Der Protest dagegen beruht auf rein persönlichen Momenten, die Wahl der Genossin Niendorf ist ordnungsmäßig erfolgt, aber die Genossinnen aus Gaarden glaubten, daß ihnen auf Grund ihrer Zahl das Mandat zusteht. Die Konferenz ist regelrecht einberufen und öffentlich abgehalten worden. Infolgedessen ist das Mandat gültig.

Hiermit schließt die Debatte.

Sämtliche Mandate werden als gültig anerkannt.
Hierauf wird die am Montag abgebrochene Debatte über den

Geschäftsbericht des Vorstandes

und der Kontrollkommission in Verbindung mit den dazu vorliegenden Entwürfen fortgesetzt.

Ulrich-Offenbach: In dem Bericht des Parteivorstandes ist besonders beklagt worden, wie die einzelnen Landesorganisationen die Frage der Beitragszahlung reguliert haben. Das ist vom Standpunkte des Finanzministers aus vollständig erklärlich und in gewissem Sinne auch berechtigt; aber er hat eine Beurteilung unterließen lassen, die mit den Tatsachen gar zu wenig übereinstimmt, die gar zu wenig berücksichtigt, was die einzelnen Landesorganisationen tun müssen. Nachdem der Jenaer Beschluß vorlag, war für die Bezirksorganisationen die Pflicht erwachsen, ihrerseits die Höhe der Beiträge zu bestimmen. Bei uns in Hessen ist ausschlaggebend gewesen — die Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Situation der in Frage kommenden ärmeren Landesteile. Wir haben Bezirke wie den Odenwald und den Vogelsberg, in denen wir eine ganze Anzahl zahlende Parteimitglieder haben, deren Verhältnisse es bedingen, daß die Beiträge nicht erhöht wurden. Wir mußten also im Rahmen des Gegebenen die Beitragszahlung regulieren. Und diese Regulierung ist so ausgefallen, daß nicht etwa der Parteivorstand um sein Einkommen gebracht werden sollte, sondern darauf, daß wir an Stelle der in diesem Jahre an Beiträgen abgelieferten 2500 Mk. in der Lage sind, bei derselben Anzahl Mitglieder auf 4000—4500 Mk. zu kommen. Ich wollte mit diesen Ausführungen nur die vom Berichterstatter geäußerten Ansichten zurückweisen. Was die allgemeine Situation anlangt, so kann man mit Recht sagen, daß von einem Bericht bis zum anderen eine ganz auffällige Besserung unserer Verhältnisse eingetreten ist. Die Partei hat sich in allen Bezirken in einer Weise entwickelt, daß wir wohl sagen können, die Parteifunktionäre in den einzelnen Bezirken können die ihnen zufallenden Arbeiten nicht mehr im Ehrenamt über Feierabend erledigen, ohne befürchten zu müssen, daß die Bewegung zurückgeht. In den fortgeschrittenen Wahlkreisen macht sich das Bedürfnis geltend, Funktionäre zu erhalten, die ihre ganze Zeit darauf verwenden, die Geschäfte der Partei zu besorgen. Nur durch die Anstellung solcher Funktionäre in den einzelnen Landesteilen können wir unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllen. (Sehr richtig!) Auch ich stand im Anfang der Einrichtung der bezahlten Funktionäre sehr skeptisch gegenüber. Allein im Laufe dieses Jahres habe ich aus der Entwicklung der einzelnen Bezirke gesehen, daß die Anstellung solcher Funktionäre notwendig ist. Daher bin ich der Meinung, daß wir das Institut der Bezirks- bezw. Landes- oder Kreissekretäre ausbilden müssen.

Was aber den Antrag auf Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Sekretäre betrifft, so bitte ich denselben abzulehnen, weil durch diese Vermehrung die Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes nicht gebessert wird. (Sehr richtig!) Je mehr Leute im Parteivorstande sind, desto langsamer kommen die Beschlüsse zustande, die dann trotzdem nicht besser werden. Was die Beilegung der Berichte des Vorstandes usw. in der Provinzpresse betrifft, so sollte man diesen Antrag annehmen, schon deshalb, um das in der Masse der Parteigenossen vorhandene Interesse für die Berichte zu befestigen und auszuweiten. Gerade eine große Anzahl der Parteigenossen, die am notwendigsten die Berichte lesen sollten, können sie nicht lesen. Jede Rundgebung der Partei wird von der gegnerischen Presse sofort bearbeitet, aber wenn unsere Leute die Berichte nicht lesen, kann sie nicht in der Lage, die Bedeutung der gegnerischen Artikel beurteilen zu können. Was die Frage anlangt, ob es opportun gewesen, die Protokolle über die Gewer-

schäftskonferenz zu veröffentlichen, so sage ich kurz und bündig: Nachdem der Marnschuß durch die Veröffentlichung in der „Einigkeit“ gefallen war, mußte das Protokoll veröffentlicht werden. (Sehr richtig! Beifall.)

Paul Hoffmann-Hamburg: Auf dem vorigen Parteitag erhoben die Süddeutschen Widerspruch gegen die Bestimmungen des Organisationsstatuts über die Beitragszahlung. Aber niemand hätte wohl geglaubt, daß nach Inkrafttreten des Statuts so sehr dagegen verstoßen werden würde. Wenn man es billigt, daß die Beiträge so herabgesetzt werden, wie es vielfach geschieht, dann könnte schließlich eine Organisation den Beitrag auch auf fünf Pfennige herabsetzen. Da wäre es wohl angebracht, der Frage der Einführung eines Minimalbeitrages näher zu treten. (Sehr gut!) Solche jesuitischen Kniffe, daß man sagt, wir brauchen den Parteivorstand nicht, deshalb brauchen wir auch nichts abzuliefern, sollte man lieber unterlassen. Wer soll die Kosten der Agitation in jenen Landesteilen, wo wir noch wenig Genossen haben, bestreiten, wenn sich alle Parteioorganisationen auf denselben Standpunkt stellen würden. Ich kann die Unterstützung des Genossen Gerich verstehen und möchte sie nachdrücklich unterstützen, wir haben das Organisationsstatut nicht geschaffen, um es zu umgehen, sondern um es durchzuführen. (Sehr wahr!) In dem Fall Löteberg kann ich mich der Entscheidung der Kontrollkommission nicht anschließen. Die Kontrollkommission hat sich einfach die Begründung des Schiedsgerichts zu eigen gemacht, in welcher erstens auf den Umstand, daß es schon lange her sei, und daß der Metallarbeiterverband bereit sei, den L. wieder aufzunehmen, Gewicht gelegt wird. Es handelt sich nicht um die Person des Löteberg, sondern um ein Prinzip. Sollten wir deshalb, weil der Metallarbeiterverband die Sache als erledigt betrachtet und weil der Fall schon lange zurückliegt, von einem Ausschluß Abstand nehmen? Es handelt sich um eine ehrlose Handlung, und die wird dadurch nicht besser, daß sie längere Zeit zurückliegt. Gewiß, man kann einen ausgeschlossenen wieder aufnehmen, aber doch nur, wenn man sich durch sein späteres Verhalten dessen würdig erwiesen hat. Ein solcher Fall liegt aber hier nicht vor. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Grimpe-Düsseldorf wendet sich gegen die Darstellung seiner Beschwerde durch die Kontrollkommission. Er habe nicht die Parteikasse in Anspruch nehmen, sondern nur die Vermittlung des Parteivorstandes anrufen wollen, um einige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Der Parteivorstand habe die Voraussetzung hierfür, das Vorliegen eines höheren Parteinteresses, verneint, dagegen habe er sich an die Kontrollkommission gewandt. Wenn nun Kaden in seiner erneuten Ablehnung von „Entschädigung“ und „Abfindung“ spräche, so sei das ein Irrtum, eine solche habe nicht stattgefunden. Er beantrage daher Rückverweisung der Sache an die Kontrollkommission oder Ueberweisung an die Reunerkommission zur Nachprüfung und nochmaligen Bericht erstattung.

Veitros-Strahburg: Unser Antrag, der nicht die genügende Unterstützung gefunden hat, ist doch sehr wohl überlegt und irgend etwas wird sicher in der Richtung desselben geschehen müssen. Genosse Gerich, der mit seinen Unterstützungszahlen für Elsaß-Lothringen großes Hallo herborrief, sollte sich nicht allzu absprechend über die kleineren Orte äußern; auch ein Provinzrum krümmt sich, wenn er getreten wird. Das hat sich im Verlaufe der Debatte ja gezeigt. Für die 74 000 Mk., die wir bekommen haben, ist auch eine Gegenleistung erfolgt, denn der größte Teil der Summe wurde verwandt für den Ankauf des Preßunternehmens. Also die Gelder sind nicht nur für die Agitation ausgegeben worden. Ich möchte Sie bitten, uns in Elsaß-Lothringen etwas kräftiger zu unterstützen, als bisher. Wir, die wir im Schattenreiche Köllers leben, haben besonders schwieriger Verhältnisse zu arbeiten. Ich erinnere daran, daß man erst vor wenigen Wochen seitens der

Eisenbahnverwaltung eine blühende Organisation mit nahezu tausend Mitarbeitern berichtet hat. Es muß ja anerkannt werden, daß der Parteivorstand uns bisher kräftigst unter die Arme gegriffen hat, jedoch bedürfen wir zur Vertreibung der Agitation auch der rednerischen Unterstützung führender Parteigenossen mehr als bisher. Hoffentlich wird diesem unserm Wunsche in möglichst ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Goth-Hanau: Ich möchte den Parteivorstand ersuchen, seine Aufmerksamkeit besonders dem Teil des „Vorwärts“ zu widmen, der die Parteinachrichten bringt. Gewiß ist dieser Teil in der letzten Zeit verbessert; aber er genügt noch lange nicht. Wiederholt sind Anregungen in der Parteipresse im „Vorwärts“ nicht erwähnt. Natürlich müssen die Berichte objektiv und ruhig gehalten werden. Dazu ist aber nötig, daß auch genug Personen für diese ausgedehnte Arbeit angestellt werden, und daß ihnen die nötigen Ferien gewährt werden. Wie sehr Ruhe und Selbstbeherrschung bei dieser Arbeit notwendig ist und wie leicht dabei Anstoß erregt werden kann, hat uns die Rede des Genossen Thiele gestern bewiesen. Er hat sich darüber beschwert, daß der „Vorwärts“ in einer Polemik mit dem Genossen Friedrich Stampfer von einer „läppischen Überei“ geschrieben hat. Nun ist das ja noch gar nicht das Schlimmste, was in diesem Artikel gesagt ist. Ich erinnere Sie an die Schlussworte, in denen Stampfer für ein Fälschergenie und einen dunklen Ehrenmann erklärt wird. Es ist überaus bedauerlich, daß es zu derartigen Auseinandersetzungen in unserer Presse wieder einmal gekommen ist, aber ich halte es denn doch für sehr ungerecht, wenn man nur diese Ausdrücke des Artikels anführt und nicht eingeht auf den Umstand, der den „Vorwärts“ zu einem solchen Vorgehen veranlaßt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wie liegt die Sache? Stampfer hat einen Artikel veröffentlicht, der nicht etwa eine sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und anderen Parteigenossen zum Ausstrag bringt, sondern sich bemüht, den Nachweis zu liefern, daß die jetzige Redaktion des „Vorwärts“ nicht recht wisse, was sie schreibe, oder, wenn sie es wisse, dann bald so, bald so schreiben könne, wie es ihr in den Kram passe. Das sucht Genosse Stampfer dadurch zu beweisen, daß er einige Stellen des „Vorwärts“ einander gegenüberstellt. So sollte man nicht vorgehen, wenn man nicht die Absicht hat, zu stänkern. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist überhaupt sehr mißlich mit einem derartigen Artikel, deshalb, weil die allermeisten Leser gar nicht in der Lage sind, zu kontrollieren, ob die Zitate auch richtig sind. Sie müssen sich darauf verlassen, daß der Parteigenosse, der das geschrieben hat, so ehrlich ist, die Wahrheit zu schreiben. Nun hat aber der „Vorwärts“ in dem Artikel, über dessen Uberschrift Genosse Thiele sich so sehr entrüstet hat, klipp und klar und für mich in durchaus durchschlagender Weise zweierlei nachgewiesen. Einmal, daß die Zitate dem „Ging“ nach gefälscht sind, daß sie so abgebrochen sind, daß aus ihnen ganz etwas anderes herausgelesen werden mußte, als was wirklich aus den Artikeln im vollen Zusammenhange bei ehrlicher Lektüre herauszulesen ist. (Sehr richtig!) Aber es geht noch weiter. Der „Vorwärts“ hat sogar eine böswillige, absichtliche Fälschung auch des Wortlautes nachgewiesen. Böswillig deshalb, weil es kein Versehen sein kann. (Stampfer: Oh! oh! oh!) Es dreht sich um folgende Stelle: „In diesem Augenblick heißt es für das klassenbewußte Proletariat im Reichreiche wie für das kämpfende Proletariat überall: Das Pulver troden, das Schmetz geschliffen.“ So wie sie Stampfer verwendet hat, sollte die Stelle besagen, der „Vorwärts“ habe geschrieben, jetzt müsse eine ganz besondere Lektüre eingeschlagen werden und auf den sofortigen Massenstreik hingearbeitet werden. Das ist ja das ganze, was er beweisen will. Wenn Sie aber die Stelle so lesen, wie sie im „Vorwärts“ steht, sehen Sie, daß der ganze Artikel das mit keinem einzigen Worte gesagt hat. Auch aus dem Zitat hätte man es nicht

herauslesen können, wenn das Zitat vollständig gebracht worden wäre. Vollständig heißt es: „In diesem Augenblick heißt es für das klassenbewußte Proletariat im Reichreiche wie für das kämpfende Proletariat stets und überall um.“ Es wird also gesagt, was wir immer tun, haben auch unsere russischen Parteigenossen zu tun. Wenn Stampfer den ganzen Wortlaut zitiert hätte, hätte jeder Leser sich jagen müssen, da steht etwas ganz anderes drin als Stampfer behauptet. Er konnte den Satz nur verzerren, wenn er ihn so kürzte, wie er es getan hat. Deshalb muß jeder sagen: das ist eine beabsichtigte böswillige Fälschung des Wortlautes. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn so etwas geschieht, und das weitere, was der „Vorwärts“ anführt, entspricht nur der Probe, die ich zitiert habe, so müssen wir uns doch fragen: Wogegen haben wir uns in erster Linie zu wenden? Ich will nicht unteruchen, ob oder „Vorwärts“ andere Ausdrücke hätte wählen können. Ich bin aber der Ansicht, das schärfste Wort war noch gar nicht scharf genug, um solche Unehrlichkeit und Gewissenlosigkeit zu geißeln. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Dazu kommt, daß wir in der letzten Zeit wohl zu unserer aller Freude die Beobachtung gemacht haben, daß der Wille der großen Masse der Parteigenossen endlich mehr zur Geltung kommt, daß nämlich die persönlichen Gehässigkeiten aus den Rednerörterungen fortbleiben. Das ist durch das Eingreifen der Redaktionskommission erreicht. Es ist nun bezeichnend, daß dieser Artikel in einem Blatte erschienen ist, das nicht der Kontrolle der Parteigenossen unterstellt ist. In einem anderen Blatte, meine ich, hätte er auch gar nicht erscheinen können. (Sehr richtig!) Er ist erschienen im Blatte des Genossen Dr. Heinrich Braun. Dieser hat den Artikel uns gestern verteilen lassen, zugleich aber auch die neueste Nummer der „Neuen Gesellschaft“. Man konnte annehmen, er habe ungeprüft jenen Artikel übernommen, und würde nun, da Klipp und Klar die Verneiner der böswilligen Fälschung in dem Artikel vorliegen, in der neuesten Nummer seine Pflicht und Schuldigkeit tun, diese Fälschungen zu berichtigen und um Entschuldigung bitten, daß er sich eine Störung der Parteinteressen geleistet hat. Er schreibt aber, daß der „Vorwärts“ den Feststellungen Stampfers nichts als leere Ausreden und törichte Schimpfworte entgegengestellt habe. Das ist eine schamlose Täuschung der Parteigenossen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erwarte, daß der Parteivorstand diese Sache gründlich untersucht und uns Auskunft gibt. Sollte alles so liegen, wie es bis jetzt den Anschein hat, daß Stampfer und Heinrich Braun wider besseres Wissen mit Fälschungen sich bemüht haben, persönliche Ständereien hineinzubringen in die Mannheimer Verhandlungen, dann haben sie eine ehrlose Handlung begangen, und dann gehören sie nicht mehr in die Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Alberty-Ingalstadt: Ich habe zunächst an den Parteitag die Beschwärze zu richten, daß die im Auftrage des Parteivorstandes erschienene Bernsteinsche Broschüre über die Reichsfinanzreform zu spät erschienen ist. Daburch fehlte die Agitation über diese wichtige Frage viel zu spät ein. Für die agitatorisch tätigen Genossen, denen es ja nicht möglich ist, Einsicht in die Protokolle der Kommissionen zu erhalten, ist es fast eine Unmöglichkeit, in die schwierige Materie der Reichsfinanzreform sich vollständig einzuarbeiten. Ich möchte noch weiter darauf hinweisen, daß von national-liberaler Seite, vom Redakteur der „Nöln. Ztg.“, Wunnschuber, schon vorher, vor dem Erscheinen der Bernsteinschen Broschüre, ein Buch über die Finanzreform erschienen ist.

Dann möchte ich mir erlauben, eine Anregung an die Redaktion der „Neuen Zeit“ zu geben. Durch das bedauerliche Eingehen der Bernsteinschen „Dokumente des Sozialismus“ ist zweifellos eine Lücke entstanden, die besonders von den an der Parteigeschichte interessierten Genossen unangenehm empfunden wird. Ich möchte also anregen, daß die „Neue Zeit“ mit einer gewissen Regelmäßigkeit wichtige Zeitdokumente publiziert.

Die „Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz“ ist an sich zu begrüßen, aber ich möchte wünschen, daß sie allen agitatorisch tätigen Genossen in höherem Maße zur Verfügung gestellt wird, und daß sie mehr die bayerischen Verhältnisse berücksichtigt.

Noch einige Worte zu den Angriffen Gerischs auf die bayerischen Genossen. Wir Südbayern stehen auf dem Standpunkt Ehrharts. Unsere Bedenken gegen das zentralistische Organisationsstatut bestehen nach wie vor. Wir haben uns ja dem Parteitagbeschuß in Jena gefügt, aber nun soll man uns Zeit lassen. Gerisch möge erst das erste Jahr des neuen Statuts abwarten, ehe er uns so heftige Vorwürfe macht. Die norddeutschen Genossen können die bayerischen Verhältnisse nicht beurteilen. Interessant war der Gegensatz zwischen Gerisch und Simon. Gerisch meinte, es sollten 30 Pf., Simon, daß 20 Pf. zugrunde gelegt werden sollen. Das bayerische Statut hat 15 Pf. zugrunde gelegt. Also wegen eines Unterschiedes von 5 Pf. — nach Simon — Räuber und Mörder! Solche leeren Drohungen, wie sie Genosse Gerisch vorgebracht hat, unterbleiben besser. Thiele hat ganz recht, ihre Verwirklichung würde die Zugehörigkeit zum Parteitag von einem Zensuswahlrecht abhängig machen. Das ist gegen unsere Prinzipien.

Ich stimme auch Thiele in seiner Beurteilung des jüngsten „Vorwärts“-Artikels gegen Genossen Stampfer völlig bei, in direktem Gegensatz zu Genossen Hoch. Darüber sollten wir überhaupt nicht diskutieren müssen, daß, so lange noch irgend jemand zur Partei gehört, Ausdrücke wie „dunkler Ehrenmann“ und dergleichen unter gar keinen Umständen gebildet werden dürfen. (Zuruf: Da sollte die „Münchener Post“ erst mit gutem Beispiel vorangehen!) In der „Münchener Post“ ist während des „Vorwärts“-Konflikts nur sachlich gekämpft worden und in einer Weise, daß die Ehre eines Parteigenossen niemals irgend wie angegriffen worden ist. Ich will hier jedes scharfe Wort gegen die Redaktion des „Vorwärts“ unterlassen, aber ich will nur sagen, daß der Parteitag energisch dagegen protestieren mußte, daß in dieser Weise mit der Ehre eines Parteigenossen herumgesprungen wird. (Lebhafter Widerspruch und Beifall.) Gerade so, wie es unerhört ist, daß von einer Instanz, die in keiner Weise dazu berechtigt ist, einem Parteigenossen der Ehrentitel „Genosse“ abgesprochen wird. So lange wir an der Bezeichnung „Genosse“ festhalten, und ich denke, das wird für immer sein, so lange, meine ich, hat diese Bezeichnung erst dann aberkannt zu werden, wenn der Betreffende von der Partei durch die maßgebenden Instanzen ausgeschlossen worden ist. Vor kurzem hat der Parteivorstand an uns die Aufforderung gerichtet, in Vorbereitung zu treten für die Reichstagswahlen. Wir Bayern folgen allen Anregungen, die von Seiten des Parteivorstandes kommen, sofort, und wir haben diese Vorbereitung auf die kommenden Wahlen vor allen Dingen so aufgefaßt, daß wir mit allen Mitteln dahin wirken, daß dieser höchst überflüssige und der Partei schädliche und unglaubliche Ton in der Polemik unserer Parteipresse unterbleibt. Ich kann nur das eine sagen, und weich mich darin eins mit der ganz überwältigenden Mehrheit der bayerischen Parteigenossen, daß geradezu eine Sehnsucht besteht, daß endlich einmal die Debatten sachlich geführt werden, wie es im Interesse der Parteigenossen notwendig ist. (Widerstand und Beifall.)

Duessel - Estlin: Die Parteibeschlüsse müssen unter allen Umständen respektiert werden. Wiederholt haben Parteitage erklärt, daß solche Ausdrücke, wie sie der Artikel des „Vorwärts“ gegen Stampfer enthält, in der Polemik gegen Genossen nicht fallen dürfen. Nun werden Sie vielleicht sagen, daß die Redaktion schußlos den Fällungen gegenüberstand. Aber das trifft nicht zu. Mit jemand, der absichtlich meine Ausführungen fälscht, diskutiere ich nicht, sondern ich unterbreite die Fällung einem Schiedsgericht. Ich überhäufe aber nicht meinen Gegner mit ungehörigen Ausdrücken. Soviel darüber.

Es ist beantragt, die Zahl der Beamten des Parteivorstandes zu vermindern. Ehe wir diese Frage entscheiden, müssen wir wissen, ob die jetzigen Beamten bei treuer Pflichterfüllung ihre Aufgaben nicht mehr zu erfüllen imstande sind. Auf dem Bureau trifft man oft statt der fünf nur zwei Sekretäre. Woher kommt das? Auch die Korrespondenz mit den Parteigenossen wird nicht so erliefert, wie es sein sollte, ebenso verschaffen sich die fünf Beamten nicht die nötigen Informationen. Der Parteivorstand bewilligt den zurückgebliebenen Provinzial Agitationsgelder, aber wie die Gelder verwendet werden, darum kümmert er sich nicht; auf dem Sommerischen Provinzialparteitag erschien trotz unserer wiederholten Witten kein Vertreter des Parteivorstandes. Diese Mißstände kommen daher, daß unsere Sekretäre im Hauptberuf Parlamentarier und nur im Nebenberuf Parteisekretäre sind; das Parlament nimmt ihre Arbeitskraft zu sehr in Anspruch. Die Beamten, die wir neu anstellen, dürfen nicht Parlamentarier sein, sondern müssen ihre Arbeitskraft voll ihrem Amt als Parteisekretär widmen. Wir können doch nicht besoldete Parlamentarier anstellen. Mit der Anstellung von Schreibkräften, wie sie von anderer Seite empfohlen ist, ist es nicht getan.

Hug-Bant verzichtet aufs Wort.

Dismann - Frankfurt a. M.: Wir dürfen den Mitgliedern des Parteivorstandes nicht das Recht beschneiden, Mandate für den Reichstag anzunehmen. Ich bin für die Bestellung weiterer Sekretäre, die Besürchtigungen von Ulrich, daß darunter die Aktionsfähigkeit leidet, teile ich nicht. Die Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls war unter allen Umständen notwendig, der Parteivorstand war dazu verpflichtet. Die Genossen hatten ein Recht, zu erfahren, was die Gewerkschaftsvorstände besprochen. Die Zentralvorstände waren ja gegen die Veröffentlichung; aber ich bin überzeugt, hätte man die Gewerkschaftsmitglieder gefragt, sie hätten sich einmütig für die Veröffentlichung erklärt. (Sehr richtig!) Hierin geht die Meinung der Mitglieder der Gewerkschaften auseinander von der der Generalkommission. Der Antrag, daß der Parteivorstand die Funktionäre vor der ersten Wahl demonstration zu einer gemeinsamen Versammlung einberufe, ist leider nicht stattgegeben worden. Ich möchte wünschen, daß in Zukunft bei ähnlichen Angelegenheiten man dazu übergehen möchte, um den einheitlichen Schritt der Bewegung im ganzen Reich herbeizuführen. Darum bedauere ich es, daß Sie den Antrag Frankfurt nicht genügend unterstützt haben. Was die Frage betrifft, die Genosse Thiele angeschnitten hat, so unterschreibe ich Wort für Wort, was Genosse Hoch gesagt hat. Es gibt Erscheinungen in der Arbeiterbewegung, wo es nicht anders geht, als nach dem Sprichwort zu handeln: Auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil. (Sehr richtig!) Wenn ich auch bedauere, daß solche scharfe Ausführungen gemacht werden, so gibt es doch Momente, die diese Art von Verfehr notwendig machen, und deshalb muß man dem zustimmen, was der „Vorwärts“ geschrieben hat. Ich bin der Meinung, daß es den Segnern gerade gepakt hätte, wenn der „Vorwärts“ nicht geantwortet hätte. (Sehr richtig!) Der Stampfer-Artikel war auf den Parteitag zugeschnitten, und wir mußten sagen, was gesagt werden mußte. Ehe Sie dem „Vorwärts“ diesen Ton vorwerfen, müssen Sie sich an die Seite wenden, die stets gegen den „Vorwärts“ ausfällt. (Sehr richtig!) Wenn dies geschieht, dann wird die Zukunft lehren, daß solche scharfe Ausführungen nicht mehr notwendig sind; es ist notwendig, daß nicht die „Vorwärts“-Redaktion die Grenzen zieht, sondern die andere Seite. (Lebhafter Beifall.)

Berten - Düsseldorf: Mit der Zustellung der Parteikorrespondenz wird sehr sparsam umgegangen. (Sehr richtig.) Wenn den Gewerkschaftsbeamten die Parteikorrespondenz zugestellt werden und ein Mitglied zwischen Partei und Gewerkschaften bilden soll, so mußte sie besser ausgestaltet werden. Ich meine ferner auch, daß wir in Zukunft dazu übergehen müssen, mehr Mittel für die Agitation bereit zu haben. Wenn die Anregung des 10 Pfennig-Be-

trages gerade aus dem Besten kommt, so kommt es daher, weil wir gerade im Westen mit einem sehr beachtenswerten mächtigen Gegner zu tun haben, mit dem auch die Behörden sympathisieren. (Sehr richtig!) Aber weil wir mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, haben wir diese Anregung gegeben, dergleichen haben wir den Antrag auf Verstärkung des Parteivorstandes zu unterstützen. Wir sind nicht der Meinung, daß dadurch der Parteivorstand schwerfälliger wird. Mit der Einführung von Bureaupersonal für den Parteivorstand kann ich mich aber nicht befreunden.

Heinrich Braun-Berlin: Ich bedauere, daß auf dem Parteitag sich ein Ton geltend machte, den der Parteivorstand gewissen Polemisten gegenüber scharf verurteilt hat. (Vorherrschender S i n g e r: Es muß dem Bureau überlassen werden, zu befinden, ob der Ton unziemlich ist!) Ich überlasse es dem Parteitag, zu beurteilen, ob das der Ton ist, der in der Polemik zwischen Parteigenossen angemessen ist, der Ton, den Genosse H o c h gegen mich und S t a m p f e r angeschlossen hat. Genosse H o c h hat sich auf ein einziges Wörtchen bezogen oder genauer gesagt auf zwei Wörtchen, die die schamlose Fälschung des Genossen S t a m p f e r beweisen sollen, weil sie in einem Zitat aus dem „Vorwärts“ fehlen. Und er hat mir gegenüber behauptet, daß ich diese schamlose Fälschung wiederholt begangen habe, indem ich in der auf den Artikel S t a m p f e r s folgenden Nummer der „Neuen Gesellschaft“ erklärt habe, daß die Redaktion der „Neuen Gesellschaft“ sich mit dem Inhalt dieses Artikels einverstanden erkläre. Wie steht es nun damit. Parteigenossen! Es handelt sich um eine Stelle, in der der „Vorwärts“ gesagt hat: In diesem Augenblick heißt es für das Klassenbewußte Proletariat überall: Das Pulver trocken und das Schwert geschliffen. Es fehlen hier zwei Worte. Es hat nämlich derjenige, der für Genossen S t a m p f e r die Zitate abgeschrieben hat, oder auch S t a m p f e r selbst vergessen, hinzuzufügen: „stets“. Es mußte heißen: „stets und überall: Das Pulver trocken und das Schwert geschliffen“. Vom Genossen H o c h ist behauptet worden, der grundsätzliche Sinn der Auslassung dieser Worte bestünde darin, daß es sich in den Worten des „Vorwärts“ darum handle, etwas zu konstatieren, was unserer Klassenkampftaktik eigentlich entspreche. Die Fälschung S t a m p f e r s aber bestünde darin, daß dem „Vorwärts“ die Aufforderung insinuiert worden ist, daß das Proletariat jetzt das Pulver trocken und das Schwert geschliffen halten solle und daß das etwas ganz anderes sei, als was der „Vorwärts“ ausgeführt habe. Ich bestreite das. (Lebhafter Widerspruch.) Ich lasse ganz dahingestellt, ob dieses einzelne Zitat dadurch irgendwie verändert wird. Das bleibe dahingestellt, weil es darauf nicht im allermindesten ankommt, und weil der „Vorwärts“ und H o c h lediglich in der Verlegenheit, gegen diesen Artikel etwas einzubringen, sich auf die Weglassung dieser vollkommen harmlosen, den Sinn gar nicht verändernden Wörtchen stützen. (Widerspruch.) Wenn Sie die „Neue Gesellschaft“ zur Hand nehmen und den Artikel S t a m p f e r s lesen, werden Sie finden, daß das, was aus dem „Vorwärts“ zitiert wird, nicht einmal, sondern öfters in den folgenden Zitaten aus dem „Vorwärts“ zu finden ist. Es war am 2. November, als der „Vorwärts“ das vom Genossen H o c h angeführte Zitat gebracht hat. Tags darauf schon heißt es im „Vorwärts“: „Unsere österreichischen Brüder werden sich von den russischen Helden nicht beschämen lassen: das alles aber sind nur die Anfänge des Zeitalters der Revolution, das nunmehr begonnen hat.“ (Sehr richtig!) Am 24. November heißt es im „Vorwärts“ wieder: „Man dürfe weit zurückgehen in der Geschichte, um ein Jahr zu finden, das so auf Sturm deutet, wie das Jahr 1906“. Also immer ist von diesem Jahr die Rede. Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von übereinstimmend lautenden Stellen anführen. Gegen diese Zitate an und für sich polemisiert S t a m p f e r gar nicht; das ist eine Fälschung der Ansicht S t a m p f e r s. Er polemisiert gegen die Widersprüche.

in die sich der „Vorwärts“ verwickelt, gegen seine Haltlosigkeit, die bald kalt, bald warm bläst, je nach Umständen oder Befehlen; gegen den Mangel an Einseitigkeit der Redaktion des „Vorwärts“ und gegen den Mangel an Konsequenz hat er sich verwendet. Welche der wechselnden Stellungen, die der „Vorwärts“ den politischen Fragen gegenüber eingenommen hat, als die richtige angesehen werden mag, unter allen Umständen wirkt es auf eine Partei wie die unierliche Äußerst verderblich, daß das Zentralorgan, das der Partei Direktiven geben soll, selbst vollkommen directionslos ist. (Widerspruch.) Das war zu beweisen, und das ist in diesem Artikel bewiesen worden in circa 40 Zitaten. Und nun wird ein einziges herausgegriffen und darin werden zwei Worte bemängelt, die infolge eines Verheßes fehlen. Das soll den Beweis liefern, daß der „Vorwärts“ nicht so haltlos und directionslos sei, wie er es tatsächlich ist. Genossen! Der Vorwurf, der gegen den Genossen S t a m p f e r erhoben worden ist, ist ein ganz und gar ungeredeter; ebenso der Vorwurf gegen mich. H o c h hat zudem verschwiegen, daß S t a m p f e r eine Erwiderung im „Vorwärts“ veröffentlicht hat, die klipp und klar beweist, daß die Vorwürfe gegen ihn ungerichtet sind. Ich sage nur noch eins: Ich bedaure auf das tiefste, daß es möglich geworden ist, eine Polemik gegen Parteigenossen zu führen, wie sie H o c h geführt hat. (Lebhafter Widerspruch.) Wir haben uns im Unterschied vom „Vorwärts“ in der „Neuen Gesellschaft“ stets bemüht, auch dann sachlich und ohne persönliche Gehässigkeit (Lachen) zu diskutieren, wenn wir von ihm auf das brutalste angegriffen worden waren. —

Für die Beschimpfungen, zu denen sich H o c h erniedrigt hat, habe ich nicht einmal ein Wort der Verachtung. (Lachen und Unruhe.)

Ströbel (in Vertretung des „Vorwärts“): Die Behauptung von B r a u n, daß die Weglassung des Wörtchens „stets“ nur auf Zufall beruht, könnte glaubhaft klingen, wenn nicht der ganze Inhalt des Artikels bewiese, daß es auf bewußte Fälschung abgesehen war. (Sehr richtig!) Nachdem alle Artikel des „Vorwärts“ systematisch durch willkürliche Herausziehung von Zitaten entstellt waren, nachdem man das ganze System kennen gelernt hatte, mußte man zu dem Resultat gelangen, daß die Weglassung des Wörtchens „stets“ kein Zufall war, sondern eine Korrektur der Wahrheit sein sollte. Wer den Artikel im „Vorwärts“ gelesen hat, kann gar nicht im Zweifel darüber sein, daß alle Zitate den Sinn der verschiedenen Artikel vollständig entstellten. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn man das Zitat ohne das Wort „stets“ liest, so erscheint es als eine Anfeuerung auch an die deutsche Arbeiterschaft im Sinne einer Revolutionsromantik. (Sehr richtig!) Wenn man aber das Wörtchen „stets“ hinzunimmt, dann klingt aus dem Ganzen lediglich eine Proklamierung des Klassenkampfstandpunktes heraus. (Sehr wahr!) Es kommt hinzu, daß der Artikel des „Vorwärts“ von der russischen Revolution handelt und sich speziell gegen das Berliner Tageblatt wandte, worin erklärt war, Rußland brauche jetzt nach der Berufung von Witte vor allem Ruhe. Gegen diese liberale Zämmlichkeit hat sich der Artikel des „Vorwärts“ gewandt und die Notwendigkeit des Klassenkampfes betont. Dem Inhalte des ganzen Artikels entsprach auch der letzte Satz: Genau so verhält es sich mit folgendem Zitat: „Unsere österreichischen Brüder werden sich von den russischen Helden nicht beschämen lassen. Das alles sind aber nur die Anfänge des Zeitalters der Revolution, das nunmehr begonnen hat.“ Was stand denn in dem Artikel? Es war ein durchaus ruhig und objektiv gehaltener Artikel, der von den österreichischen Verhältnissen handelte. Nachdem die besonderen Verhältnisse Oesterreichs gewürdigt waren, hieß es: „Das ist eine Situation, in der ein Massenstreik vollen Erfolg verspricht. Damit soll nicht gesagt sein, daß es ihm gelingen muß, auf den ersten Hieb das Wahlrecht zu fällen.“ Dann hieß es zum Schluß: „Das alles sind aber nur die Anfänge des Zeitalters der Revolutionen,

das nunmehr begommen hat". Ja, ist das vielleicht nicht richtig? Existiert in Rußland keine Revolution? Ist in Oesterreich nicht der Wahlrechtskampf geführt worden? Sind das nicht die Anfänge einer revolutionären Bewegung? Oben glaubten wir vielleicht, daß in Deutschland die Zustände ewig so bleiben werden wie jetzt? Kein Mensch glaubt das. (Sehr richtig!) Es stimmt auch nicht, daß der „Vorwärts“ früher anders geschrieben habe. Wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß wir in Deutschland zu Revolutionen, natürlich im marxistischen Sinne, nicht im Heugabelsinne, kommen werden, daß aber gegenwärtig in Deutschland ein Massenstreik, namentlich zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, unmöglich sei. Das war von je die Meinung der Redaktion. Aber Stammpfer wird durch seine aus dem Zusammenhang gerissenen und den Sinn der Artikel entstellenden Zitate beweisen, daß die Meinung des „Vorwärts“ sich geändert habe, daß seine Anschauungen hin und her schwanken; daß der „Vorwärts“ unfähig sei, seine Rolle als Zentralorgan zu führen. Die Meinung könnte Stammpfer ja haben, das kann ihm niemand verargen. Wäre in sachlicher Weise gegen den „Vorwärts“ polemisiert worden, so hätte dieser sachlich geantwortet, wie auch sonst. Denn das wird man nicht sagen können, daß der „Vorwärts“ in der Polemik mit der Parteipresse über die Stränge geschlagen hat. Meinungsverschiedenheiten müssen in ruhiger, ehrlicher und vernünftiger Weise ausgefochten werden. Wenn man aber mit einem System gefährlicher Zitate kämpft in einer Weise, wogegen der selige Puttkamer mit seinem Zitatesack nur ein Waisenknabe ist, so muß das auch schärfste Vergeltung finden. (Sehr wahr!) Das ist eine Art, die jede Polemik vergiften muß. Einer solchen unehrlichen, von Grund aus unehrlichen Methode des Kampfes muß mit aller Energie entgegengetreten werden. (Sehr richtig!) Sie wissen ja, aus welchem Grunde der Artikel gerade vor dem Parteitage erschien. (Sehr gut!) Das war natürlich derselbe Zufall, der bei dem Nichteingehen des Wörtchens „stets“ vorhanden war. Man weiß ja, daß in der „Neuen Gesellschaft“ seit Monaten heftige Angriffe gegen den „Vorwärts“ gerichtet worden sind, auf welche dieser meist gar nicht reagiert hat. Wenn ihm gelegentlich vorgeworfen ward, daß die Redakteure „schwache Köpfe“ seien, wenn es da beipielweise heißt: „Unsere Parteischriftsteller, die, wie es der Zufall der kapitalistischen Welt fügt, gelegentlich auch von höherer Parte. reden dürfen“, ja, ist das nicht ein schlimmerer Ton, als wenn ich sage: Das ist eine unehrliche Handlung; das ist eine Fälschung? (Sehr richtig!) Dieser hämische, herabsagende Ton könnte erbittern; wir haben ihn aber ignoriert. Wir wußten ja, woher er kam. (Lebhafte Zustimmung.) Ich führe das nur an, um zu zeigen, wie von gewisser Seite gegen den „Vorwärts“ polemisiert wird. Es heißt weiter in einem Artikel der „Neuen Gesellschaft“: „Ist es da angebracht, zur Erklärung der Erscheinung die unsinnigen Marotten einer verantwortungslosen unklaren Literatengruppe auch nur einen Augenblick zu dulden?“ Ja, wenn man in diesem schönen Ton redet, darf man sich nicht wundern, daß es aus dem Munde etwas häufig zurückhallt! (Sehr richtig!) Daraus haben wir aber gar nicht einmal geantwortet. Wir haben gesagt: Sagt den Leuten doch das harmlose Veranlassen. Wenn man aber unmittelbar vor dem Parteitag zur Fälschung der Meinung der Delegierten einen Artikel veröffentlicht, der von Fälschungen froh, und ich will vor jeder Kommission und vor jedem Ehrengericht nachweisen, daß alle Zitate gefälscht sind, wenn man in der Weise vorgeht, so bleibt weiter nichts übrig, als diese infame Methode des Kampfes zu brandmarken und das Ding beim richtigen Namen zu nennen. (Lebhaftes sehr richtig!) Wenn eine Fälschung vorliegt — und sie liegt vor — dann muß man den Fälscher auch Fälscher nennen! Wir sind herzlich gern bereit, einer guten Ton zu pflegen. Gerade die neue Redaktion hat es peinlich empfunden, daß vielfach die Parteipolemiken persönlich geführt wurden. Wir

haben immer versucht, das Sachliche herauszuschälen und, das Persönliche fortzulassen. Aber wir können den Kampf nicht in dem ruhigen Tone führen, wie es gewünscht wird, wenn die Angriffe der anderen Seite einen so infamen Charakter tragen. Ich hoffe aber, daß die Worte von Braun, daß künftig die Polemiken in ruhiger, sachlicher und anständiger Form geführt werden möchten, auch von ihm selbst und seinen Freunden beherzigt werden! (Lebhafter Beifall.)

Lebebour-Berlin: Den Bemerkungen des Genossen Ströbel in bezug auf den Stammpfer'schen Artikel habe ich nur wenige Worte hinzuzufügen. Genosse Heinrich Braun hat sich ebenso wie Genosse Thiele über den Ton des „Vorwärts“-Artikels beschwert. Aber sie haben den sachlichen Inhalt der Stammpfer'schen Artikel in keiner Weise zu rechtfertigen gewußt. Es war ganz zweifellos für jeden, der Dresden mit erlebt hat, daß, als der Stammpfer'sche Artikel unmittelbar vor dem Parteitage erschien, damit geplant war, Stimmung gegen den „Vorwärts“ zu machen, um der Redaktion des „Vorwärts“ ein ähnliches Schicksal zu bereiten, wie es vergeblich bei früheren Gelegenheiten von Braun und seinen Genossen anderen Parteigenossen gegenüber versucht worden war. Unter solchen Umständen mußte der „Vorwärts“ mit aller Entschiedenheit darauf antworten und ich finde es unglaublich kleinlich, daß man dann hierher kommt und sich über den Ton dieser Antwort auf einen so durch und durch gehässigen Angriff, wie er von Stammpfer versucht worden ist, beschwert. Die ganze Methode Stammpfer's in seinem Artikel ist von Ströbel hinlänglich gekennzeichnet worden. Ich weise nur darauf hin, daß die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ ganz richtig bemerkt hat, daß, wenn man so verfährt, wie Stammpfer mit den Artikeln des „Vorwärts“ verfahren ist, man jeder Zeitung, jedem Parteigenossen scheinbare Widerprüfche nachweisen kann (Sehr richtig!), weil ja die einzelnen Artikel von verschiedenen Personen mit verschiedenem Temperament bei verschiedenen Veranlassungen, bald in der Polemik mit einem Reaktionsär, bald in der Polemik gegen einen Anarhisten, bald zur Anfeuerung von Parteigenossen, bald zur Mahnung in einer anderen Richtung geschrieben sind. Jeder Artikel muß aus sich heraus und aus der Situation heraus als Ganzes beurteilt werden. Und daß die Redaktion des „Vorwärts“, daß alle Redakteure und Mitarbeiter so unfehlbar und treffsicher im Ausdruck sein sollten, daß niemals auch nur ein Ausdruck, eine Wendung in einem einzelnen Artikel sich etwas bemängeln ließe, wäre etwas Uebermensliches. Das wird auch die Redaktion des „Vorwärts“ gar nicht beanspruchen. Aber wenn man objektiv als Ganzes die Haltung des „Vorwärts“ betrachtet, so sind die Vorwürfe Stammpfer's durchaus ungerechtfertigt, und die Methode, wie sie vorgebracht werden, verdient allerdings eine solche Verzeichnung, wie die, die der „Vorwärts“ gewählt hat. Das Verfahren Stammpfer's hat mir ein Ereignis in die Erinnerung gebracht, das gewissermaßen als Parallele dazu angeführt werden kann, wie Stammpfer sich bemüht, die Drohungen mit der Revolution aus einzelnen herausgerissenen Sätzen herauszulesen. Vor einigen Jahren wurde die Parteigenossin Ottilie Wader angeklagt, weil sie in Bernau in einer Volksversammlung die Männer zum Ergreifen der Waffen aufgefordert habe. Der Gendarm sagte aus, sie hätte ausgerufen: „Auf, ihr Männer, zu den Waffen!“ Er hätte sich dadurch sehr beunruhigt gefühlt und geglaubt, es werde nun gleich losgehen. (Heiterkeit.) Genossin Wader erklärte ganz glaubhaft: Ich habe vom Kampfe mit geistigen Waffen geredet. Wer sie kennt, wird ihr ja alle möglichen Schandthaten zutrauen (Große Heiterkeit), aber daß sie nach Bernau geht und da plötzlich die Männer von Bernau auffordern sollte, mit Flinten und Säbel gegen Staat und Gendarmerie vorzugehen, wird ihr niemand zutrauen. (Große Heiterkeit.) Selbst das Gericht traute ihr das nicht zu. Es sagte aber, der Gendarm hat das so aufgefäßt, und da er ungefähr auf demselben Bildungsniveau steht

wie die Volksversammlung, so kann auch die Volksversammlung das so angefaßt haben, und deshalb wurde Genossin Baader beurteilt. Genosse Stampfer hat nun genau die Methode jenes Genbarmen eingeschlagen (Geiterkeit), nur wird ein Parteitag sich nicht auf den Standpunkt des betreffenden Landgerichts stellen, und unser Literaturgenbarm (Geiterkeit) Stampfer wird deshalb in diesem Falle nicht seinen Zweck erreichen. Die Besichtigung, die der Genosse Ulrich bei einer Vermehrung des Parteivorstandes begt, teile ich nicht. Der beste Beurteiler ist hierüber zweifellos der Parteivorstand selbst, und wenn er eine Vermehrung um einen Sekretär und zwei Hilfskräfte für notwendig hält, so könnte sich Genosse Ulrich damit einverstanden erklären. Daß diese in den Vorstand neu gewählten Genossen nicht nebenbei noch mit einem parlamentarischen Mandat behaftet sind, das liegt ja in ihrer Hand; sie können sich ja die Personen selbst auswählen. Es können aber immer wieder Gründe auftauchen, die es ratsam machen, einen solchen Mann nachträglich in den Reichstag zu wählen. Eine strikte Vorschrift, die das verbietet, können wir hier nicht erteilen. (Bevo!)

Geister-Dof: Genosse Gerisch hätte mit seinen Anklagen gegen die Bayern noch ein Jahr warten müssen. Wir bedauern selbst, daß die Entwicklung in Bayern in Bezug auf die Organisation noch nicht weiter fortgeschritten ist. Im Gegensatz zu Ehrhart halte ich einen einheitlichen Beitrag für angebracht, damit solche Schiebungen wie in Dessau nicht vorkommen. Wir waren auch gegen die Schiebungen in Bayern, aber wir mußten uns der Majorität fügen. Genwundert hat mich die Erklärung Ehrharts, daß Weibel seine Machtstellung nicht genug ausnützt. Das war sehr undemokratisch. Den Ton des „Vorwärts“ bedauern auch wir, aber wenn man die Ursachen des Tones betrachtet, kann man es den Genossen nicht verübeln, wenn sie sich auch mal als Menschen fühlen und den Angreifern in ihrem Tone antworten. — Eine Ausgestaltung der Parteikorrespondenz halte ich auch für sehr notwendig. Den Parteigenossen, die agitatorisch tätig sind, muß auch durch Lieferung aller nötigen Materials die Arbeit erleichtert werden. Für die Erweiterung des Parteivorstandes bin auch ich.

Vorsitzender Sanger: Der nächste Redner würde Genosse Stampfer sein. Bei der Erteilung des Wortes an Nichtdelegierte hat der Parteitag die Entscheidung getroffen. Ich meine teils empfehle Ihnen, dem Genossen Stampfer das Wort zu geben, damit nicht aus der Verweigerung des Wortes Schlüsse gezogen werden können, die der Parteitag nicht wünscht und die ihm vielleicht unangenehm wären. (Zustimmung.)

Stampfer-Berlin: Parteigenossen! Ich sehe mich in die ganz besondere und merkwürdige Lage versetzt, die gegenwärtige Redaktion des „Vorwärts“ gegen den Genossen Koch ernstlich in Schutz nehmen zu müssen. (Lachen.) Er war es, glaube ich, der meinte, wie immer die Dinge lägen, so hätte doch der „Vorwärts“ diesen Ton nicht anschlagen sollen. Das sage ich durchaus nicht, sondern ich sage: Wenn der „Vorwärts“ sachlich recht hätte, wenn ich wirklich bewußt gefälscht, wenn ich ohne sachliche Absicht aus persönlicher Manikie auf die „Vorwärts“-Redaktion einen Überfall verübt hätte, dann wäre das, was der „Vorwärts“ geschrieben hat, vollkommen am Platze. Für den Fall, daß er recht hat, erkläre ich, daß ich ganz gewiß ein „Fälschergenie“ und ein „dunkler Ehrenmann“ bin. Und das Schiedsgericht — an dem wird es ja nicht fehlen — hätte vollständig recht, wenn es mich mit Schimpf und Schande aus der Partei hinausjagte: denn bewußte Fälscher und dunkle Ehrenmänner gehören nicht in die Partei. Ob der „Vorwärts“ damit, daß er diese Kennzeichnung gebraucht hat, recht gehabt hat, wird also erst die ruhige und sachliche Feststellung des Schiedsgerichts entscheiden. Aber nehmen wir einmal den Fall an, das Schiedsgericht würde finden, vielleicht ich hätte recht, vielleicht ich wäre in gutem Glauben gewesen, wie liegt die Situation dann? Dann bin ich Parteigenosse, und der

„Vorwärts“ hat mich für ein „Fälschergenie“ und einen „dunklen Ehrenmann“ erklärt. Wie geht nun die Geschichte weiter: Ich schreibe einmal eine Broschüre — sie müssen, ich schreibe ziemlich fleißig und habe auch im Auftrage des „Vorwärts“-Verlages Broschüren geschrieben. Vielleicht werde ich dann nach einiger Zeit, wenn sich der Groll wieder gelegt hat, wieder einmal beauftragt, eine solche Broschüre zu schreiben. Ich schreibe gegen die Gegner, ich zitiere da, was die „Freie deutsche Presse“, was die „Germania“ schrieb. Ja, sagen die Leute, der Stampfer kommt uns da, der Mann, den sein eigenes Zentralorgan für ein „Fälschergenie“ und einen „dunklen Ehrenmann“ erklärt hat; natürlich hat er gegen uns genau so gehandelt, wie damals gegen den „Vorwärts“ und auf das, was der Mann sagt, ist nicht das mindeste zu geben. In diesem Falle wird sich dann zeigen, daß der „Vorwärts“ nicht recht gehabt hat, diese Bezeichnungen zu gebrauchen, daß er dadurch etwas getan hat, was der Partei in keiner Weise nützlich sein kann. Ich sage also, wenn der „Vorwärts“ in der Sache recht hat, hat er auch mit allen Bezeichnungen gegen mich recht. Auf einen groben Mist gehört ein grober Keil. Man soll immer die Wahrheit sagen; man soll aber nicht nur schimpfen. Wir wissen ja, wohin das in der Partei geführt hat. Ich sehe hier unten „Lauscher an der Wand“, „tote Stuten“ und ähnliche Gestalten. Eine Menge Leute sind in diesem Saale, die nach Meinungen, die in der Partei ausgesprochen worden sind, die schürklichsten Handlungen begangen haben, und die alle sitzen in unserer Partei, sind uns liebwerte Freunde und Mitkämpfer, wir reden sie selbstverständlich, wie wir einander immer gegen die Gegner reden. Wir haben nicht den einzelnen Parteigenossen dadurch geschadet, die bleiben, die behaupten sich, die haben angelehene Stellungen; aber wir haben der Partei geschadet. Nun wird, wie gesagt, erst das Schiedsgericht nach sachlicher Prüfung entscheiden können, wie die Dinge wirklich liegen, was meine Absichten waren, was meine Methoden waren, ob mich irgend welche Vorwürfe treffen oder gar der schwere Vorwurf, daß ich bewußt unwarig gewesen sei. Die Frage, ob ich sachliche Absichten verfolgt habe, können sie in einem großen Teil der Parteipresse beantwortet finden. Es wird ihnen wohl bekannt sein, daß ich zu denen gehöre, die von allem Anfang, noch ehe die erste offizielle Parole ausgegeben worden war, in der Parteipresse, ich kann wohl sagen mit einem gewissen Fanatismus, mit einer großen Leidenschaftlichkeit darauf gedrungen habe: „Wahlrechtsbewegung! Wahlrechtsbewegung! Wir müssen in Preußen eine Wahlrechtsbewegung haben! Das ist die wichtigste Entscheidung für Deutschland, das ist die politische Weltwende für Deutschland, wir müssen die Agitation steigern und es schließlich soweit bringen, daß wir auch zu den letzten Mitteln schreiten können.“ Ich bin, weil ich das tat, von einem Mann, um ein Scherzwort Lebehour zu gebrauchen, von einem Parteigenossen, beim Genid gepakt worden, der sagte: „Du bist ja ein Kuschel, du wiffst mit dem Kopfe durch die Wand, du bringst die Partei dadurch um, du wiffst ein Most und ein Fasselmann.“ Dieser Parteigenosse war wie sie wissen, der Genosse Kautskij. So standen die Dinge. Aber es begab sich noch etwas anderes. Als ich mich auf den Standpunkt des in der „Frankfurter Volksstimme“ entwickelten Planes stellte, über die noch in einer anderen Debatte gesprochen werden wird, wurde mir im „Vorwärts“ gesagt: „Du bist ein verworrener Kopf, ein konfusler Mensch, du schwankst zwischen Anarchismus und Revisionismus haltlos hin und her.“ Da sagte ich mir, das geht doch über die Hutshür; das ist nicht richtig. Ich bin immer meinen geraden Weg gegangen. Ich habe immer dieselbe Linie eingehalten. Wie kommt nun der „Vorwärts“ zu seiner Auffassung? Wollen mal nachsehen. So nahm ich meine „Vorwärts“-Hände her — ich lasse den „Vorwärts“ seit Anfang dieses Jahrhunderts binden und nicht etwa erst seit der Zeit der neuen Redaktion (Geiterkeit) — und ich nach, wie es damals war, was er damals schrieb und was er ein paarmal darauf schrieb. Ich sah von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens daran, und

mein Erstaunen wuchs von Augenblick zu Augenblick, und als ich dann fertig war, war es mir ganz klar, wie der „Vorwärts“ dazu kam zu glauben, daß ich schwänkte. Sein eigenes Schwanken hatte er eben nicht bemerkt, und darum glaube er, ich sei es, der schwänkte. (Lachen.) Wenn einem in einer solchen Situation solche Vorwürfe gemacht werden, wie sie der „Vorwärts“ gegen mich erhob, soll man da nicht schließlich mit der Hand auf den Tisch schlagen? Ich heiße nicht August D e b e l, aber mir kann doch auch einmal eine Laus über die Leber laufen (Heiterkeit; sehr gut!). Ich bin nach wie vor der sicheren Ueberzeugung, daß ich in meinem Artikel klipp und klar nachgewiesen habe, daß der „Vorwärts“ in der Wahlrechtsbewegung ganz haltlos und inkonsequent gehandelt hat, zum großen Schaden für die Sache. Hätte ich mich auf den Standpunkt gestellt, wie es in der „Leipziger Volkszeitung“ früher hieß: „Der „Vorwärts“ schwankt haltlos hin und her; da muß Ordnung geschaffen werden, weg mit diesen Leuten.“ so hätte man gesagt, ich sei ein Krakeeler, ich verkleume beweislos, und vielleicht nicht ganz mit unrecht. (Sehr gut.) Das durfte ich nicht. Es hätte dann geheißen: „Beweise, Beweise!“ Nun, Parteigenossen, ich begreife es ja, wenn Sie das Bedürfnis haben, das Zentralorgan zu deden. Daß aber meine Beweise so ganz haltlos wären, das werden Sie beim besten Willen nicht behaupten können. Man sagt, ich hätte abgerissen zitiert; wer zitiert denn nicht abgerissen? (Sehr richtig!) Zitiert der „Vorwärts“ nicht auch abgerissen? Das ist ja etwas ganz Selbstverständliches, daß man eben die wichtigsten Sätze zitiert. Was müßte das für eine tolle Redaktion sein, die hinter solche Sätze, wie ich sie zitierte, direkt andere Sätze stellen würde, wodurch der Sinn des Satzes sofort wieder ins Gegenteil verkehrt wird? Was schließlich die Auslassung des Wortes „fiets“ anlangt, so bitte ich Sie, das Wörtchen in meinem Artikel hineinzuschreiben und dann den Artikel nochmals zu lesen. Wenn Sie dann meinen, daß ich wegen des zufällig ausgelassenen Wortes „fiets“ ein Fälscher bin, dann in Gottes Namen, werfen Sie mich aus der Partei hinaus!

K o l b - Karlsruhe: Wir wünschen, daß Süddeutschland in der Parteikorrespondenz etwas mehr berücksichtigt werden möge. G e r i c h t hätte bei seiner Vorwürfen gegen die Süddeutschen die ganz besonderen Verhältnisse in Süddeutschland berücksichtigen müssen. Wenn die Organisation sich entwickeln soll, dann müssen die Leiter von Agitationsbezirken vor allem nicht mit Mandaten überlastet werden. — Die Empfindung, daß der „Vorwärts“ in der Generalstreikfrage und in anderen Fragen eine schwankende Haltung eingenommen hat, ist draußen im Reich sehr weit verbreitet. Ich bin nicht der Meinung, daß S t a m p f e r absichtlich gefälscht hat. Auch wenn man die Zitate im Zusammenhang liest, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß der „Vorwärts“ eine ganz verschiedene Haltung zu einer und derselben Frage zu verschiedenen Zeiten eingenommen hat. Etwas anderes ist es, ob es gerade notwendig war, direkt vor dem Parteitag, nachdem der „Vorwärts“ es verstanden hatte, so schon einzulenken, diese Dinge aufzuwärmen, so daß sie hier zur Sprache kommen mußten. Es wäre viel besser gewesen, man hätte, nachdem einmal der „Vorwärts“ einen Anlauf genommen hatte, sachlich zu diskutieren, die Geschichte auf sich beruhen lassen und den Streit vermieden. Welches die Absichten S t a m p f e r s waren, weiß ich nicht. Jedenfalls steht ihm das Recht zu, wenn er der Meinung ist, daß diese Dinge zur Sprache gebracht werden müssen, das zu tun. Aber in der Partei liegt es so, daß es gar nicht mehr darauf ankommt, was einer schreibt, sondern vor allem, wer es schreibt. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Art, wie hervorragende Genossen behandelt werden, gereicht der Partei zweifellos nicht zum Nutzen. Wenn Leuten in hervorragender Stellung Unkenntnis der elementarsten Prinzipien vorgeworfen wird, dann werden sich die einfachen Genossen fragen, wie man solche Leute jahrelang auf ihren Posten belassen konnte. Das erleben wir aber jeden Augenblick, daß ein Genosse, der an

hervorragender Stelle steht, geschilbert wird als jemand, der noch nicht einmal etwas von der materialistischen Gesichtsauffassung versteht. Ich habe mich schon gefragt, wer versteht denn noch etwas davon. Wenn man M e h r i n g, K a u t s k i und ihren Anhang abzieht, dann verstehen alle übrigen nichts davon. (Sehr gut und Heiterkeit.) Haben wir es doch erleben müssen, daß ein Mann, den der Parteivorstand zum Vorsteher der Parteischule ausersehen hat, hingestellt wird als einer, der die elementarsten Kenntnisse der materialistischen Gesichtsauffassung noch nicht habe! Wenn sich solche Dinge fortwährend wiederholen, so entstehen Stimmungen, die sehr dazu angetan sind, die Vergiftung in der Partei zu fördern, anstatt sie zu beseitigen! Die Redaktion des „Vorwärts“ hatte gar keine Ursache in den Ton gegen S t a m p f e r zu verfallen. Sie konnte ganz ruhig und sachlich debattieren und gegen S t a m p f e r einen Aus-schlussantrag stellen; aber sie durfte nicht diesen Ton anschlagen, welcher in der bürgerlichen Presse und in den gegnerischen Versammlungen gegen uns ausgeschlachtet wird. Wir in Süddeutschland, die wir mit den latibolschen Geisteskräften zu kämpfen haben, spüren das am allermeisten. Das sind Dinge, die man ganz gut vermeiden kann. Ist einer ein „dunkeles Ehrenmann“, dann darf er nicht Parteigenosse sein, dann heraus mit ihm, dann hat man es aber auch gar nicht nötig, gegen einen derartigen Mann in solchem Tone vorzugehen! (Bravo!)

G e n r a t h - Wachen: In den westlichen Bezirken haben wir vor allem unter den Streitigkeiten innerhalb der Partei zu leiden. Die „Sozialistischen Monatshefte“ und die „Neue Gesellschaft“ werden uns von den Gegnern fast jeden Tag vor die Nase gehalten; in der nächsten Woche wird uns vielleicht wieder der „Vorwärts“ vor die Nase gesetzt werden. Aber das Verhältnis steht wie 10:1. Ich habe in der letzten Zeit die prinzipielle Haltung des „Vorwärts“ geradezu bewundert. Das Schwermüdigkeit sollten die Parteischriftsteller nicht darauf legen, immer innerhalb der Partei zu kritisieren, sondern sie sollten ihren Scharfsinn lieber gegen die Gegner richten. (Sehr richtig!) Ich habe mich gewundert, wie S t a m p f e r seine jüngste Leistung verteidigen konnte. Er wohnt doch in Berlin und könnte sich mit seinen Weichwerden über die Haltlosigkeit an die Prekominmission, an den Parteivorstand wenden, damit die Remedur schaffen. Er hätte aber nicht gleich an die Deffektivität gehen brauchen. Man scheint sich in Berlin nicht mehr anders interessant machen zu können, als daß man die Partei in dieser vfaßlichen Art und Weise angreift. Unsere Agitation in der Provinz leidet am meisten darunter. Darum bitte ich Sie, dafür zu sorgen, daß gegen der Mund mehr gestoßt wird, die den Verus fühlen, immer an der Partei herumzubockern. (Lebhafte Zustimmung.)

W e l s - Berlin: Genosse K o l b hat gesagt, es komme nicht mehr darauf an, was gesagt werde, sondern wer etwas sage. Allerdings ist es ganz gleich, was der „Vorwärts“ sagt. Wenn es nur der „Vorwärts“ sagt, so wird es sicher nicht den Beifall des Karlsruhe' „Volksfreund“ und K o l b s finden. (Sehr richtig!) Genosse K o l b müßte doch wissen, daß die Zahl der Parteigenossen nicht gering ist, die gerade ihm und dem Karlsruhe' „Volksfreund“ eine ganz unbestimmte Haltung in der wichtigen Frage des Massenstreiks vorwerfen. Die Haltung K o l b s in dieser Frage nach dem Amsterdamer Kongress und seine gegenwärtige Haltung vertragen sich ganz und gar nicht miteinander. Ueber das Auftreten des Genossen A l b e r t h habe ich mich gewundert. Als er vor zwei Jahren in Berlin tätig war, hat man von seiner oppositionellen Stellung gegen die Anschauungen der Berliner nichts gemerkt. Wenn er sagte, uns, die wir draußen in der Agitation stehen, wird das Leben so außerordentlich schwer gemacht durch den „Vorwärts“, so mag es ja sein, daß er das vor zwei Jahren noch nicht merken konnte. Damals war seine Haupttätigkeit das Auftreten in Kunstabenden und seine wirksamste Rolle war die Vorführung von Moz und Moriz. (Heiterkeit.) Wenn man sagt, der „Vorwärts“ liefert Material für die Massen, so sage ich,

daß gerade der Stampfersche Artikel vom Reichsverband und von den Pfaffen genügend ausgenützt wird. (Sehr richtig!) Man sollte beinahe meinen, er sei eine Korrespondenz aus der München-Gladbacher Jesuitenkirche, eigens zu dem Zweck geschrieben, um die Partei zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Zum Beweis dafür, daß es nicht wahr ist, daß der „Vorwärts“ hin und her schwankt, führe ich folgendes an: Stampfer schreibt: „Einfließen war die Erkenntnis des beginnenden Wahlrechtskampfes auch dem Zentralorgan ausgegangen. Schon mitten im Massenstreikturn des deutschen Revolutionsjahres 1906 leuchtete ein erstes Morgenrot voll rosigem Optimismus: Dieß es doch am 14. November: „Noch ist die innere Politik Deutschlands in einem Stadium, in dem die Regierung durch rechtzeitiges Entgegenkommen dem anschwellenden Strom ein ruhiges Bett anweisen kann. Eine proletarierfreundliche Sozialpolitik, ein Aufheben der Votenhege, ein weitgehendes Arbeiterchutzgesetz, das zum gesetzlichen Achtstundentage führt, das Koalitionsrecht für die Landaarbeiter, und endlich und nicht zum mindesten das gleiche und geheime Wahlrecht zu den Landtagen, das sind Maßregeln, durch deren Gewährung die Regierungen sehr wohl bewirken können, daß die verschärfsten Klassengegenstände in Deutschland in weniger erregten Formen ausgedrückt werden als in unseren Nachbarstaaten.“ Nun, schon am 14. November schreibt der „Vorwärts“ in demselben Artikel, daß die Art und Weise, wie der Kampf in Deutschland sich abspielen wird, nicht von uns abhängt, daß darüber noch kein Urteil gefällt werden könne. Ich zitiere den Satz vom 14. November, auf den es ankommt: „Je länger sie (die Bewegung) aber dauert, desto mehr muß sie auch das übrige Europa in Bewegung versetzen. Vor allem die Nachbarländer. Oesterreich, innerlich völlig zerklüftet, mit einer haltlosen Regierung und einem feurigen Proletariat, kam zuerst dran. Wird aber die Bewegung vor Deutschland Halt machen? Sicher nicht: So ungeheure Umwälzungen wie in Rußland können im Zeitalter des Welilverkehrs nicht spurlos an Nationen vorübergehen, in denen die Klassengegenstände ohnehin schon aufs höchste gespannt sind. Daß auch Deutschland sich regt, ist unausbleiblich. Aber damit ist noch nichts darüber gesagt, welche Formen die Bewegung annehmen wird. Nicht von uns hängt das ab, sondern von zahlreichen Verhältnissen, die wir nicht beherrschen.“ — Ich bin der Ueberzeugung, daß das der Gedankengang war, der auch gegenwärtig in der Stellung des „Vorwärts“ sich ausdrückt, daß aber von einer Schwertung des „Vorwärts“ nicht die Rede sein kann. Darüber will ich nicht sprechen, ob nicht in Berlin unter einigen Parteigenossen die Ansicht vorherrschen war, daß der Wahlrechtskampf vielleicht in anderer Art und Weise noch hätte fruktifiziert werden können. Allein, das gehört nicht hierher; hier ist die Stellung des „Vorwärts“ zu beachten und die ist — ich bin als Vorsitzender der Preßkommission verpflichtet, ihn besonders aufmerksam zu lesen, — nach meiner Meinung: immer die gleiche geblieben. Wenn Heinrich Braun mit der sittlichen Enttäuschung, die ihn so ausgezeichnet heidet, sich zum Hohenpriester der Parteitätelhaftigkeit aufwirft, so ist wohl durch die Sachlage, die seinem Abgehen folgte, die Wichtigkeit, die er sich selbst beilegte, als er den Genossen Koch nicht einmal des Ausdrucks der Verachtung für würdig hielt, doch genügend beleuchtet worden. (Sehr richtig!) Wenn Braun dem „Vorwärts“ vorwirft, er sei directionslos, so kann man das von der „Neuen Gesellschaft“ allerdings nicht sagen. Sie hat eine bestimmte DIRECTION. Aber diese dient nicht dazu, die Partei zu stärken, sondern nur Parteigegegensätze hervorzuheben, die Parteibisphän zu untergraben. (Lebhafte Zustimmung.) Die „Neue Gesellschaft“ ist ein Organ, dem wir in mehr oder weniger Heimatsrechte in unserer Partei, jedenfalls nicht unter der DIRECTION, wie sie sie jetzt hat, einräumen können. (Sehr richtig!)

Daß im „Vorwärts“ einmal grob zugehauen wird, darüber zu klagen, fällt uns nicht ein. Wir freuen uns, wenn wir mal einen recht kräftigen Artikel sehen. Es geht uns so wie Ihnen in der Provinz, die sich wohl entriisten, wenn

der „Vorwärts“ kräftig zuhaut, die aber ein Schmärgeln nicht unterdrücken können, wenn dem „Vorwärts“ in Ihren Blättern einmal gehörig über's Ohr gehauen wird. Wir haben uns nicht zu entriisten über den Ton. Auf dem Münchener Parteitage hat Kaatsky unter dem lebhaftesten Beifall der Parteigenossen ausgeführt, daß eine gewisse Greifenhaftigkeit dazu gehört, immer wieder über den Ton zu jammern. Als der Liberalismus noch jung und lebenskräftig war, legte er auch auf den guten Ton wenig Wert und da hatte er noch Anklang beim Publikum. Wir sind die Partei des Massenkampfes, die sich zusammensetzt aus den Tiefen des Volkes und unser Organ muß in einer Sprache geschrieben sein, die das Volk versteht. Ueberfeinerie Sitten und verzerrte Nebenarten dringen nicht in das Herz des Volkes. (Lebhafte Beifall.) Man soll ausprechen, was auszusprechen ist. Die politische Arena ist kein Alhungsfernspital, wo man jedes Wort auf die Goldwaage legen muß. Ich kann erklären, daß der „Vorwärts“ gegenwärtig prinzipiell so redigiert wird, daß er voll und ganz der Ueberzeugung der Berliner Parteigenossen entspricht. Daran wird auch nichts geändert, wenn irgend ein Wackerbuzend in der Provinz anderer Meinung ist. (Lebhafte Beifall.)

Hoh-Hanau: Auf mich kann der Eindruck Kolbs, als ob es nicht darauf ankommt, was einer schreibt, sondern wer etwas schreibt, nicht zutreffen, denn ich habe mit Stampfer niemals etwas, weder im günstigen noch im ungünstigen Sinne, zu tun gehabt. (Sehr richtig! Widerspruch.) Ich bin nicht eingeschüchtern auf diese oder jene Auffassung. Ich habe mir die vollständige Unabhängigkeit in meiner Stellung gewahrt. Deshalb kann es bei mir auch nur darauf ankommen, wie etwas gesagt worden ist, und das habe ich mit der nötigen Deutlichkeit ausgedrückt. Nun wirft man die Frage auf, war es notwendig, diese Angelegenheit überhaupt ins Rollen zu bringen? Da soll sich Stampfer bei seinem Freunde Thiele erkundigen. Denn dieser hat durch sein ungeredtes Vorgehen uns dazu gezwungen, dagegen Stellung zu nehmen. Nun sagt Stampfer, es soll ein Schiedsgericht darüber urteilen, ob Fälschungen vorliegen, und wenn Stampfer ein Fälscher ist, dann soll er aus der Partei hinaus und dann ist die Sache erledigt. Aber, fragt Stampfer weiter, wie ist es nun, wenn sich herausstellt, daß er kein Fälscher sei. Dann kommen wir in eine hübe Lage durch die Geschichte. Ja, das hat Stampfer sich selbst zuzuschreiben, meine ich. (Sehr richtig!) Wäre Stampfer nur im Interesse der Partei vorgegangen, dann hätte er diesen Weg nicht einschlagen dürfen. So unschuldig, meine ich, ist Stampfer nicht, daß er dies nicht selber getrachtet hätte, und daß er sich nicht genau der Tragweite seiner Handlung bewußt sein mußte. Wenn er vermeiden wollte, daß wir in eine so unangenehme Diskussion hineinkommen, dann wäre der Weg, den Genosse Konrath vorgeschlagen hat, der richtige gewesen, nämlich, daß der Preßkommission und dem Parteivorstand das Material unterbreitet worden wäre. Und wenn diese zu einem Resultat gekommen wären, das ihn, Stampfer, nicht begabte, dann hätte er weiter gehen können. Dieser Weg, der den Parteigenossen vorgeschrieben ist, gilt ebenso für die Schriftsteller. (Lebhafte sehr richtig!) Wir haben keine Parteigenossen, die über dem Organisationsstatut stehen. (Erneute Zustimmung.) Braun hat gemeint, ich hätte dem Genossen Stampfer bitter unrecht getan und es wäre auch eine Fälschung gewesen, daß ich nicht vorgebracht hätte, daß Stampfer mit der ersten Stelle des „Vorwärts“ einverstanden gewesen sei. Ich bin ja nicht der berufene Interpret der Anschauung Stampfers, doch habe ich ausdrücklich erklärt, daß der sachliche Standpunkt Stampfers nicht hierher gehöre; das, worauf es ankam, waren Fälschungen, die gemacht worden sind, und deshalb mußte ich mich einzig und allein darauf beschränken. Nun sagt Braun — und das ist das selbe, was Stampfer dem „Vorwärts“ erwidert hat —: Mein Artikel enthält so und so viel Bitate

aus dem „Vorwärts“, und Ihr habt nur einen Teil derselben erledigt. Ich kann mich nicht in den Gedankengang Braun hineinversetzen. Als ob die vorgenommenen Fälschungen dadurch abgeschwächt werden, daß auch andere ehrliche Stellen vorkommen! (Sehr richtig!) Der „Vorwärts“ hatte damals eine ganze Seite darauf verwendet, um nur einen Teil der Fälschungen nachzuweisen und ich bin deshalb hier so vorgegangen, weil ich aus dem Material, das der „Vorwärts“ vorgelegt hat, die Ueberzeugung gewonnen habe, daß eine Ablicht in der Fälschung vorliegt. Ich wollte nicht den Stampfer bereits auf diesem Parteitage ausgeschloffen wissen, sondern nur den Stein ins Rollen bringen, damit auf einem Schiedsgericht die Sache genau untersucht wird. Wenn Stampfer ein Fälscher ist, gehört er nicht mehr in die Partei hinein. (Stampfer: Das ist aber, wenn es umgekehrt ist? Glöde des Präsidenten.) Braun erklärte, er hätte noch nicht einmal ein Wort der Verachtung gegen mich. Daß ich vor Dr. Frimlich Brauns keinem moralischen Empfinden keine Gnade gesunden habe, bedauere ich aufs tiefste. (Große Heiterkeit.) Aber selbst das soll mich nicht abhalten, zu sagen, was ich für notwendig halte. (Erneute Heiterkeit und Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Jasper-Braunschweig dafür und Braun-Königsberg dagegen gesprochen, angenommen.

Pfanntuch (Schlußwort): Der Wunsch, den Bericht des Vorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Fraktion den Parteiblättern zur Verfügung zu stellen, kann erfüllt werden. Allerdings wird es nicht möglich sein, die ganze Auflage in Berlin drucken zu lassen. Es können den Parteidruckereien die Blatten geliefert werden, wodurch eine wesentliche Verbilligung der Beilage erzielt wird. Die Art und Weise, wie Duesfel den Klagen der Pommeren Ausdruck gegeben hat, verdient den schärfsten Widerspruch; seine Vorwürfe gegen die Parteisekretäre sind nicht begründet. Es ist nicht wahr, daß die Sekretäre sich ihrer Pflicht nicht bewußt sind oder daß sie ihre Aufgabe vernachlässigen. (Duesfel: Zugunsten des Parlamentarismus!) Auch das bestritt ich. Daß kein Mitglied des Parteivorstandes auf den pommerischen Parteitag ging, kam daher, weil ich damals von allen Sekretären allein in Berlin war. Die anderen waren durch Parteiarbeiten gehindert, in Berlin zu bleiben. Ich gebe gern zu, ein Parteisekretär braucht nicht Abgeordneter oder Stadtverordneter zu sein. Aber es liegt in der Hand der Genossen, dem abzuwehren. Unter der Belastung der Sekretäre durch Mandate ist jedoch bisher noch keine einzige Parteiarbeit unterblieben. (Duesfel: Oh!) Ich bitte um Beweise. Solange die nicht vorliegen, bestritt ich das. Wir erledigen alles, wozu es keines Beschlusses des Parteivorstandes bedarf, umgehend. Aber wir müssen sehr oft auf Antwort der Genossen warten. Die Wünsche auf bessere Ausgestaltung der Parteikorrespondenz teilen wir. Wir haben selbst das Bedürfnis, Abhilfe zu schaffen. Die Broschüre über die Reichsfinanzreform war rechtzeitig in Auftrag gegeben. Genosse Wernstein, der sie ansarbeitete, hatte unter den Folgen einer Wasservergiftung mehrere Wochen zu leiden und auch seine Frau war aufs Krankenlager geworfen. Daher die Verspätung. Stampfer, Braun und Fiele haben sich über die Tonart des „Vorwärts“ beklagt. Braun hat sich als unschuldiges Lämmlein hingestellt, das kein Wasserchen trinkt. Man muß doch die Leute kennen und wissen, welche eifrige Betriebsamkeit sie entwickeln und danach ihre Tätigkeit würdigen. Wäre das rein zufällig gewesen, hätte Stampfer den Artikel zu einer anderen Zeit geschrieben, so hätte man sich selbstredend sehr ruhig darüber auseinandergesetzt, aber, so wie ich die Personen und die Umstände kenne, nehme ich an, daß der Artikel Kollektivarbeit ist. (Stampfer: Nein!) Ich glaube gern, daß kein anderer Genosse auch nur eine Zeile davon geschrieben hat. Braun ist nach der Meinung hin ein ausgezeichneter Redakteur, der sehr gut weiß, was er für seine Zeitschrift braucht. (Sehr

wahr!) Er weiß sehr gut, woher er die Artikel, die er für seinen Zweck notwendig hat, bekommt, er kennt sehr gut die Leute, die sie schreiben können, und weiß auch zu beurteilen, wer sie schreiben will. (Sehr wahr!) Dies Zusammenwirken ist es, was ich als Kollektivarbeit bezeichnet habe. Da muß man sich doch gegenwärtigen, warum das geschehen ist gerade vor dem Parteitage. Es geschieht, um die Verlegenheit auf dem Parteitage wenn nicht zu schaffen, so doch zu vergrößern. Das ist es, wogegen sich die Genossen auflehnen; das ist es, wogegen sie sich sträuben, womit sie nicht mehr behelligt werden wollen. (Zustimmung.) Aus dem Grunde heraus hat auch Hoch in der Art, wie es ihm richtig erschien, seiner Meinung Ausdruck gegeben. Ob der Vorschlag, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen, ein glücklicher Ausweg ist, ist mir außerordentlich zweifelhaft. Ich weiß überhaupt nicht, ob ein Schiedsgericht wirklich zustande kommen würde; denn nach unserem Organisationsstatut kann das nicht von einem einzelnen, sondern nur von einer Organisation beantragt werden. Mir ist es sehr zweifelhaft, ob bei einem schiedsgerichtlichen Verfahren etwas anderes herauskommt, als das verschiedene Sitzungen abgehalten werden. (Sehr richtig!) Stampfer fragt, ja was wird denn nun, wenn das Schiedsgericht nicht zu einem Ausschluß kommt und ich soll dann nachher wieder eine für die Partei nützliche Tätigkeit entfalten? Würde mir dann nicht vorgeworfen werden, daß ich mir die Belegung mit allerhand Titulaturen habe gefallen lassen müssen? Ja, Stampfer, wenn man sich in solche Verlegenheiten nicht setzen will. . . (Stampfer: Nicht ich komme in Verlegenheiten, sondern die Partei!) Die Partei käme um die Verlegenheit, Ihnen einen Auftrag zu geben, herum. Ich glaube, auch der Parteivorstand hat Ihnen in den letzten Monaten überhaupt keinen Auftrag gegeben; die Aufträge haben Sie von der Buchhandlung Vorwärts erhalten. Selbstverständlich wäre es möglich, daß sich der Parteivorstand einmal mit der Frage befaßt hätte, ob Sie, die nach dem der Spruch des Schiedsgerichts ausfällt, noch mit Arbeiten für den Verlag betraut werden könnten, ebenso wie Sie darüber zu befinden hätten, ob Sie einen Auftrag ausführen oder aus beleidigtem Ehrgefühl heraus ablehnen wollen. Aber wenn man solche Situationen nicht schaffen will, dann darf man die Vorbereitungen dazu nicht probozieren. Darin liegt das Gefährliche der Handlungsweise. Das ist gefährlicher als die Ladung der Handlung selbst. Es war eine Provokation und sollte eine Provokation sein. (Sehr richtig!) Mich persönlich läßt es ganz kalt, ob die Zitate vollständig zutreffen, ob ein Wort ausgelassen, und damit der Sinn entstellt ist oder nicht. Mit Zitaten kann man bekanntlich alles anfangen. (Sehr richtig!) Sollen die Genossen in die Lage verlegt werden, solche Vorgänge richtig zu beurteilen, dann muß ihnen das gesamte Material vorgelegt werden. So aber geht es nach dem Grundsatz: Gebt mir drei Worte, und ich bringe jeden an den Galgen! (Sehr gut!) Das Kompliment, lieber Stampfer, mache ich Ihnen: Sie haben die Zitate mit dem Ihnen angebotenen Geschieb zusammengestellt. Es war Ihre Absicht, den Effekt zu erzielen, der erzielt ist. (Zustimmung.) Das hätten Sie vermeiden können, Sie hätten den ordnungsmäßigen Instanzenweg beschreiten können, wenn Sie sich durch den „Vorwärts“ beschwert fühlten. Ich glaube, ich habe nicht falsch gehört; als diese Meinung von einem anderen Genossen geäußert wurde, haben Sie dazwischen gerufen: „Leipziger Volkszeitung“. Die „Leipziger Volkszeitung“ glaubt allerdings, ihr siehe ein Ausschlußrecht zu. Aber sie ist kein Ausschluß führendes Organ der Partei. Das Recht, das sie beansprucht, kann jedes andere Parteiblatt für sich beanspruchen, und die gesamte Parteipresse übt dies Recht gleich der „Leipziger Volkszeitung“ aus. Wenn solche Distinktionen Formen annehmen, die das Parteigeühl und die parteigenössliche Ehrlichkeit verletzen, dann machen unsere Genossen jedesmal dagegen Front. Mag das Vorgehen Stampfers auch noch so sehr von dem guten Willen diktiert sein, der Partei zu dienen, die Genossen

empfinden das Schädliche eines solchen Vorgehens: sie sind der Meinung, es ist besser, wenn mal ein Parteischriftsteller ein vermeintliches oder wirkliches Unrecht verweist, als daß er die ganze Partei zum leidenden Teil macht. (Sehr gut!) Wenn nach dieser Richtung die Debatte über den Vorstandsbericht eine gute und heilsame Wirkung ausübt, so ist sie nicht umsonst gewesen. Hoffen wir, daß der Streit nicht nach dem Parteitag mit ungeschwächten Kräften weitergeführt wird, sondern daß Ruhe eintritt, damit wir unsere Tätigkeit den Gegnern gegenüber in voller Kraft zu entfalten vermögen. (Sehhafter Beifall.)

Gerisch wird mit Rücksicht darauf, daß er längere Ausführungen zu machen hat und daß die Mittagspause bevorsteht, erst am Nachmittag das Schlusswort ergreifen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält sodann das Wort

Stamper: Zunächst möchte ich feststellen, daß dieser Artikel in keiner Weise kollektiv ist. Er entsprang völlig meiner eigenen Initiative. Weiter will ich sagen, daß der Weg, der mir angegeben wurde, zu den Instanzen zu gehen, für mich nicht gangbar ist, weil ich als Journalist freie Kritik üben muß. Ich hätte wie ein Revolverjournalist gehandelt, wäre ich vor den Parteivorstand getreten und hätte gesagt: „Ich habe Material und werde es veröffentlichen, wenn ihr meinen Willen nicht tut.“

Raben führt hierauf in seinem Schlusswort zu dem Bericht der Kontrollkommission aus: Der Genosse Hofmann hätte gewünscht, daß die Kontrollkommission zu einer prinzipiellen Festlegung der Streitfälle, die zwischen Partei und Gewerkschaften vorgekommen sind, gekommen wäre. Uns wäre das auch recht gewesen, aber die Kontrollkommission konnte das nicht. Die Kontrollkommission hat diese Fälle nur nach den vorgelegten Akten zu prüfen und danach zu entscheiden. Grimpe hat gemeint, daß die Kontrollkommission bei Prüfung seiner Angelegenheit wohl andere Motive gehabt habe. Wir haben, nachdem uns das Material vorgelegt worden war, die Sache geprüft und ich gestehe, daß mir das eine unterlaufen ist, daß ich gesagt habe, er wolle das Geld von der Parteikasse haben, anstatt von den jetzigen Wäldern in Dormund und Köln. Habe mich aber sofort auf den Zwischenruf des Genossen Gerisch dahin korrigiert. Die Kontrollkommission wies sich damit einverstanden erklären, daß diese Angelegenheit an die Reuenerkommission überwiesen wird.

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt auf nachmittags 2 Uhr.

Eine Reihe von Begrüßungsdelegirten kommt noch zur Verlesung, darunter ein solches vom allrussischen Bauernbund im Namen der revolutionären russischen Bauern. (Bravo!)

Schluß der Vormittags-Sitzung 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Singer.

Das Schlusswort zum Massenbericht erhält

Gerisch: Es sind verschiedene Wünsche vorgebracht, auf die ich eingehen muß. Eine Reihe von Genossen war durch die Statistik nicht befriedigt, aber allzusehr können wir dabei nicht spezialisieren. Weiters meinte sogar, ich hätte nicht die volle Wahrheit gesagt. Dabei habe ich mit Bezug auf Elßah-Rothringen ausdrücklich gesagt, daß für das gewährte Darlehen sehr reale Werte in Maschinen usw. vorhanden sind. Die Darlehen habe ich natürlich überall mit angegeben, denn sonst wäre uns wieder vorgeworfen worden, daß der Bericht nicht vollständig sei. Reinert hat den Parteivorstand sogar als so eine Art Bucheinstitus

hingestellt. Er meinte, wir nehmen gepfefferte Zinsen. (Weiterkeit.) Rein, wir sagen den Genossen immer: „Wenn ihr Zinsen bezahlen könnt, müßt ihr es tun, wenn ihr nicht zahlen könnt, bleibt es.“ (Reinert: Das ist uns nicht gesagt!) Das ist doch ganz selbstverständlich. Es ist doch nicht unbillig, wenn wir von den Parteigeschäften, die dazu in der Lage sind, Zinsen verlangen. (Sehr wahr!) Ein Massenparlament wollen wir nicht werden; im Gegenteil, ich will verhindern, daß die Dinge einen solchen Verlauf nehmen, daß wir zur Klassifizierung kommen. Wenn wir verlangen, daß die einzelnen Genossen die Partei dauernd finanziell unterstützen, so müssen wir das Gleiche auch von den Organisationen fordern. Auf allen Provinzialparteitagen kann der Vorstand nicht vertreten sein, das ist einfach unmöglich; aber überall, wo es sich um wichtige Dinge handelt, informieren wir uns sehr genau. Ich selbst bin voriges Jahr zu diesem Zweck 6 Wochen von Ort zu Ort gezogen und habe dem Vorstand sehr genauen Bericht erstattet. Alle Wünsche kann man selbstverständlich nicht befriedigen. Den Hallenser kann ich es nachfüllen, wie sie empört waren, daß sie einmal vor die Klänge genommen wurden. Ich habe aber gesagt, daß es an anderen Orten ebenso ist wie in Halle. Ich habe früher keine Namen angeführt. Das hat nichts genutzt. Dank bin ich deutlicher geworden, die Wirkung war wieder gleich Null. Da mußte ich endlich Namen nennen. Die Hallenser mußten sich damit trösten, daß sie das Opferlamm gewesen sind, das für die ganze Partei bluten mußte. (Weiterkeit.) Ich habe schließlich die Hallenser genannt, weil die sich noch am ehesten wehren können. Für die Zukunft kann man den Wünschen der Hallenser, daß die anderen, ebenso schuldigen Parteigenossen gleichfalls nicht gespart werden, in der Weise entgegen kommen, daß man alle Wahlkreise, die notorisch in der Lage sind, zahlen zu können, es aber unterlassen, in die Tabelle mit aufnimmt, die Beitragsrubriken aber mit lauter Nullen ausfüllt. Ich wollte bereits in diesem Jahre so verfahren — die Listen waren schon fertig — habe aber doch Genossenschaft bekommen und mir gesagt, daß man eine solche Maßregel auch erst dann ausführen darf, wenn sie vorher angekündigt wurde.

Ehrhart hat mich mißverstanden. Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, jemals in bezug auf die Finanzen Konzeptionen zu machen, das widerspricht der innersten Natur jedes Klassenmenschen. (Weiterkeit.) Nun hat sich Ehrhart gewundert, was mich denn eigentlich veranlaßt hat zu meinem Vorgehen gegen die Bayern. Das ist außerordentlich einfach zu erklären. In dem Hefte der „Neuen Gesellschaft“, das gestern hier verbreitet worden ist, und das nebenbei gesagt die böseartigsten Angriffe gegen Partei und Parteivorstand enthält, steht ein so schöner Artikel über die verschiedensten Arten der Zuneigung, daß ich es schöner gar nicht sagen könnte: Die eine Liebe will die Fehler des Freundes verkleinern, das ist die falsche Liebe; die andere, richtige Liebe sucht die Fehler nur auf, um sie abzustellen, damit die Tugend sich desto besser entfalten kann. Nun, aus dieser Liebe heraus habe ich mir die Bayern einmal vorgenommen. (Weiterkeit.) Daß diese Zuneigung ganz ehrlich gemeint ist, will ich dem Genossen Franz damit beweisen, daß ich ihm die Unterstellung, als hätte ich aus solchen Motiven, weil der Vorstand selbst ein großes Schuldbüchlein hat, so um mich gehalten und die Bayern als Prügelknaben erklärt, in alter Kameradschaft gern verzeihe. Im übrigen aber steht es mit der Ludwigshafener Geschäftserrichtung durch die bayerischen Genossen genau so, wie Ehrhart gestern ausgeführt hat, und ich stehe nicht an zu erklären, daß der bayerische Geschäftsanteil, den ich trage, mir immer der liebste gewesen ist, weil ich vor der Gesamtpartei dabei nichts zu verantworten habe. In den anderen Fällen, wo ich Firmeneinkäuf oder Mitinhaber bin, ist es nicht so gewesen; da hat der Firmenträger und Buchdruckerbesitzer Gerisch beim Kassierer Gerisch manchmal böse in den Kreide gehanden. (Hört hört! und Weiterkeit.) Aber was wollten wir denn machen, das Parteinteresse erforderte es, daß wir uns der Bewegung in den großen Industrie-

zentren annehmen. Die äußeren Schwierigkeiten für die Entwicklung der Presse waren immens, die inneren Parteiverhältnisse an manchen Orten trübselig, da konnte nur die Gesamtpartei mit ihren starken Mitteln die Sache vorwärts bringen; allerdings die Verantwortung dafür, daß die vielen Tausende, die hingegeben wurden, im Interesse der Partei Segen stiften würden, mußte ich persönlich tragen. Diese Verantwortung hat mir manchmal bittere Stunden und schlaflose Nächte bereitet. Diese Sorgen haben mir die Ludwigshafener nicht gemacht. (Heiterkeit.) So sehr ich bereit bin, die übrigen Geschäftslasten, nachdem alles sich so gut entwickelt hat, abzuliegen, bayerischer Firmenträger werde ich trotz alledem noch bleiben, wenn die Bayern mich noch haben wollen. (Große Heiterkeit. Lebhafter Beifall.) Ich habe anderen Parteigenossen gegenüber gerade die Pfälzer unzählige Male als Muster hingestellt, die in geradezu vorbildlicher Weise als einsichtige, wohlbißigbißierte, das Interesse der Gesamtpartei stets im Auge behaltende Genossen die Errichtung eines eigenen Geschäfts betrieben haben. Und nachdem ich die bayerischen Genossen so oft hinter ihrem Rücken gelobt habe, glaubte ich, ihnen auch mal ins Gesicht einen Tadel aussprechen zu dürfen. (Heiterkeit.) Wir mußten einmal zu diesen Dingen prinzipiell Stellung nehmen. Bereits kostete es überall in der Partei. Das Grollen in der Parteipresse bewies es. Ueber kurz oder lang hätten wir den schönsten Krach bekommen, und der wäre vielleicht zu recht ungelegener Zeit eingetreten. Deshalb war es besser, die Sache wurde sofort beim Schopfe gefaßt. Wird doch dem Vorstand ohnehin schon der Vorwurf gemacht, daß er alles verkleinere und schönige. Lesen Sie nur den von mir bereits zitierten Artikel in der „Neuen Gesellschaft“, wo es heißt, daß der Vorstand in seinem Bericht an den Parteitag über die Partei nur Anerkennendes zu sagen wisse, wie er vor allen Schändern und Gebrechenden die Augen zudrücke. Wie diesem Gebahren gegenüber die Männer von der „Neuen Gesellschaft“ noch die einzig wirklichen Genossen seien, die Kritik üben und den Uebelständen in der Partei furchtlos zu Leibe gingen. (Heiterkeit.) Dieser Sorte von Kritikern bin ich einen Posttag zuborgekommen. Ich habe mir gesagt, es ist besser, ich setze mich mit den bayerischen Genossen auseinander, als wenn es von anderer Seite geschieht. Und nach den Ausführungen, die wir gestern gehört haben, hege ich keinen Zweifel, daß die bayerischen Genossen auf ihrem nächsten Parteitage Mittel und Wege finden werden, die Steine des Anstoßes zu beseitigen. Mit diesem Erfolge bin ich völlig zufrieden, und ich hoffe, daß die gestrige Aussprache auch nach anderen Seiten hin gute Früchte tragen wird. (Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird dem Vorstand und der Kontrollkommission Decharge erteilt. Der Antrag Grimpe, seiner Fall zur nochmaligen Prüfung einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt. Der Antrag 178, daß der Bericht des Parteivorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Reichstagsfraktion in Zukunft sämtlichen Parteiblättern beigelegt wird, gelangt mit der Einschränkung zur Annahme, daß der Parteivorstand nur die Materie den Parteiblättern zur Verfügung stellt. Die Anträge 8, 131.1 und 139, die die Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Sekretäre wünschen, werden abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, daß der Parteivorstand um einen Sekretär vermehrt wird. Das Anfangsgehalt soll 3600 Mk. betragen, es sei denn, daß der Gewählte in seiner bisherigen Stellung schon ein gleiches Gehalt hatte, in welchem Falle die Höhe des Anfangsgehalts mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vereinbart wird.

Singer: Ich bemerke, daß es zur Anstellung von Hilfskräften eines Beschlusses des Parteitages nicht bedarf, da der Parteivorstand diese Befugnis bereits hat. Wir haben nur geglaubt, die Sache sei wichtig genug, um sie dem Parteitage zur Kenntnisnahme zu unterbreiten; da sich kein Widerspruch erhoben hat, ist ein besonderer Beschluß darüber nicht nötig. (Zustimmung.)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.
Dressbach übernimmt den Vorsitz. Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht der Reichstags-Fraktion.

Dazu liegen vor die Anträge: 47, 48, 49, 50, 51, die sämtlich unterstügt werden.

Große Heiterkeit erweckt die Unterstüttung des Antrages 50.

Berichterstatter Schöpfkin: Die Tätigkeit der Fraktion wurde vor allem im Anspruch genommen durch die Reichsfinanzreform, die Kolonialforderungen und die Militärpensionsgesetze. Bei der Reichsfinanzreform hat die Partei versucht, durch Anträge auf Reichsvermögenssteuern usw. die Finanzen des Reiches auf eine gesunde Basis zu stellen, vor allem aber auch die indirekten Steuern zu beseitigen; aber die Postarzneiherheit setzte allen unseren Verbesserungsanträgen ein „Nein“ entgegen. Die Fraktion hat dann versucht, wenigstens die übrigen den Massenkonsum belastenden Steuern, wie die Verbrauchsteuer, zu Fall zu bringen. Es ist ihr nicht gelungen. Die Folge ist wieder eine große Belastung der breiten Volksmassen. Bei der Kolonialpolitik haben wir nicht nur die ungeheuerlichen Mißstände, die zutage getreten sind, gezeigelt, sondern auch unsere prinzipielle Stellungnahme zu der Kolonialpolitik überhaupt wieder betont. Die Gründe, die uns veranlaßten, gegen das Offizierspensionsgesetz zu stimmen, sind im Berichte näher dargelegt. Das Mannschafspensionsgesetz haben wir vergebens verächt, wesentlich zu verbessern. Ueberhaupt ist auf dem Gebiete der Sozialpolitik so gut wie nichts geleistet. Die bürgerlichen Parteien sind der Meinung, die Korruptivschicht sei gesättigt, und diesem Widerwillen der bürgerlichen Parteien gegenüber, weiter ernsthafte Sozialpolitik zu treiben, haben wir uns darauf beschränken müssen, beim Etat des Reichsamt des Innern auf das entscheidendste die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Im übrigen verweise ich auf den Bericht. Die Fraktion hat ihre Aufgabe, für des Volkes Wohl und die Interessen der Arbeiter im Reichstage zu wirken, voll und ganz erfüllt. Den Antrag 47 bitte ich Sie der Fraktion zu überweisen. Was den Antrag 48 betrifft, so ist jener Vorgang bei der „Vorwärts“-Interpellation von niemand mehr bedauert worden als von der Fraktion. Aber ich bitte Sie, den Antrag nicht anzunehmen. Das Vorkommis ist verursacht worden durch eine Reihe von Zufällen; ein auch nur fahrlässiges Versehen der Fraktion liegt nicht vor. Lassen Sie es genug sein mit den Angriffen in der Presse und mit den Anträgen selbst. (Beifall: Sagen Sie es doch, wie es kam!) Es tagten an jenem Tage viele Kommissionen, die bis zum Beginn des Reichstages dauerten. Bis zum Beginn des Referats des Genossen Böhmelburg waren die meisten essen gegangen, und als zum ganz unerwartet die Beantwortung der Interpellation abgelehnt wurde, waren noch nicht genug Abgeordnete unserer Fraktion antwefend. (Sue: Die Nationalliberalen haben dagegen gestimmt; sonst wäre die Besprechung trotzdem beschlossen!) Danach bitte ich Sie also, die Anträge 48 und 49 abzulehnen. Den Antrag 50 kann man nicht ernst nehmen. Bisher hat die Fraktion noch immer selbst gewußt, was der Würde der Partei entspricht. Ich halte es für selbstverständlich, daß dieser Antrag abgelehnt wird. Zu Antrag 51 kann ich nur erklären, daß, soviel ich weiß, die Fraktion gegen das Hilfskassengesetz stimmen wird.

Die Diskussion wird eröffnet.

Hofmann-Sammlung spricht zu den Anträgen 48 und 49. Der Genosse Schöpfkin hat den Zufall als Entschuldigungsgrund angeführt. Das war aber gerade das Tadelswerte, daß die Genossen bei einer so wichtigen Angelegenheit nicht früher antwefend waren. Sie kennen doch die Gegner und mußten erwarten, daß die Besprechung abgelehnt wurde. Von den Gegnern